

geographische
revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 1 · 1999 · Heft 1

Globalisierung

Inhalt

Editorial	3	Zygmunt Bauman Local Orders, Global Chaos	64
Rudolf Stichweh Gibt es eine „Weltpolitik“ der Weltwissenschaft?	7	Wolfgang Aschauer, Rainer Danielzyk Neuorientierung der Regional- forschung? Ein Disput	73
Armin Nassehi Globalisierung. Probleme eines Begriffs	21	Einzelrezensionen	81
Bernd Hamm Globalisierung und Stadtent- wicklung	35	Zeitschriftenrevue	101

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer, Günther Beck,
Jörg Becker (verantwortlich für diese
Ausgabe), Hans-Joachim Bürkner
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37136 Waake
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 13,00 DM (incl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
25,00 DM (incl. Versandkosten).

Redaktions- und Bestelladresse:
Geographische Revue, Dr. Jörg Becker,
Annaweg 4, 46483 Wesel
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
Dr. Wolfgang Aschauer, Bildungs-
wissenschaftliche Hochschule Flensburg
Universität, Institut für Geographie und
ihre Didaktik, Mürwicker Str. 77,
24943 Flensburg
Die Geographische Revue erscheint
zweimal im Jahr.

Editorial

Unter die größten Entdeckungen, auf die der menschliche Verstand in den neuesten Zeiten gefallen ist, gehört meiner Meinung nach wohl die Kunst, Bücher zu beurteilen, ohne sie gelesen zu haben.

Georg Christoph Lichtenberg

„Wo er“ – Lichtenberg – „einen Spaß macht, liegt ein Problem verborgen.“ (Goethe) Dieses besteht, unter anderem Blickwinkel betrachtet, darin, daß der wachsende Berg von Literatur von immer weniger Lesern auch bewältigt werden kann. Die Klagen über dieses ‘Problem’ sind freilich so alt wie die zu seiner Lösung unterbreiteten Vorschläge vielfältig und interessant. Zu den weniger interessanten (und eher ein-fältigen) Vorschlägen gehören solche, die das Problem, die Flut der Publikationen – darunter auch die wissenschaftlichen – zu bewältigen, einer autoritativen Instanz oder gleich dem Papierkorb übergeben möchten.

Interessanter und allemal konstruktiver ist es da schon, die Klage über die unaufhalt-same Vermehrung der Literatur im Sinne Kants zu behandeln, der uns lehrt: „Wenn die Literatur oder viele Bücher zu kennen, unsere Absicht ist, so muß man viel lesen. Allein um viel Nutzen vom Lesen zu haben, muß man wenig und gut lesen.“

Zu diesem Zweck haben wir uns zur Herausgabe einer „Zeitschrift für Literatur und Diskussion“ im und für das Fach Geographie entschlossen: der GEOGRAPHISCHEN REVUE, wie die Zeitschrift im Haupttitel sich nennt. Wir sehen dies als eine Möglichkeit an, uns der Masse der Literatur besser zu bedienen, ihr Herr zu werden, indem wir versuchen, Überblicke über sie zu verschaffen, Orientierungen zu vermitteln, Kommunikation und Diskussion im Fach und zwischen den Fächern zu befördern und letztlich auch Autoren und Leser zueinander – wenn nötig: gegeneinander – zu bringen, ganz im Goetheschen Verständnis: „Jedes ausgesprochene Wort erregt den Gegensinn.“

Doch sollte die Autoren deshalb nicht gleich die Angst vor dem allzu kritischen Leser – falls es ihn noch geben mag – erfassen, eingedenk der für sie so anerkennenden Worte des hier wiederum Zitierten (wobei nur „Roman“ durch „Arbeit“ ersetzt ist): „Die mittelmäßigste Arbeit ist immer noch besser als die mittelmäßigen Leser, ja die schlechteste partizipiert etwas von der Vortrefflichkeit des ganzen Genres.“ Aber auch dem kritischen Leser wollen wir mit den Worten des großen Literaten seine Aufgabe zudenken und ihn auffordern, an dieser Prüfung der Autoren bzw. ihrer Werke teilzunehmen, denn: „Große Talente sind selten, und selten ist es, daß sie sich selbst erkennen ...“ Die Autoren bedürfen der Leser, wie die Leser die Autoren brauchen: Denn „es folgt eben gar nicht, daß der Jäger, der das Wild erlegt, auch zugleich der Koch sein müsse, der es zubereitet.“ (Ders.)

Ohne die Mühen des 'Jägers' in den Wissenschaften geht es folglich auch nicht, wie wir von unserem schon mehrfach bemühten Kommentator vernehmen: „In den Wissenschaften ist es höchst verdienstlich, das unzulängliche Wahre, was die Alten schon besessen, aufzusuchen und weiter zu führen.“

Die Wahrheit zu verfolgen, Irrtümer auszuräumen, mithin dem Fortschritt zu dienen – ein solches Bestreben der Autoren wird auch der kritischste Leser nicht gering schätzen können. Indes: „Zum Ergreifen der Wahrheit braucht es ein viel höheres Organ als zur Verteidigung des Irrtums.“ Ein solches wollen die Herausgeber der GEOGRAPHISCHEN REVUE Autoren und Lesern zur Verfügung stellen. Im 'Organ' dieser „Zeitschrift für Literatur und Diskussion“ sollen Neuerscheinungen aus Wissenschaft und Praxis in der Geographie und in benachbarten Fächern besprochen werden. Neben ausführlichen Rezensionen (Einzel- oder Sammelbesprechungen, Referate zu speziellen Themenbereichen oder Erdregionen) sind auch knappere Berichte (Kurzbesprechungen, Annotationen, Titelhinweise) und Besprechungen wieder gelesener (alter und neuer) Klassiker etc. vorgesehen.

„Deswegen sind Bücher willkommen, die uns sowohl das neu empirisch Aufgefundene als die neubeliebten Methoden darlegen.“ Bleiben wir weiter bei dem nun schon mehrfach Zitierten, der gegenüber dem seiner Meinung nach Wünschenswerten gewiß nicht ohne Grund einwenden kann, daß „alles Gescheite ... schon gedacht worden (ist), man ... nur versuchen (muß), es noch einmal zu denken.“ Solche Bemerkung enthebt uns indes nicht der Frage, wie die diesbezüglichen (ganz gewiß ungleichwertigen) Leistungen der Wissenschaftler, denen wir als Leser und Rezensenten gegenüber treten, zu beurteilen sind. Aber auch dazu läßt sich eine Auskunft einholen: „Die originalsten Autoren der neusten Zeit sind es nicht deswegen, weil sie etwas Neues hervorbringen, sondern allein, weil sie fähig sind, dergleichen Dinge zu sagen, als wenn sie vorher niemals wären gesagt gewesen.“ – Der so wiederum Zitierte würde diesen seinen Worten vielleicht hinzufügen: „Man nehme das nicht übel. Eben dasjenige, was niemand zugibt, niemand hören will, muß desto öfter wiederholt werden.“

Die Zielsetzung, solches Denken und Sagen zu erfassen und über das Schrifttum in der Geographie und in benachbarten Fächern zu berichten, kennzeichnet aber nur das eine Aufgabenfeld der GEOGRAPHISCHEN REVUE. Neben der Bekanntmachung neuer Literatur soll der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und der streitbaren Erörterung unterschiedlicher Sichtweisen über und Herangehensweisen an die jeweils zur Debatte stehende Sache ein besonderer Raum zur Verfügung gestellt werden. So sieht es die GEOGRAPHISCHE REVUE darüber hinaus als ihr Ziel an, die methodologische und theoretische Reflexion in der Geographie zu vertiefen und zur Aufwertung der Streit- und Diskussionskultur innerhalb des Faches beizutragen. Dementsprechend wird ein gewichtiger Teil der GEOGRAPHISCHEN REVUE diesem Gedankenaustausch dienen. Die Zeitschrift wird damit ihrer Hauptaufgabe als eines *journal des lettres* am nachdrücklichsten gerecht. (Daß diesbezüglich die Themen bzw. die Beiträge von Heft zu Heft unterschiedlich gewichtet sein werden, läßt schon am besten die vorliegende Nummer 1 erkennen.)

Die Herausgeber und Produzenten der Zeitschrift möchten also mit und in der GEOGRAPHISCHEN REVUE vor allem zwei Dinge nach Kräften fördern: den lebhaften Disput und die offene Kommunikation. Autoren und Leser sind eingeladen, 'Gutes' und 'Schlechtes', 'Falsches' und 'Wahres' einander entgegenzuhalten, wobei wir am Ende die Diskutanten mit den Worten des vielfach Zitierten 'beruhigen' wollen: „Es ist ganz einerlei, ob man das Wahre oder das Falsche sagt: beidem wird widersprochen.“

Im „Goethejahr“ 1999

Die Redaktion

Rudolf Stichweh ■

Gibt es eine „Weltpolitik“ der Weltwissenschaft?

I

Die Welt der Gegenwart kennt nur noch ein einziges und als solches weltweites Gesellschaftssystem. Aus dieser These sind Folgerungen für die Theorien der einzelnen Funktionssysteme zu ziehen. Recht, Religion, Wirtschaft, die Massenmedien und eben auch Wissenschaft und Politik bilden – und zwar jedes dieser Funktionssysteme für sich – einen weltweiten kommunikativen Zusammenhang. Uns interessieren hier die Wissenschaft und die Politik. Gibt es eine „Weltwissenschaft“ und welches sind die historischen Voraussetzungen und die sachlichen Implikationen dieses Begriffs? Wie ist die Interaktionsfläche von Wissenschaft und Politik zu beschreiben, und ist es vorstellbar, daß sich an dieser Interaktionsfläche das vollzieht, was man die Herausbildung einer „Weltpolitik“ der Weltwissenschaft nennen kann? Was meint überhaupt der Begriff der Weltpolitik? Existiert beispielsweise „Wissenschaftspolitik“, um den hier einschlägigen Politikbereich anzusprechen, in der Form eines weltweiten kommunikativen Zusammenhanges unter den wissenschaftspolitisch sichtbaren und einflußreichen Staaten?

Ich will im folgenden in zwei Schritten auf diese Fragen reagieren: Zunächst werde ich die Entstehungsbedingungen und die Strukturen der Weltwissenschaft zu skizzieren versuchen und danach prüfen, ob vorstellbar ist, daß dieses System der Weltwissenschaft durch politische Anstrengungen steuerbar ist und vor allem, ob es sich seinerseits als politikfähig oder als zur Herausbildung einer kollektiven Handlungsfähigkeit geeignet erweist.

II

Der weltweite kommunikative Zusammenhang der Wissenschaft könnte in einer ersten Annäherung als selbstverständlich und insofern trivial erscheinen. Lag nicht im Anspruch auf die Wahrheit einer wissenschaftlichen Aussage immer schon die Implikation, daß jeder mit menschlichen Verstandesfähigkeiten ausgestattete Teilnehmer an wissenschaftlicher Kommunikation der betreffenden Aussage im Prinzip würde zustimmen müssen und gab es nicht insofern immer schon, sofern es überhaupt Wissenschaft gab, nur eine einzige Wissenschaft? Dieser Einwand verweist auf eine universalistische Selbstbeschreibung

westlicher oder abendländischer Wissenschaft, die in der Tat sehr alt ist und für die man leicht weitere Formulierungsvarianten findet. So beispielsweise die Selbstbeschreibung der spätmittelalterlichen Universität als „studium generale“. Diese meinte u.a. die universelle Geltung und Verwendbarkeit des an der Universität gelehnten Wissens, die sich im übrigen aus der universellen Zuständigkeit der die Universität einsetzenden Macht (also des Papstes oder des Kaisers) erklärte (s. näher Stichweh 1991).

Wie schon an diesem Zusammenhang des wissenschaftlichen Universalismus mit dem geistlichen und politischen Universalismus des europäischen Mittelalters erhellt, findet man Universalismen dieses Typs in vielen Funktionskontexten. Sie sind zweifellos für die Vorbereitung und spätere Realisierung der Weltgesellschaft von großer Bedeutung; gleichzeitig kann man sie sinnvoll projektive Universalismen nennen. Die von ihnen antizipierte Einheit eines globalen Kommunikationszusammenhanges ist eine projektiv vorweggenommene Einheit, die fernab der strukturellen und prozessualen Realisierung dieser Einheit liegt.

Das läßt sich wiederum gut am Beispiel der Wissenschaft studieren. Wenn wir die moderne Wissenschaft mit Gaston Bachelard und anderen Autoren im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert und damit zugleich im Augenblick der Durchsetzung disziplinärer Differenzierung beginnen lassen (ausführlich dazu Stichweh 1984), dann fällt unmittelbar auf, daß die Entstehung moderner Wissenschaft einhergeht mit einer ausgeprägten Nationalisierung wissenschaftlicher Kommunikationszusammenhänge (vgl. Stichweh 1984, Crawford/Shinn/Sörlin 1993). D.h. im Augenblick der Entstehung der modernen Wissenschaft tritt an die Stelle der kosmopolitischen Gelehrtenrepublik der frühen Neuzeit, die in vielen Hinsichten kommunikative Realität und nicht etwa eine semantische Fiktion war, eine Situation, die durch nationale Bezugssysteme bestimmt ist. Scientific communities sind am Anfang des 19. Jahrhunderts nationale scientific communities. Parallel zu diesem Umbruch entsteht die moderne Universität aus der kosmopolitischen Universität des europäischen Mittelalters und der frühen Neuzeit, und zwar begleitet von der europaweiten Leitidee der Nationalerziehung.¹ In beiden Fällen – der Nationalisierung wissenschaftlicher Kommunikationszusammenhänge und der von der Nation her gedachten Umgestaltung der Hochschulerziehung – fungiert die Einbeziehung größerer Bevölkerungsanteile in die nationalisierten Systeme als eine historisch bestimmende Hintergrundvorstellung. Nation ist – um dies in systemtheoretischen Termini zu reformulieren – zunächst eine Inklusionsidee (vgl. Hahn 1993, Stichweh 1994a). Wir sind damit am Anfang des 19. Jahrhunderts aber noch weit entfernt von einem globalen Wissenschaftssystem und von einer durch die Imperative der Globalisierung geprägten Universität. Auf diese Weise ist zugleich das Erklärungsproblem für diesen Aufsatz fixiert: Welcher Weg führt von dieser Ausgangssituation des 19. Jahrhunderts zu der durch ein globales Wissenschaftssystem bestimmten Gegenwartssituation?

Beim Versuch einer Antwort will ich auf die gerade verwendete paradoxe Formulierung zurückgreifen. Die Idee der Nationalerziehung habe ich als eine europaweite Leit-

idee beschrieben. D.h. wir haben es einerseits damit zu tun, daß auch die Hochschul-erziehung immer deutlicher den Leistungserwartungen eines nationalen Bezugssystems unterworfen wird; andererseits ist dies eine Leitvorstellung, die europaweit auftritt und damit auch nur aus dem Beobachtungs- und Interaktionszusammenhang der verschiedenen europäischen Systeme verstanden werden kann. In vielen europäischen Ländern ist anfangs, d.h. in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die Zurückdrängung transnationaler Erziehungsorganisationen, insbesondere des lange bestimmenden Jesuitenordens, der hinter der Idee der Nationalerziehung stehende Impuls. Damit zeichnet sich eine Konstellation ab, die für das 19. und 20. Jahrhundert bestimmend werden sollte. Überall werden Institutionen postuliert und geschaffen, die einem entstehenden nationalstaatlichen Zusammenhang verpflichtet sind. Aber die Formung dieser nationalen Institutionen vollzieht sich in einem europaweiten, später weltweiten Beobachtungs- und Imitationszusammenhang, der durch die zunehmende Häufigkeit von Interaktionen unter den nationalstaatlichen Systemen bestimmt wird. Insofern sind Nationalisierung und Globalisierung keine konkurrierenden oder miteinander inkompatiblen Deutungen, sie beschreiben vielmehr komplementäre Aspekte ein und desselben Prozesses.² Clark Kerr hat dafür einmal eine treffende Formel gefunden, als er die moderne Universität ein Hybrid nannte, weil sie eine „cosmopolitan, nation-state university“ sei (Kerr 1991, 21).

Eine der hauptsächlichen Ursachen und Formen von Globalisierung ist damit bereits benannt. Die globale Diffusion der Institutionen des Nationalstaats, zu denen selbstverständlich auch Wissenschaftsförderung, Wissenschaftspolitik und Hochschul-erziehung gehören, ist einer der bestimmenden Parameter der gegenwärtigen Situation. Dieselbe Annahme globaler Diffusion gilt für

andere institutionelle Muster, die als Muster nicht direkt mit dem

globale Diffusion, globale Vernetzung

Nationalstaat verknüpft werden können: also beispielsweise für die Forschungsförmigkeit der Wissenschaft im Unterschied zur frühneuzeitlichen Gelehrsamkeit oder für die moderne Ausbildung von Individualität.

Ich möchte eine zweite Form der Globalisierung benennen, die neben die globale Diffusion institutioneller Muster tritt. Der treffende Terminus scheint mir hier globale Interrelation oder auch globale Vernetzung zu sein. Das läßt sich am Beispiel des Wissenschaftssystems gut erläutern. Die Entstehung moderner Wissenschaft am Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert geht mit der Durchsetzung disziplinärer Differenzierung einher. Fortschreitende Innendifferenzierung des Systems, in der Form der Entstehung immer neuer Spezialgebiete, wird jetzt der primäre Motor der Ausdifferenzierung der Wissenschaft, im Sinne der Herauslösung aus anderen Sinnzusammenhängen der modernen Gesellschaft. Die disziplinäre Form und ihre subdisziplinären Verlängerungen sprengen schnell den nationalen Bezugsrahmen wissenschaftlicher Kommunikation. Die unablässig fortschreitende Proliferation immer neuer communities von Wissenschaftlern mit immer spezifischeren sachthematischen Spezialisierungen reorganisiert den sozialen und den

kognitiven Raum der Wissenschaft in einer Weise, die mit den Grenzziehungen nationaler wissenschaftlicher Gemeinschaften inkompatibel ist. Die sich auf der Basis von Differenzierung durchsetzende Zerlegung des Problemraums der Wissenschaft läßt es immer unwahrscheinlicher werden, daß relevante und unverzichtbare kollegiale Beziehungen zufällig koextensiv mit nationalen Kontexten der Wissenschaft sein sollten. Es entsteht dann eine weltweite scientific community, die man aber nicht in der Tradition der res publica literaria als eine reale soziale Gemeinschaft mit geteilten normativen und kognitiven Prämissen auffassen darf (so etwa noch Thomas 1984, insb. 966f.), die vielmehr vor allem durch das Faktum ihrer internen Differenzierung zu beschreiben ist.

Es gibt viele Indikatoren, mit deren Hilfe man die Globalisierung der Wissenschaft näher studieren kann. Der naheliegendste Ansatz ist der, auf die Netzwerkstrukturen von scientific communities zu blicken. Man sieht dann unschwer, daß kommunikative ties, wie auch immer man sie empirisch ermittelt, heute selbstverständlich nationale Grenzen überschreiten. Einer der in der Forschung am besten etablierten und auch der Sache nach plausiblen Ansätze untersucht Kooperationsbeziehungen, insbesondere Beziehungen der Koautorenschaft zwischen Wissenschaftlern. Dieses Interesse an Koautorenschaft ist eine einleuchtende Option, erstens weil es der Selbstbeschreibung der modernen Wissenschaft entspricht, in der Kollegialität im Sinn von Kooperation und Kontrolle als ein Leitbegriff fungiert, zweitens, weil in großen Bereichen der Naturwissenschaft die mehrere Autoren aufweisende Publikation heute zum Normalfall geworden ist, und drittens, weil das empirische Interesse an Koautorenschaft mit einer theoretischen Beschreibung korrespondiert, die Wissenschaft als ein autopoietisches System denkt, das sich durch Publikationen als seine elementaren Akte hindurch reproduziert (Luhmann 1990, Stichweh 1987, 1990).

Wie sehen die empirisch beobachtbaren Muster aus? In den meisten der für die Wissenschaft heute bedeutsamen Länder weisen mittlerweile mehr als 20% der auf einer Zusammenarbeit beruhenden Publikationen Koautoren mit verschiedenen nationalen Zugehörigkeiten auf. Es gibt hier einige Ausnahmen: die USA, die über den größten internen Markt für wissenschaftliche Kooperation verfügen, mit einer Rate von nur 13%, und das aus sprachlichen Gründen immer noch einigermaßen isolierte Japan mit 10%. Dessen ungeachtet gilt, daß, wenn man einen Mittelwert für 131 statistisch erfaßbare Länder bildet, sich herausstellt, daß zwischen 1980 und 1990 der Anteil internationaler Koautorenschaft von 11,3% auf genau 20% gestiegen ist (Leclerc/Gagné 1994, 267ff., Frame/Narin 1988, 208). Das Wachstum in absoluten Zahlen ist noch viel deutlicher, da der Anteil der Publikationen mit mehr als einem Autor an der Gesamtzahl aller Publikationen erheblich gewachsen ist. Außerdem scheint es einen Reputationsvorteil für Publikationen mit internationaler Koautorenschaft zu geben. Dies trifft insbesondere in Europa zu: Papiere mit institutionellen Adressen aus mindestens zwei europäischen Ländern werden weltweit mehr als doppelt so häufig zitiert als Papiere mit nur einer institutionellen Adresse (Narin/Stevens/Whitlow 1991). Man kann diesen letzteren Befund so deuten, daß man sagt, daß Papiere, die auf internationaler Koautorenschaft beruhen, von

vornherein besser in die realen Kommunikationszusammenhänge der Wissenschaft eingebettet sind, die eben globale Zusammenhänge sind, und daß sie dieser Einbettung ihren Sichtbarkeitsvorteil verdanken.

III

Ich möchte die wichtigsten Punkte jetzt noch einmal zusammenfassen, um die Spezifität der Situation der Wissenschaft hervortreten zu lassen und auf diese Weise ein Erklärungsproblem zu identifizieren:

1. In der Gegenwart ist von einem globalisierten Wissenschaftssystem auszugehen. Eine der Besonderheiten dieses Systems fällt auf, wenn man es mit dem System medizinisch-therapeutischen Wissens vergleicht. Während im Fall der Medizin außer dem System biomedizinischen Wissens auch die alternativen oder heterodoxen Wissenssysteme in den Prozeß der Globalisierung einbezogen werden, also beispielsweise eine zunehmend globale Verbreitung von Ayurveda, Homöopathie etc. zu beobachten ist, ist das System der Weltwissenschaft ein System ohne konkurrenzfähige Heterodoxien. Während die moderne Wissenschaft jeden Tag jede Menge von Alternativen in der Wissenschaft erzeugt und deren Erzeugung die eigentliche Ratio forschungsförmiger Wissenschaft ist, werden ihrerseits Wahrheitsansprüche erhebende Alternativen zur Wissenschaft nicht globalisiert.³ Die Alternative von Kreationismus und Evolutionismus muß zwar in den Schulen einiger amerikanischer Staaten parallel und sozusagen werturteilsfrei gelehrt werden (Lewis 1997, Palevitz/Lewis 1999); aber dies ist ein amerikanisches Phänomen und von einer globalen Konkurrenz dieser beiden Wissenssysteme kann keine Rede sein. Es ist vermutlich diese in der Tat erklärungsbedürftige Besonderheit eines Weltsystems ohne Heterodoxien, die manchmal den Eindruck erweckt, die Globalisierung der Wissenschaft sei ein in sich unproblematisches Phänomen.

2. Zwei Mechanismen treiben die Entstehung der Weltwissenschaft seit dem 19. Jahrhundert voran. Der erste Mechanismus heißt globale Diffusion institutioneller Muster. Das schließt Institutionen der Wissenschaftsförderung, der Hochschulerziehung und andere ein, und ein auffälliger Sachverhalt ist, daß nur die Muster diffundieren, die einzelnen Institutionen und Organisationen aber ihren lokalen und nationalen Bezugsrahmen beibehalten. Den zweiten Mechanismus nenne ich globale Vernetzung oder Interrelation. Damit ist gemeint, daß auf der Basis fortschreitender Innendifferenzierung des Systems nationale Grenzen im Knüpfen kollegialer ties schnell überschritten werden und insofern Spezialisierung der eigentliche Motor der kommunikativen Globalisierung des Systems ist.

3. Wenn man diese beiden gerade genannten Mechanismen der Globalisierung postuliert, ergeben sich zwei interessante Konsequenzen: Einmal fällt auf, daß die Globalisierung der Wissenschaft sich ohne eine Globalisierung ihrer Organisationen vollzieht. Während beispielsweise im Fall des Wirtschaftssystems die Entstehung der multinationalen Unternehmen (MNU) den hauptsächlichen Träger von Globalität in der

Form einer Organisation hervorbringt, bleiben die großen Wissenschaftsorganisationen sowohl in der Forschung (Max-Planck-Gesellschaft, Centre National de la Recherche Scientifique, National Institutes of Health) wie auch in der Hochschulerziehung (das Fehlen ausländischer Dependancen von Universitäten) nationale oder sogar lokale Einrichtungen. Daraus folgt eine weitere überraschende Konsequenz. Die kommunikativen ties auf der Basis sachthematischer Spezialisierungen, aus denen globale Wissenschaft besteht, sind nicht in gemeinsame Organisationszugehörigkeit eingebettet. Insofern scheint Wissenschaft ein kommunikativ dezentrales globales System zu sein, das zwar der Standardisierung institutioneller Muster eine Kontakterleichterung verdankt, aber nicht durch Organisationen kontrolliert werden kann.

IV

Der gerade erarbeitete Befund wirft ein interessantes Problem hinsichtlich der Politikfähigkeit, aber auch der politischen Steuerbarkeit der Wissenschaft auf. Wenn Wissenschaft aus dezentralen kollegialen ties besteht, die Beziehungen der Kooperation und der Koauthorschaft fundieren, und diese ties nur sehr schwach in die Organisationen eingebettet sind, in denen sich ein Großteil der Berufs- und der Alltagsarbeit der Wissenschaftler vollzieht, wie sollte dann eine kollektive Handlungsfähigkeit entstehen, die vermutlich eine entscheidende Voraussetzung einer Weltpolitik der Weltwissenschaft wäre?

Um einer Antwort auf diese Frage näherzukommen, möchte ich zunächst die Interaktionsfläche von Wissenschaft und Politik näher beschreiben. Der Leitbegriff für die Beschreibung dieser Interaktionsfläche ist der der Wissenschaftspolitik. Das ist ein Wort, das es im 19. Jahrhundert in Deutschland noch nicht gab, weil es die Sache noch nicht gab (vgl. zum folgenden Stichweh 1994, Kap. 6). Statt dessen existierte nur Hochschulpolitik, die nebenbei vermutlich auch die Probleme und Bedarfe der in der Universität stattfindenden Wissenschaft und Forschung mitbedachte. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts ist das Wort „Wissenschaftspolitik“ in Texten Adolf von Harnacks erstmals nachgewiesen. Der Kontext der Entstehung – im Vorfeld der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) – leuchtet unmittelbar ein. Es geht jetzt erstmals um eigenständige, groß ausgelegte Forschungsinstitute, die nur der Wissenschaft zugehören und deshalb einer eigenen Begründung und Legitimation bedürfen und nicht in das traditionelle Verständnis von Schulwesen und Hochschulerziehung eingefügt werden können. Parallel zur Entstehung des Phänomens Wissenschaftspolitik bilden sich auch Selbstverwaltungsorgane der Wissenschaft heraus – in Deutschland zuerst zu beobachten am Fall der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ in den zwanziger Jahren –, deren Funktion im wesentlichen darin bestand, Entscheidungsprozesse über Prioritätensetzung und Mittelverwendung, die man auch als politische Entscheidungsprozesse verstehen kann, möglichst weit in den akademischen Bereich zurückzuholen. Wenn es so etwas gibt wie eine Hierarchie von Ebenen der Fixierung von Entscheidungsprämissen, dann ist

Wissenschaftspolitik immer der von beiden Seiten (der Politik und der Wissenschaft) unternommene Versuch, möglichst viele dieser Ebenen in das eigene System zu internalisieren. Auf diese Weise erwirbt die Wissenschaft erstmals so etwas wie eine Politikfähigkeit, und sie erwirbt sie in der Form, daß sie lernt, die jeweilige Relation der jetzt schon lösbaren und der noch unlösbaren wissenschaftlichen Probleme so darzustellen, daß daraus ein potentieller Beitrag für politisch-praktische Probleme sichtbar wird. Die Wissenschaft erwirbt diese Politikfähigkeit auf der Basis der bestehenden Organisationen der Wissenschaft, die ja nationale Organisationen sind und die ein Operieren im nationalen Rahmen erlauben.

Derselbe Vorgang der Herausbildung einer politischen Steuerungsebene, die Wissenschaftspolitik heißt, und einer damit korrelierten spezifischen Politikfähigkeit der Wissenschaft (soweit es um politisch-soziale Probleme geht, deren Bearbeitbarkeit von wissenschaftlichem Wissen abzuhängen scheint) wiederholt sich in weit größerem Maße nach dem Zweiten Weltkrieg, und dann zuerst in den Vereinigten Staaten.⁴ Der Zweite Weltkrieg bringt bekanntlich insofern einen Schwellenübergang in der Wissenschaftsgeschichte mit sich, weil in seiner Folge finanzielle Niveaus der politischen Förderung von Wissenschaft erreicht wurden, die vorher undenkbar waren. Seither ist es nicht mehr überraschend, wenn beispielsweise eine programmgesteuerte Exploration der wissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten der Molekularbiologie die politische Form eines nationalen Programms der Bekämpfung der Krebserkrankung annehmen kann. An diesem sich in unserem Jahrhundert herausbildenden Interaktionszusammenhang von Wissenschaft und Politik ist von vornherein eine dritte Größe beteiligt: Wirtschaft und Industrie. Man kann dies gut in der Gründungsgeschichte der KWG sehen, wo über lange Jahre die Initiativfunktion bei industriellen Mäzenen lag, die als Mäzene nicht ohne Eigeninteressen waren. Insofern erwirbt die Wissenschaft seit dem Anfang dieses Jahrhunderts außer einer Politikfähigkeit auch eine Sprach- und Handlungsfähigkeit, die wirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen versteht. Man kann dies heute gut in dem Geschick studieren, mit dem Wissenschaftler die beiden parallelen Veröffentlichungssysteme – Publikationen und Patente – zu handhaben wissen (s. Eisenberg 1987).

Im letzten Jahrzehnt ist dieser Zusammenhang von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vielfach mit Hilfe eines neuen Leitbegriffs formuliert worden. Dies ist das Konzept des „nationalen Innovationssystems“, das mittlerweile häufig für vergleichende Studien benutzt wird. Ich will eine charakteristische Definition dieses Konzepts zitieren: „A national system of innovation is the system of interacting private and public firms (either large or small), universities or government agencies, aiming at the production of science and technology within national borders.“ (Niosi/Bellon 1994, 175) In systemtheoretischen Termini würde man sagen, es handelt sich um eine lokale Form der strukturellen Kopplung von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, die bei allen drei beteiligten Seiten den Erwerb einer Artikulationsfähigkeit verlangt, die deshalb aber noch

nicht ein wie auch immer geartetes „Verstehen“ voraussetzt. Eher handelt es sich um je nach Funktionssystem verschiedene Versuche der Internalisierung eines möglichst weiten Spektrums von Entscheidungsprämissen in den eigenen Bereich.

V

Was aber bedeuten diese Entwicklungen für die Frage nach einer Weltpolitik der Weltwissenschaft? Liegt nicht die Vermutung nahe, daß sich zwar auf nationaler Ebene eine Politikfähigkeit der Wissenschaft auf der Basis nationaler wissenschaftlicher Organisationen bildet, aber die globale Ebene wegen der kommunikativen Dezentralität und der schwachen globalen Organisationsförmigkeit der Wissenschaft politisch unbesetzt bleibt, so daß die kommunikative Distanz zwischen Weltpolitik und Weltwissenschaft groß wäre?

Bevor ich unmittelbar auf diese Frage eingehe, möchte ich kurz eine vorgelagerte Frage thematisieren. Gibt es eine weltweite Wissenschaftspolitik? Die Antwort muß hier offensichtlich positiv ausfallen, wie dies auch für viele andere Politikbereiche der Fall sein wird. John Meyer und seine Mitarbeiter in Stanford haben dies mit Blick auf verschiedene Politikbereiche überzeugend gezeigt (s. u.a. Thomas et al. 1987, Meyer et al. 1992). Der Mechanismus ist im wesentlichen immer derselbe. Für Politiken in Spezialbereichen existieren heute typischerweise weltweit verteilte Beobachtungsbereitschaften, die dazu führen, daß Modelle, Ideologien und Innovationen schnell aufgenommen und weltweit kopiert werden, wobei die Diversität der kopierbaren Modelle auch eine Diversität in den Rezeptionsprozessen erzeugt. Oft treten internationale Organisationen als paradigma-definierende Instanzen in diesen Beobachtungs- und Imitationsprozeß ein und verleihen bestimmten Modellen für einige Zeit globale Plausibilität. In manchen Politikbereichen spielen bekanntlich die Weltbank und der IWF eine solche Rolle (vgl. Hanke 1996); in der Zirkulation wissenschaftspolitischer Modelle in den letzten zwanzig Jahren nahm zeitweise die OECD eine vergleichbare Position ein (vgl. Elzinga 1996).

Eine andere Ebene der transnationalen Definition von Wissenschaftspolitik bilden regionale Staatenverbände. Ein gutes Beispiel ist die zunehmend wichtiger werdende Wissenschaftspolitik der EU, die die auffällige Struktur aufweist, daß sie zweifach vorkommt. Als Wissenschaftspolitik der EU selbst und in der Form kooperativer wissenschaftlicher Projekte der EU-Mitgliedstaaten (Krück 1995). Die Mehrzahl der relevanten europäischen wissenschaftlichen Organisationen und Programme sind auf diesem letzteren Weg entstanden – so etwa CERN, EMBL, EUREKA und JESSI. Die Bipolarität dieser Struktur eröffnet der eigenen Politik der Wissenschaftler Spielräume, die sie für Initiativen ausnutzen können, die bei einem monolithischen politischen Gegenüber nicht so leicht eine Chance hätten.

Wie sieht es mit der konzeptuellen und thematischen Eigenständigkeit der Weltpolitik der Weltwissenschaft aus? Ist ein solches Phänomen beobachtbar als wissenschaftseigener

Versuch der Einflußnahme auf die Definition globaler Problemsituationen oder scheitert dies an der strukturellen Dezentralität des globalen Wissenschaftssystems?

Ich werde diese Frage im folgenden prüfen, indem ich einige der vielen Problemsituationen diskutiere, in denen eine Weltpolitik der Wissenschaft denkbar wäre. Eine Voraussetzung scheint zu sein, daß einer Problemsituation von potentiell großer gesellschaftlich-politischer Relevanz eine Konstellation von wissenschaftlichen Forschungsfeldern entspricht, die für diese gesellschaftliche Problemsituation instruktiv zu sein versprechen. Es wäre dann in jedem einzelnen Fall denkbar, daß aus der Expertise der Forschung heraus Problemformulierungen entstehen, die Forschungsbedarfe und tatsächlich durchgeführte Forschung in Weltpolitik transformieren. Die Liste der in Frage kommenden Problemfelder ist denkbar lang: AIDS, die Antarktis, Fragen der Welt-ernährung, Klimawandel und die Beschädigung der Ozonschicht, die Frage der Diversität der Spezies in ihrer Bedeutung für das menschliche Leben, die Diversität der genetischen Ausstattung der Menschheit und das Human Genome Project, und viele andere mehr.

Ich will mit einem der interessantesten Beispiele beginnen: der Forschung über die Antarktis (zum folgenden Elzinga 1993): Hier haben wir den bemerkenswerten Fall eines Kontinents, ungefähr von der Größe der Vereinigten Staaten, der immer unbesiedelt war und dessen Bevölkerung heute fast ausschließlich aus einigen Tausend Wissenschaftlern und aus nichtwissenschaftlichem Personal, das für deren Forschungsinstitute arbeitet, besteht. Politisch gesehen gibt es Ansprüche von sieben Staaten, England, Frankreich, Norwegen, Argentinien, Chile, Dänemark und Rußland, die die gesamte Fläche der Antarktis betreffen, die international aber als nicht anerkannt gelten. Im Internationalen Geophysikalischen Jahr 1956-8 dokumentierte sich diese politische Situation darin, daß einige Staaten ihre Forschungsinstitute gezielt in Gebiete plazierten, die von anderen Staaten beansprucht werden. In der Folge entstand am Ende der fünfziger Jahre das sogenannte „Antarctica Treaty System“ (ATS), das zunächst zwölf Signatarstaaten hatte und das heute die einigermaßen unbestrittene Form der Kontrolle über die Antarktis repräsentiert. Bedingung des Zugangs zum ATS war zunächst, daß der betreffende Staat eine signifikante Forschungsanstrengung in der Antarktis aufwies. Dieses Kriterium gilt im Prinzip heute noch, ist in Einzelfällen aber aufgeweicht worden, um Ländern der Dritten Welt den Zutritt zu erlauben. Der einflußreichste alternative Anspruch auf die Antarktis ist der von Nichtregierungsorganisationen im ökologischen Bereich, die die Antarktis als das einzige unbelastete ökologische Reservoir der Menschheit wahrnehmen und unter diesem Gesichtspunkt den Primat wissenschaftlicher Nutzungen in Frage stellen. Was folgt aus dieser Beschreibung für die Frage der Weltpolitik der Wissenschaft?

Wir haben hier die singuläre Situation eines Kontinents, der, wie manchmal gesagt wird, „für die Wissenschaft reserviert ist“. Aber gleichzeitig läßt sich in diesem Fall eine „Weltpolitik der Wissenschaft“ im Sinn einer koordinierten und erfolgreichen Interessenverfolgung nicht erkennen; viel eher geht es um eine sehr spezifische Interessenkonstellation der internationalen Politik, die in diesem Fall die Wissenschaft begünstigt hat. Im

Vordergrund stand die Zurückdrängung der territorialen Ansprüche, die von sieben Staaten angemeldet wurden, und dabei spielte das Interesse der Großmächte eine Rolle, die die Frage der Ausbeutung der Bodenschätze der Antarktis sistieren wollten. Zur Zeit gilt in dieser Frage ein Moratorium, und zwar bis zum Jahr 2040. D.h. die Wissenschaft profitiert hier von einer politischen Interessenkonstellation; sie ist aber als handelnde und beratende Einheit im wesentlichen in einzelnen an der Erforschung der Antarktis beteiligten Staaten tätig und von einer Weltpolitik der Wissenschaft kann meinem Eindruck nach nicht die Rede sein.

Ein zweiter Testfall könnten Großlaboratorien vom Typus CERN oder EMBL (Europäisches Molekularbiologisches Laboratorium) sein. Dies sind internationale Körperschaften, die durch Beiträge aus vielen Mitgliedsstaaten finanziert werden. In beiden Fällen dokumentiert sich die problemlose Fähigkeit der Wissenschaft, Forschungsgruppen ohne Rücksichtnahme auf nationale communities und Organisationszugehörigkeit der Forscher zu bilden. Es ist diese Struktur, die beispielsweise Karin Knorr-Cetina mit Bezug auf CERN veranlaßt, von einem „World Lab“ zu sprechen. Im Fall des Teilchenbeschleunigers kommt noch die Besonderheit hinzu, daß eine außerwissenschaftliche Anwendung nicht zu erkennen ist, so daß wir es hier mit dem extremen Fall einer Großforschung als reiner Wissenschaft zu tun haben, für die sich unsere Leitfrage nach der Entstehung einer weltpolitischen Artikulationsform der Wissenschaft stellen läßt. Ein Diskurs dieses weltpolitischen Typs ist auf der Ebene wissenschaftlicher Reputationseliten zweifellos zu beobachten; aber das ändert nichts daran, daß auch in diesem Fall eine Weltpolitik der Wissenschaft nicht zu erkennen ist. Der politische Diskurs über Laboratorien vom Typus CERN und EMBL wird offensichtlich hauptsächlich auf nationaler Ebene geführt. Es handelt sich um nationale politische Strategien, die von nationalen wissenschaftlichen Eliten beraten werden, und bei denen es immer auch darum geht, die Zahlungen, die an die jeweiligen Institutionen fließen, mit den Vorteilen zu vergleichen, die bei der nationalen „scientific community“ anfallen. Je nach dem Ergebnis dieser Bilanz werden in der Folge Ansprüche angemeldet, Disengagements gefordert etc. So war beispielsweise der britische Diskurs über CERN in den letzten Jahren zeitweise von der Sorge bestimmt, daß angesichts eines fallenden Pfundkurses die britischen Beiträge zu CERN bereits die gesamten nationalen Mittel für Hochenergiephysik verbrauchen könnten und insofern eine Förderung im nationalen Rahmen nicht mehr möglich sei (Williams 1996). Es ist also auch für diesen Fall zu sagen, daß zwar weltweite wissenschaftliche Kooperation eine alltägliche Selbstverständlichkeit ist, aber deshalb noch nicht die Herausbildung einer Artikulations- und Steuerungsebene gelingt, die man sinnvoll Weltpolitik der Wissenschaft nennen könnte.

Ich vermute, daß andere von mir genannte Beispiele, AIDS, Welternährung etc., wenn man sie näher diskutiert, zu ähnlichen Schlußfolgerungen führen würden. Ob dies nun zum Vorteil oder zum Nachteil der Wissenschaft ist – ein globales Lösungsangebot oder ein globaler politischer Wille der Wissenschaft artikuliert sich in diesen Fällen nicht,

allerdings eine Forschung, die im alltäglichen Prozedere globale Zusammenhänge immer deutlicher ausspricht.

Ich komme jetzt zu einem letzten Beispiel, das möglicherweise anders liegt: Klimawandel (s. vor allem Elzinga 1996). Dabei handelt es sich um eine in ihrer Zentralität unbestrittene Frage, ohne daß das Wissen um diese Zentralität politische Folgen haben müßte. In diesem Fall hat sich in der Form der Weltklimagipfel eine oberste politische Steuerungsebene ausgebildet; gleichzeitig ist aber auch in der Wissenschaft selbst durch Formierung des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) eine ihrerseits globale Steuerungsebene entstanden, die zur Folge hat, daß in der Frage des anthropogenen Klimawandels die Expertise der Wissenschaft mit einer einzigen Stimme zu sprechen scheint. Das beruht auf einer komplizierten organisatorischen Synthese, die Unterorganisationen der UN, der UNESCO und internationale wissenschaftliche Organisationen einschließt – und diese Synthese ist sicher dadurch begünstigt worden, daß in einem etwas einfacher gelagerten Fall, dem der Gefährdung der Ozonschicht, wenige Jahre zuvor eine ähnliche Synthese gelungen war. Warum aber ist es möglich, daß im Fall des Klimawandels eine wissenschaftliche Organisation mit einer Expertise spricht, in die die Beiträge von Hunderten von Wissenschaftlern eingehen, wodurch gleichzeitig auf dieser Steuerungsebene der Dissens nicht einbezogener Wissenschaftler in weltpolitischer Hinsicht invisibilisiert wird? Die Antwort auf diese Frage wird organisatorische und historische Kontingenzen einbeziehen müssen. Sie sollte aber einen Faktor betonen: Der Grund für die weltpolitische Artikulationsfähigkeit der Wissenschaft in diesem Fall ist kognitiver Art: Das Problem der Klimaforschung ist das Problem eines nur schwer dekomponierbaren Systems; aus diesem Grund spielt in der Geschichte der Klimaforschung auch die Semantik der „earth system science“ eine bedeutende Rolle. Klimamodelle für Dänemark oder selbst für den um vieles größeren Raum der Vereinigten Staaten machen relativ wenig Sinn; deshalb entfällt auch die in anderen Problembereichen fortdauernde Option einer nationalen scientific community, die im Bezug auf nationale Politik isolierbare Lösungsstrategien und zugehörige Forschungsanstrengungen skizziert. Diese weltpolitische Option, die sich im Fall der Klimaforschung durchgesetzt hat, hat einige interessante Implikationen:

1. Für die öffentliche Rolle, die die Wissenschaft zu besetzen versucht, muß sie eine Sprache zu benutzen wissen, die fein graduierte Nuancen von Ungewißheit auszudrücken versteht. Für Wissenschaftler ist ein Wissen um die Ungewißheit ihrer Aussagen heute eine Selbstverständlichkeit. Aber in der relativen Informalität von Kommunikation im Binnenraum der Wissenschaft muß das Wissen um Ungewißheit nicht laufend mitthematisiert werden, kann man auch einmal starke Behauptungen riskieren, die von anderen als Teil eines Spiels verstanden werden. Für Verlautbarungen gegenüber der Öffentlichkeit, die eine Autorität der Wissenschaft zu beanspruchen und zu plausibilisieren versuchen, gelten andere Regeln.

2. Der Versuch der kollektiven Expertise einer „world community“ impliziert

zwangsläufig die Ausschaltung von Dissens. Ein gewisser Grad von Dissens ist in die Sprache der Ungewißheit übersetzbar. Aber es wird immer andere wissenschaftliche Meinungen geben, die in wissenschaftlichen Publikationen gut dokumentiert sind, bei denen es sich gleichzeitig aber um Minderheitsmeinungen handelt, die in die kollektive Expertise nicht mehr aufgenommen werden können, ohne deren Einheitlichkeit zu sprengen und

damit ihre Wirkungschance zu gefährden.

Eine Weltwissenschaft, die in der Weltöffentlichkeit nur mit einer Stimme spricht – ist dies nicht vielleicht eine negative Utopie?

3. Die Ausschaltung von Dissens scheint im Fall des IPCC die Form einer methodologischen Option anzunehmen. Diese Option schreibt Klimamodelle als die Form vor, in der über Interpretationsvarianten diskutiert werden kann, und sie setzt damit anspruchsvolle Voraussetzungen hinsichtlich Computertechnologie und mathematischer Kompetenz fest.

Abschließend möchte ich eine Beobachtung betonen. Die wichtigste Bedingung des bisherigen Erfolgs des IPCC ist die neuartige Globalität der Fragestellung und damit die Nichtzerlegbarkeit des zur Diskussion stehenden Systems.⁵ D.h. natürlich nicht, daß das System prinzipiell nicht in Subeinheiten zerlegbar sein wird; es heißt nur, daß die individualistische Option ausscheidet, mit relativ leicht identifizierbaren Elementen des Systems zu beginnen und dann nach Gesetzmäßigkeiten zu suchen, die die Aggregation individueller Effekte regieren. Ob die zunehmende Häufigkeit globaler Problemsituationen vom Typus Klimawandel wissenschaftspolitischen Strategien in der Art des IPCC künftig eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit verleihen wird, ist schwer vorauszusagen. Natürlich ist auch in diesem Fall nicht auszuschließen, daß eine einmal erfolgreich gewesene Institutionenbildung Nachahmereffekte auslöst und deren Erfolgchancen steigert. Genauso wenig wie dieser Ausgang feststeht, kann man nicht mit Bestimmtheit sagen, ob dies eigentlich eine wünschbare Entwicklung wäre. Eine Weltwissenschaft, die in strategischen Situationen in der Weltöffentlichkeit nur mit einer Stimme spricht – ist dies nicht vielleicht eine negative Utopie? Ist es nicht wahrscheinlicher, daß die Binarität der Optionen wiederkehrt und mindestens eine wissenschaftliche Alternative (eine neue Heterodoxie in einer jetzt artifiziell homogenisierten Wissenschaft) neuentsteht, die der Politik dazu verhilft, dank einer erneuerten Polarität wissenschaftlicher Expertisen die politische Handlungsfreiheit wiederzugewinnen?

Anmerkungen

1 Eine vergleichende Geschichte der Idee der „Nationalerziehung“ steht aus; s. einige Hinweise in Stichweh 1991, 88-93, und Meister 1946.

2 Bei John Meyer und Mitarbeitern wird diese Theoriefigur besonders überzeugend ausge-

- arbeitet, s. Meyer et al. 1992, Thomas et al. 1987.
- 3 Vgl. die Diskussion über „indigene Wissenssysteme“ auf der „World Conference on Science“ in Budapest (25.6.-1.7.1999), s. Masood 1999.
- 4 S. für einen guten Überblick U.S. Congress ... 1991.
- 5 Vor allem Herbert Simon hat immer wieder herausgearbeitet, wie die Zerlegbarkeit (decomposability) eines Systems und eine rationale Begrenzung von Informationssuche zusammenhängen. S. etwa Simon 1983.

Literatur

- Crawford, Elisabeth, Terry Shinn, Sverker Sörlin 1993: The Nationalization and Denationalization of the Sciences: An Introductory Essay. In: dies. (Hg.): Denationalizing Science: The Contexts of International Scientific Practice. Dordrecht. S. 1-42.
- Eisenberg, Rebecca A. 1987: Proprietary Rights and the Norms of Science in Biotechnology Research. *The Yale Law Journal* 97. S. 177-231.
- Elzinga, Aant 1993: Antarctica: The Construction of a Continent by and for Science. In: Elisabeth Crawford et al. (Hg.): Denationalizing Science. The Contexts of International Scientific Practice. Dordrecht. S. 73-106.
- Elzinga, Aant 1996: Shaping Worldwide Consensus: The Orchestration of Global Climate Change Research. In: Aant Elzinga, Catharina Landström (Hg.): Internationalism and Science. London. S. 223-255.
- Frame, J. Davidson, Francis Narin 1988: The National Self-Preoccupation of American Scientists: An Empirical View. *Research Policy* 17. S. 203-212.
- Hahn, Alois 1993: Identität und Nation in Europa. *Berliner Journal für Soziologie* 3. S. 193-203.
- Hanke, Stefanie 1996: Weiß die Weltbank, was sie tut? Über den Umgang mit Unsicherheit in einer Organisation der Entwicklungsfinanzierung. *Soziale Systeme* 2. S. 331-359.
- Kerr, Clark 1991: International Learning and National Purposes in Higher Education. *American Behavioral Scientist* 35. S. 17-42.
- Krück, Carsten P. 1995: Antagonistische Kooperation in der europäischen Forschung. Das Halbleiter-Forschungsprogramm JESSI. Diss. Universität Bielefeld.
- Leclerc, M., J. Gagné, 1994: International Scientific Cooperation: The Continentalization of Science. *Scientometrics* 31. S. 261-292.
- Lewis, Ricki 1997: To Effectively Discuss Evolution, First Define „Theory“. *The Scientist* 11, H. 10. S. 13-14.
- Luhmann, Niklas 1990: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Masood, Ehsan 1999: Call for greater recognition of „indigenous knowledge“. *Nature* (<http://helix.nature.com/wcs/1news/28-1a.html>), 28. Juni.
- Meister, Richard 1946: Die Idee einer österreichischen Nationalerziehung unter Maria

- Theresia. Anzeiger der Akademie der Wissenschaften in Wien, Philosophisch-historische Klasse. S. 1-16.
- Meyer, John W. et al. 1992: School Knowledge for the Masses: World Models and National Primary Curricular Categories in the Twentieth Century. Washington, DC/London.
- Narin, F., K. Stevens, E. S. Whitlow 1991: Scientific Co-operation in Europe and the Citation of Multinationally Authored Papers. *Scientometrics* 21. S. 313-323.
- Niosi, Jorge, Bertrand Bellon 1994: The Global Interdependence of National Innovation Systems: Evidence, Limits, and Implications. *Technology in Society* 16. S.173-197.
- Palevitz, Barry A., Ricki Lewis 1999: Short Shrift to Evolution? *The Scientist* (<http://165.123.33.33>) 13, H. 3.
- Simon, Herbert A. 1983: Reason in Human Affairs. Stanford.
- Stichweh, Rudolf 1984: Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. *Physik in Deutschland 1740-1890*. Frankfurt/M.
- Stichweh, Rudolf 1987: Die Autopoiesis der Wissenschaft. Wiederabdruck in: ders. 1994: Frankfurt/M. S. 52-83.
- Stichweh, Rudolf 1990: Self-Organization and Autopoiesis in the Development of Modern Science. In: Wolfgang Krohn et al. (Hg.): *Selforganization. Portrait of a Scientific Revolution.* (= *Sociology of the Sciences*, Vol. 14) Dordrecht. S. 195-207.
- Stichweh, Rudolf 1991: Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung (16.-18. Jahrhundert). Frankfurt.
- Stichweh, Rudolf 1994: *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen.* Frankfurt/M.
- Stichweh, Rudolf 1994a: Nation und Weltgesellschaft. In: Bernd Estel, Tilman Mayer (Hg.): *Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven.* Opladen. S. 83-96.
- Thomas, George M. et al. 1987: *Institutional Structure. Constituting State, Society, and the Individual.* Newbury Park.
- Thomas, Lewis 1984: Scientific Frontiers and National Frontiers: A Look Ahead. *Foreign Affairs* 62. S. 966-994.
- U.S. Congress, Office of Technology Assessment 1991: *Federally Funded Research: Decisions for a Decade.* Washington, DC.
- Williams, Nigel 1996: Britain's Big Science in a Bind. *Science* 271. S. 898-899.

Armin Nassehi ■

Globalisierung. Probleme eines Begriffs¹

I

Wenn das kein großes Wort ist: *Globalisierung*. Es holt seine Bedeutung schon dadurch ein, daß es einen wahrlich globalen Bedeutungsraum ausfüllt und als Chiffre für ganz unterschiedliche Sachverhalte herhalten muß, und das nicht nur im wissenschaftlichen Diskurs. *Globalisierung* steht sowohl für eine expandierende Unternehmensstrategie wie für das Menetekel, daß volkswirtschaftliche Rechnungen sich nicht mehr ohne andere Wirte machen lassen. Es symbolisiert die verschwindende politische Autonomie von Nationalstaaten wie die Entstehung politischer Räume über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Es bezeichnet sowohl ein Schreckgespenst, das unseren schönen sozialen Frieden und das leidlich funktionierende Modell eines sozialdemokratisch gebändigten Kapitalismus bedroht und dereguliert, als auch die Möglichkeit, regionale Partikularismen zugunsten jenes Zustandes aufzuheben, den man vor zweihundert Jahren noch im Blick hatte, als *Menschheit* als Inklusionsformel für die Verbreitung jener Kräfte sorgen sollte, die uns aus selbstverschuldeter Unmündigkeit befreien können. Die Rede von der *Globalisierung* legitimiert sowohl soziale Grausamkeiten in politischen Entscheidungen als auch Hoffnungen darauf, daß die „Eine Welt“, von der in den 70er Jahren Alternativ- und Dritte-Welt-Bewegungen noch als Provokation gesprochen haben, nun Realität geworden sei.

Dieser wahrlich globale Bedeutungsraum macht es nicht gerade leichter, das, was mit Globalisierung bezeichnet wird, *theoretisch* angemessen zu fassen. Hält man Globalisierung nicht nur für eine Erfindung der Vorstandsetagen multinationaler Konzerne oder für ein Klötzchen im semantischen Baukasten von Standortstreitern, scheinen mir Begriffe wie *Globalität* und *Globalisierung* im sozialwissenschaftlichen Raum – bei allen kritischen Analysen über den Siegeszug eines in der Tat sich bisweilen im Kolonialstil ausbreitenden globalen Kapitalismus (so etwa Altvater/Mahnkopf 1997) – durchaus auch mit positiven Konnotationen versehen zu sein. Ich halte diese positive Konnotation übrigens keineswegs für überraschend, stand doch bis vor kurzem gerade die Spaltung der Welt in Nationalstaaten sowie in kulturelle und politische Blöcke obenan, wenn es darum ging, weltweite soziale Verflechtungsmechanismen und Konfliktlinien zu beschreiben.

Soziologische Theorien über Globalisierung sind voll von solchen Erwartungen. Ob

man bei Wilbert E. Moore schon in den 60ern von einer „singularity of civilization“ (1966) hört, bei Ronald Robertson über *mankind* als eine der vier Dimensionen weltgesellschaftlicher Beziehungen liest (1992), die durchaus in der Lage sei, das Fundament einer *global culture* zu legen, ob man an Anthony Giddens' Verständnis von Globalisierung als prinzipielle Wechselseitigkeit von lokalen und globalen Ereignissen denkt (1995, 75ff.), ob man Rudolf Stichwehs dunkle Andeutungen über die Notwendigkeit einer Soziologie der Menschheit bedenkt (1995) oder ob man sich über Margaret S. Archers Verve über die praktische Bedeutung einer „Sociology for One World“ zur Herstellung dieser einen Welt wundert, die auf das Fundament der „unicity of Humanity“ (1991, 131) gebaut werden müsse, stets wird mit dem Gedanken der Globalisierung und weltgesellschaftlicher Ausdehnung von gesellschaftlichen Prozessen die Hoffnung verbunden, eine welthistorisch neue Realität zu begreifen. Es spricht aus diesen Perspektiven – mit durchaus unterschiedlichen Konsequenzen, die ich hier vernachlässige – auch die Erwartung, daß sich durch Globalisierungsprozesse auch Potentiale des Ausgleichs, der Verständigung und des *commitments* freisetzen ließen.

II

Wie steht es aber um den *Begriff* Globalisierung? Zunächst scheint die Begriffsentscheidung für *Globalisierung* an der Stelle einzusetzen, wo sich soziologische Beobachter einerseits vom Ökonomismus etwa der Wallersteinschen Welt-Systemtheorie absetzen, in der kulturelle und politische Faktoren fast ausschließlich als abhängige Variablen des kapitalistischen Weltsystems erscheinen (vgl. Wallerstein 1987). Andererseits verdanken wir der soziologischen Perspektive, Globalisierungsprozesse nicht mit dem zu verwechseln, was in den politischen Wissenschaften *internationale Beziehungen* genannt wird, also mit der Wechselseitigkeit staatlicher Einheiten. Vielleicht sind dies die beiden einzigen *bewußten Theorieentscheidungen* der soziologischen Globalisierungsdebatte, die kapitalistische Weltwirtschaft sowie das internationale Staatensystem jeweils nur als *eine* Dimension des Globalisierungsprozesses anzusehen, die nicht als lineare Determinante für den Rest des Sozialen angesetzt werden kann, der sich auf unserem Globus abspielt (so auch Beck 1997).

Am bekanntesten ist sicher Anthony Giddens' Beitrag zu einer theoretischen Konsolidierung des Globalisierungsbegriffs. Giddens versteht unter Globalisierung im genannten Sinne weder bloß ökonomische noch nationalstaatliche Ausdehnungsprozesse, sondern – und jetzt wird es richtig schön grundbegrifflich – nichts weniger als „die Verwandlung von Raum und Zeit“ (1997, 23). In seinem Buch *Konsequenzen der Moderne* heißt es: „Definieren läßt sich der Begriff der Globalisierung im Sinne einer Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, daß Ereignisse am einen Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt.“ (1995, 85) Globali-

sierung heißt nach diesem Verständnis, daß weltweite Interdependenzen zunehmen. Die Formel könnte heißen: *In der globalisierten Moderne hängt alles irgendwie mit allem zusammen.*

So plausibel diese Definition auch erscheint, sie hat wenig Konturenschärfe – und letztlich negiert sie sogar, was den anschwellenden Globalisierungsgesang doch erst so attraktiv macht: daß es sich um etwas Neues handelt, daß Globalisierung den Schlüssel für Probleme darstellt, die sich mit dem Verschwinden jener praktischen Grenzlinien seit 1989 gestellt haben. Aber daß alles irgendwie mit allem zusammenhängt, wußten wir das nicht schon früher? Ronald Robertson ist es denn auch, der zeigt, daß sich jenes weltweite Interdependenzgeflecht letztlich schon mit der Entstehung des europäischen Staatensystems, mit der Handels- und Produktionsexpansion in Europa, mit der Entdeckung und Kolonisation der Neuen Welt sowie seit dem 19. Jahrhundert mit einer Entwicklung herausgebildet hat, in der tatsächlich alles mit allem zusammenzuhängen scheint (1992, 58f.). Ich frage also noch einmal: Was ist das Neue an der Globalisierung, wenn darunter nicht das verstanden wird, was offenbar mit dem zusammenfällt, was wir sonst *Modernisierung* nennen, die Expansion eines ökonomischen, politischen und kulturellen Syndroms nämlich, das als okzidentaler Rationalisierungsprozeß in den letzten zwei bis drei Jahrhunderten einen scheinbar durch nichts aufzuhaltenden Siegeszug über den Globus angetreten hat? Was ist das unmittelbar Neue, das erklären könnte, daß ausgerechnet jetzt, da das Aufbrechen alter Stabilitäten zu beobachten ist und eine – so Benedict Anderson – *New World Disorder* (1992) zu beklagen, *Modernisierung als Globalisierung* erscheint? Die tendenzielle Globalität des Kapitalismus jedenfalls ist so alt wie er selbst, und Politik ist ebenfalls nicht erst seit gestern ein transnationales Geschäft, wie auch Kulturen, Denkräume, Religionen und Konfessionen niemals jene lokale Selbstgenügsamkeit besaßen, wie es die Priesterherrschaft ihrer Verwalter immer gern gehabt hätte. Vielleicht steht die Chiffre *Globalisierung* auch nur für eine kognitive Verschiebung. Vielleicht bezeichnet sie lediglich eine neue Sicht der Dinge, die sich selbst womöglich gar nicht so sehr verändert haben.

Daß mehr beim alten geblieben ist, als die neue Begriffswelt suggeriert, zeigt sich meines Erachtens schon daran, wie traditionell doch auch auf dem Globalisierungsfeld gedacht und gestritten wird. Ich nehme mir wieder Giddens vor: Die *Programmatik* kommt sehr innovativ daher. Es wird die Soziologie kritisiert, sie habe den Gesellschaftsbegriff bis dato viel zu sehr „auf eine im Sinne eines begrenzten Systems gedeutete Vorstellung“ (1995, 85) beschränkt. Die *Pragmatik* dagegen bleibt eher zurückhaltend, wenn als die vier Dimensionen der Globalisierung die kapitalistische Weltwirtschaft, das System der Nationalstaaten, die militärische Weltordnung und die internationale Arbeitsteilung erhalten müssen (1995, 93). Bezugspunkt ist für Giddens letztlich die – relativ selbstgenügsame – Nationalgesellschaft bzw. der Nationalstaat, vor dessen Hintergrund er erst all jene angeblich neuen Phänomene beschreiben kann wie die Dialektik von Fremdheit und Vertrautheit, von Intimität und Unpersönlichkeit, von

„Disembedding“ und „Re-Embedding“. Das liest sich alles recht gefällig, aber beschreibt nur Identitäts- und Reproduktionsprobleme, die aus der Diskussion um Modernisierungs- und Enttraditionierungsfolgen wohlbekannt sind. Globalisierung ist dann bloß eine Chiffre dafür, daß sich die – angebliche – Integrität nationalstaatlicher Binnenordnungen nicht nur internen strukturellen, sondern auch äußeren Gefahren und Risiken gegenübersteht. Giddens bleibt letztlich bei den *international relations*, wenn er auch das Gegenteil behauptet und wenn er den ursprünglich auf internationale Politik und Ökonomie bezogenen Begriff um Perspektiven aus dem Alltagsleben erweitert. Der Zustand der globalen Moderne ist demnach ein *world system of national societies* – so die Adaption des Giddensschen Schemas durch Robertson (1992, 27). Dieses Modell überwindet letztlich in den theoretischen Grenzen des Parsonsschen Gedankens, Gesellschaftsgrenzen seien an der *Selbstgenügsamkeit* – „self-sufficiency“ (Parsons 1972) – gesellschaftlicher Einheiten festzumachen. Darf der Ertrag eines theoretisch tragfähigen Globalisierungsbegriffs aber wirklich am Konzept der Identität von Nationalstaat und Gesellschaft kleben, der schon für die Beschreibung des Staatensystems des 18. und 19. Jahrhunderts getaugt, oder auch: nicht getaugt hätte?

III

Was wäre eigentlich, wenn man Giddens wirklich beim Wort nähme und *Gesellschaft*, wie er uns ja selbst anempfiehlt, gerade *nicht* im Sinne eines begrenzten Systems und damit auch nicht *im Plural* dächte? Ein solches Konzept ist unabhängig voneinander von zwei Autoren nahezu gleichzeitig entwickelt worden, nämlich einerseits von Niklas Luhmann in einem Aufsatz von 1971 und andererseits von John W. Burton in einem Buch von 1972 – beide kommen übrigens auch, wiederum völlig unabhängig voneinander, zu identischen Bezeichnungen. Sie nennen jene globalisierte Sozialform *Weltgesellschaft* bzw. *World Society* und referieren beide darauf, daß sich das soziale Leben auf dem Planeten eben nur im politischen Sinne an staatlichen Grenzen festmachen lasse. Ziemlich lapidar heißt es bei Burton: „State boundaries are significant, but they are just one type of boundary which affects the behaviour of world society.“ (1972, 20) Und es ist hinzuzufügen, daß Burton dies nicht nur auf geographische, sondern auch auf soziale Grenzen bezieht, die quer durch nationalstaatliche Grenzen hindurchgehen.

Ähnlich wie Burton insistiert auch Luhmann darauf, daß die Grenzen sozialer Systeme, auch funktionaler Teilsysteme, keineswegs vor politisch gezogenen Grenzen Halt machen und sich auch deshalb auf dem Erdball schon aus logischen Gründen keine *Mehrheit von Gesellschaften* denken lassen dürfte. Es fehlt ein eindeutiges Schließungskriterium, das die Bedingung der *self-sufficiency* regionaler gesellschaftlicher Gebilde erfüllt, was Parsons noch für den Gesellschaftsbegriff vorsah und was doch spätestens seit Wilbert Moores scharfsinniger Kritik an Parsons aus dem Jahre 1966 hätte erledigt sein müssen (Moore 1966). Schnell wird übrigens gegen das Konzept der Weltgesellschaft

eingewandt, es vernachlässige tatsächlich bestehende Grenzen. Aber: Die Existenz von national- bzw. territorialstaatlichen Grenzen wird gar nicht bestritten, im Gegenteil: Grenzen erscheinen hier geradezu als Ausdruck der Reaktion auf die Globalisierung sozialer Ursachen und Wirkungen. Nationen sind letztlich die geschickt konstruierten Adressaten für Identitätszumutungen und -bedürfnisse, die die expandierende, sich globalisierende Moderne offenbar nicht mehr traditionell stillen kann (beispielhaft Richter 1996). Ein anderer Einwand ist der, daß sich Gesellschaftsgrenzen doch spätestens dann empirisch deutlich zeigen, wenn Migranten an den Außengrenzen von Nationalstaaten zurückgewiesen werden. Auch dieser Einwand sticht nicht. Als Angehöriger eines bestimmten Staates *überhaupt* einen Sichtvermerk im Paß für die Einreise zu benötigen, ist ein hoch-voraussetzungsvoller Vorgang, und *keinen* Sichtvermerk zu haben und zurückgewiesen zu werden, ist doch ein geradezu globales, weltgesellschaftliches Ereignis, ein politischer Akt über staatliche Grenzen hinweg.

Wie auch immer: Das Konzept der Weltgesellschaft führt zumindest soziologisch-grundbegrifflich das zu Ende, was sich die meisten Konzepte der Globalisierung nicht zumuten: daß mit der Expansion sowohl ökonomischer wie politischer, rechtlicher, wissenschaftlicher, religiöser, ästhetischer und kultureller Interdependenzketten Grenzen nicht als theoretische Matrix für die Dimensionen der Globalisierung verwendet werden können, weil sie selbst bloß *Globalisierungsfolgen* sind. Ein zumindest dramaturgischer Nachteil des Konzeptes besteht freilich darin, daß es Weltgesellschaft ebenfalls nicht als eine Neuigkeit behandeln kann. Sobald die kommunikative Erreichbarkeit sozialer und geographischer Räume auf unserem Planeten keinen prinzipiellen Schranken mehr unterliegt, vollzieht sich Weltgesellschaft letztlich in jedem sozialen Ereignis – und diese Bedingung ist seit etwa zwei Jahrhunderten wohl irreversibel gegeben. Globalisierung, so läßt sich jetzt sagen, ist jener Prozeß der Intensivierung und Dynamisierung sozialer Prozesse im weltgesellschaftlichen Kontext, was übrigens weder räumliche noch soziale Grenzziehungen ausschloß, sondern im Gegenteil geradezu provozierte. Aber auch damit ist letztlich noch nicht viel gewonnen. Ehrlich gesagt, sind wir bei der Giddensschen Diagnose geblieben, daß alles mit allem zusammenhängt, nun vielleicht auf begrifflich angemessenerem Niveau. Aber hilft das wirklich weiter?

IV

Wer einen angemessenen theoretischen Begriff *Globalisierung* allein auf der Gegenstandsseite sucht, hat keine andere Chance als zu solchen Merkwürdigkeiten zu kommen, wie Giddens sie der Globalisierungsdebatte eingeschrieben hat: *alles hängt mit allem zusammen, und das immer doller!* Vielleicht lohnt sich aber auch ein Blick auf die *Beobachterseite*. Dann lautet die Frage nicht mehr, was Globalisierung oder Globalität denn *sei*, sondern warum ein Syndrom, das wir lange als *Modernisierungsprozeß* kennen,

seit einigen Jahren *als Globalisierung* erscheint. Das Neue, das sich im Begriff der Globalisierung anzudeuten scheint, ist die Art und Weise, wie man unter den Bedingungen der Weltgesellschaft die Welt beobachtet, genauer: das Neue ist, daß die europäische/nord-amerikanische Moderne, die stets auf Globalität, Universalität, Allgültigkeit und Allzuständigkeit drängte, sich nun *explizit* den Zumutungen einer Globalität ausgesetzt *sieht*, die ihre Universalität, Allgültigkeit und Allzuständigkeit untergraben.

Es ist bezeichnend, daß die gängige Kritik des Konzepts Weltgesellschaft nicht sehen will, daß *Globalisierung* eher ein kognitives Schema ist als eine schlichte Realität. Einerseits wird gegen den Gedanken der *Weltgesellschaft* eingewandt, daß sich von einer *Weltgesellschaft* schon deshalb nicht sprechen lasse, weil die Welt erstens in unterschiedlichste ethnische und kulturelle Fragmente zerfalle – so das Argument von Barry Smart (1994) – und weil zweitens von einer „globalen Sozialintegration“ kaum zu sprechen sei, so Rüdiger Korff (1995). Hier begegnet uns wieder jene unselige soziologische

Globalisierung ist eher ein kognitives Schema als schlichte Realität

Präsupposition, *Gesellschaft* stets nur als ein Gebilde sehen zu können, das durch Konsens oder ähnliche Ge-

meinsamkeiten *integriert* ist. An den Begriff *Gesellschaft* wird stets die Forderung gebunden, eine soziale Einheit zu bezeichnen, die von einer gewissen Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, von einer Homogenität und internen Bindungskraft gekennzeichnet ist, die mit der Parsonsschen Integrationsfunktion zusammenfällt. Etwas übertrieben gesagt: Bindet man den Gesellschaftsbegriff an diese Bedingung, dann gibt es in der Tat keine Weltgesellschaft – aber dann hat es auch niemals eine *Regionalgesellschaft* gegeben, die diesen Namen verdiente. Sehr treffend ist denn auch Elmar Altvaters und Birgit Mahnkopfs Charakterisierung des globalisierten Zustands als einer „Weltgesellschaft ohne Gesellschaftlichkeit“ (1997, 45ff.) – hier treffen gewissermaßen die analytische Schärfe des Begriffs und die Trauer um camouflierende Begriffe vergangener Theoriekonzepte aufeinander. Was spricht eigentlich dagegen, Gesellschaftlichkeit womöglich zunächst eher an die Möglichkeit des Widerspruchs, der Kritik, des Nein, der Differenz, der Abweichung und des Wandels als an die viel voraussetzungsvollere Form der Einheit, des Ja, der Geselligkeit und der Reziprozität der Standpunkte zu binden, die damit als normatives Ziel, antizipierbarer versöhnter Zustand usw. ja gar nicht ausgeschlossen ist? Erlösung hat man stets nur dem Sünder versprochen!

Ich sehe gerade in der *globalen Unterschiedlichkeit, in der Radikalität sozialer und kultureller Ungleichheiten, in der Inkompatibilität und radikalen Perspektivendifferenz, gerade in der Nicht-Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse* des sozialen Lebens auf der Erde, also in all dem, was von der Kritik ins Feld geführt wird, um die Weltgesellschaft eine soziologische Fiktion (Wagner 1996) zu schimpfen, ich sehe in all dem sowohl die Brisanz wie auch die Plausibilität des Begriffs *Weltgesellschaft*.

V

In welcher *Welt* spielt sich diese Gesellschaft eigentlich ab? Margret Archer meint, in ein und derselben. Bestreitet die Kritik des Konzepts Weltgesellschaft nämlich die Tatsache, daß es sich um *eine* Welt handelt, in der wir leben, wird von Archer in ihrer *Presidential Address* im Auftrag der *International Sociological Association* 1991 nicht nur gegen jene Zauderer gefochten, die auf der Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse herumreiten, sondern vor allem gegen jene Relativisten und Postmodernisten, die unterschiedliche Perspektiven bisweilen für prinzipiell unversöhnlich halten. Archer dekretiert also gewissermaßen namens der *ISA* einen „ontological status of One World“, die in der „unicity of human nature itself“ begründet liege (1991, 144). Aber wie verhält es sich eigentlich mit dem ontologischen Status der Welt, von der menschlichen Natur ganz zu schweigen? Sollte Archer womöglich einem vorkritischen Weltkonzept aufgesessen sein?

Wagt man einen Blick in die Geschichte des Weltbegriffs, wird man sich eine solche Naivität bezüglich des *ontological status of one world* nicht mehr leisten können. Vormoderne Weltbegriffe waren in der Tat noch in der Lage, Welt als beobachtungsunabhängige Entität zu denken, die man zwar kognitiv verfehlen kann, die aber gewissermaßen von außen *eine wahre Sicht der Dinge* verbürgt. Moderne Weltbegriffe dagegen entstehen auf dem Boden der gesellschaftlichen Erfahrung von Kontingenz: Wenn auch langsam, so wurde doch durch Ausdifferenzierung von Wert- und Funktionssphären, von Lebensformen und Weltanschauungen die Welt in Horizonte dekomponiert – übrigens auch und gerade dort, wo gewaltsame und autoritäre kognitive Machtpolitik Wahrheiten dekretierte und *als Politik* sichtbar machte. Aus der Ontologie der Welt wurde eine Theorie des Subjekts, d.h. der bewußten Weltkonstitution durch das Subjekt überhaupt bzw. durch konkrete Individuen. All dies ist wohldiskutiert und -kommentiert, und es ist hier nicht der Ort, dies ausführlicher zu diskutieren. Ich erlaube mir aber den Hinweis, daß mit dieser Begriffsverschiebung vom Sein der Welt zum Welthorizont exakt das verlorengelassen wird, was die Programmatik der amerikanischen Variante der *World Society* so gerne hätte: die *Einheit spendende Perspektive einer ontologisch fundierten Welt für alle*.

Vielleicht bedarf es neben moralischer Verve doch differenzierterer Erkenntnismittel, um solchem – wahrscheinlich gar nicht intendiertem – Kulturimperialismus zu entkommen. Nur ein kurzer Blick in Edmund Husserls Phänomenologie reicht aus, um die innere Widersprüchlichkeit der *modernen* Weltkonstitution in den Blick zu bekommen (vgl. 1950, 1977). Husserl ist der Schöpfer einer Theorieform, die die Konstitution der Welt an die konkreten Akte von Subjekten bindet. Das Subjekt kennt keine andere Welt als die, die es selbst, kraft konkreter intentionaler Akte hervorbringt. Freilich ging es Husserl nicht darum, von konkreten Individuen zu sprechen. Seine Frage war vielmehr, wie das *transzendente Subjekt* eine *Welt für alle* hervorbringt. Und er ist grandios gescheitert, denn es ist ihm nicht gelungen, diese eine Welt für alle auszuweisen, sondern lediglich die Differenz unterschiedlicher Welthorizonte, die sich als *Welten* in einer *Welt* vorfinden.

Welten sind je *konkrete Aprioris* (vgl. Welter 1986, v. a. 115), Perspektiven, deren Differenz nicht aufzuheben ist, weil die Welt eben nicht mehr als *Gegenstandskorrelat*, sondern als *Aktkorrelat* gedacht wird. Mit anderen Worten: Welt ist nicht schlicht da, sondern sie wird *je* hervorgebracht. Das ist der ontologische Status der Welt, der es geradezu ausschließt, von *einer Welt* zu sprechen, sondern lediglich – in dieser paradoxen Formulierung – von *Welten* in der einen *Welt*. Dies ist übrigens nichts, was von der Soziologie unbeobachtet geblieben wäre. Man denke nur an den phänomenologischen Anschluß durch Alfred Schütz, der mit seiner Weber-Kritik ein radikal *perspektivisches* Verständnis der sozialen Welt entwickelt hat (1974, 1971). Ähnliches hat die Wissenssoziologie Peter Bergers und Thomas Luckmanns im Sinn, die den Perspektivismus der Schützschen Sozialphänomenologie in Richtung eines Sozialkonstruktivismus weiterentwickelt hat (1969), oder Pierre Bourdieus distinktionslogische Implikationen in seiner Theorie *sozialen Sinns* (1979, 1987). Oder man denke an Luhmanns Theorie sozialer Systeme, die das Aktkorrelat *Welt* an die vibrierende Dynamik kommunikativer Ereignisse bindet und damit eine wirklich *sozialphänomenologische* Theorieanlage präsentiert.² All diese – sehr unterschiedlichen – Formen soziologischer Theoriebildung negieren den ontologischen Status der einen Welt und erlauben folgenden Schluß: Ist Welt tatsächlich dekomponiert in *unterschiedliche Horizonte*, die nicht vorgängig einer außerhalb ihrer selbst liegenden Ordnung unterworfen sind, ist soziale Ordnung nicht die Voraussetzung, sondern bestenfalls die Folge sozialer Prozesse. Gesellschaft muß dann nicht auf eine Welt-Ordnung zurückgeführt werden, sondern im Gegenteil: Gesellschaft erscheint dann als ein geradezu chaotischer Anschlußzusammenhang von Ereignissen, dessen alltäglich-gewohnte Ordnung dann als arbiträr und damit hoch-voraussetzungsreich erscheint.

Das Konzept *Weltgesellschaft* zwingt nicht dazu, eine Harmonisierung von Lebensbedingungen und Perspektiven als Bedingung ihrer Möglichkeit zu suchen. Umgekehrt: Wie in diesem Kompositum *Gesellschaft* nur im Singular vorkommt, ist *Welt* ein unheilbar plurales Konzept. Die Frage der Weltgesellschaft ist dann nicht mehr die Frage nach ihrer Existenz, sondern die Frage, wie diese pluralen Welten sozial aneinander anschließen. Dann erst wird die Frage sinnvoll, unter welchen Bedingungen eine Harmonisierung, eine Verschmelzung von Perspektiven, ein Ausgleich von Interessen usw. überhaupt möglich ist. Und die Bedingungen für diese Möglichkeit stehen nicht gut. Was man im ökonomischen Feld *Deregulierung* nennt, ist gewissermaßen zum gesamtgesellschaftlichen Zustand einer aus den Fugen geratenen *Welt* (sic!) geworden, die alle Ordnungen als das entlarvt, was sie nach dem Gusto der traditionellen Moderne nicht sein durften: arbiträre und hochkontingente, in diesem Sinne: *sinnlose* Strukturen, die weder einem Plan noch einer Notwendigkeit, weder einem Willen noch einem anderen Zugzwang folgten.

Die Moderne war ein steter Kampf gegen die Ambivalenz, gegen das Andere, wenn man so will: gegen das Nicht-Identische. In der Weltgesellschaft jedenfalls werden wir der Nicht-Identitäten anderer Perspektiven ansichtig – und das scheint sich mit den Eindeutig-

keitsansprüchen der Moderne nicht zu vertragen, wie wir von Zygmunt Bauman lernen können (1995).

VI

Mein Versuch einer phänomenologischen Dekonstruktion des Weltbegriffs leidet – das dürfte schon deutlich geworden sein – an der Krankheit des Postmodernismus, jener Krankheit übrigens, die Margaret Archer als leibhafter Antikörper mit dem Gegengift des modernen Universalismus zu heilen versucht. Ganz ausdrücklich hat Archer auch Autoren wie Bauman, Lyotard oder Baudrillard im Visier und wirft ihnen vor, nur die Perspektive westlicher, wohlbestallter Intellektueller zu beschreiben, die sich solche Spielchen leisten können (1991, 145). Nun sind es nicht nur Intellektuelle, die aus der Perspektive des *Westens* argumentieren, die an dieser Krankheit laborieren. Seit einigen Jahren sorgt der sogenannte *Postkolonialismus* für Aufsehen, der die vom Westen geradezu aufgezwungene Alternative zwischen westlichem Universalismus und dem Partikularismus der III. Welt nicht akzeptiert. So beschreibt etwa Homi Bhabha – der theoretische Kopf des *Postkolonialismus* – Migrationsfolgen der Weltgesellschaft weniger als das Aufeinandertreffen stabiler Kulturen, also festgefügtter Beobachtungskategorien, die sich für Harmonie oder Konflikt entscheiden könnten. Die epistemologisch privilegierte Position sogenannter nicht-westlicher Perspektiven in den Metropolen des Westens sieht Bhabha darin, daß diese weder das eine noch das andere sind, sondern das *Dazwischen*, das dadurch zum Ausdruck kommt, daß weder das eine noch das andere sich gleich bleibt, wenn es sich globaler Beobachtung stellt. Die postkoloniale Perspektive ist die, die sich nicht auf diese oder jene Kultur, auf erste oder dritte Welt, auf aufklärerischen Universalismus oder postmodernen bzw. traditionell partikularen Perspektivismus festlegen lassen will. Bhabha sieht nicht nur ein *international*, sondern v.a. ein *translational problem*. Es ist das Problem der perennierenden Übersetzung, die Übertragung des einen ins andere, die stete Fortentwicklung der Welt, die geradezu explosive Gegenseitigkeit von Beobachtungen, die keine Originale, keine Präsenz mehr zulassen kann, die nichts so hinterläßt, wie es war – weder das Übersetzte, noch den Übersetzer. Die Position des westlich infizierten Angehörigen nicht-westlicher Kultur, der das Sowohl-als-auch wie das Weder-noch verkörpert, repräsentiert – so Bhabha – das Problem der Repräsentation selbst (1994, 227).

Vielleicht – und ich formuliere dies wohlweislich als Frage –, vielleicht ist das Neue, auf das der anschwellende Globalisierungsgesang hinweist, der Blick in den Spiegel jener zunächst kolonial unterworfenen Regionen, in dem sich die Kontingenz und das Hybride der *eigenen* Perspektive im wahrsten Sinne des Wortes *reflektiert*. Globalisierung ist dann nicht nur ein wachsendes Interdependenzgeflecht, gewissermaßen die exponentielle Steigerung der Spielzüge bei Erhöhung der Spielerzahl. In der kognitiven Einstellung der globalen Welt vollzieht sich vielmehr jener Blick hinter die Kulissen auch der *eigenen* Kulturproduktion, den das moderne Paradigma durch die Setzung von apriorischen Bedin-

gungen, letztbegründeten Ordnungsfaktoren und nicht-reflexiven blinden Flecken lange ausgeschlossen hat – mit beachtlichem Erfolg, wie wir alle wissen. Globalisierung macht Beobachter unerbittlich als solche sichtbar – und affiziert schon deshalb die Sehnsucht nach *Ordnung*. Globalisierung malt den Rousseauschen Naturzustand an die Wand – die Rohheit der Welt ohne die sittliche Totalität des Staates. Was die Unerbittlichkeit eines liberalen Weltwirtschaftssystems nur symbolisiert, indem es die Hoffnung auf eine keynesianische „Globalstrategie“ schlicht mangels handlungsfähiger politischer Akteure nicht einmal aufkommen läßt, ist der Zustand der gesamten Weltgesellschaft: keine Identitäten, handlungsfähige, auf Dauer gestellte Akteurskonstellationen mehr zu kennen, denen all jene Funktionen zugeschrieben werden können, die Alteuropa fürs Gesellschaftliche bereithielt – ob in ihrer bürgerlichen oder sozialistischen Variante, macht da überhaupt keinen Unterschied. Die Hybridisierung der Welt, das globale *Dazwischen*, findet denn auch nicht nur auf dem Gebiet der Kultur und der kulturellen Identität statt, sondern überall. Die Welten der Weltgesellschaft unterscheiden sich in unterschiedlichsten Dimensionen voneinander. Weder sind die expandierenden, sich jeder Steuerung und Bändigung entziehenden weltweit operierenden Funktionssysteme aufeinander abbildbar und homogenisierbar, noch kann auf kulturelle Integrationsmechanismen vertraut werden, weil sich die Optionenvielfalt und Verschiebungsmöglichkeiten von Optionen kulturellen Legitimitätsmustern sozial und geographisch entziehen. Auch hier steht ein Problem der Ökonomie symbolisch fürs Ganze: *Kapitalflucht als Chiffre für die geschmeidige Suche nach besseren Bedingungen*. Wie Geld auf Kapital- und Arbeitsmärkten, so werden wissenschaftliche

Die Dekomposition der Gesellschaft in Welten vollzieht sich mit dem gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß

Experimente, rechtliche Konstruktionen, religiöse Heilspraktiken, moralische Übertretungen und ästhetische Zumutungen eben dort gemacht, wo es geht. Das funktioniert aber nur

dann, wenn Welt in regionale, funktionale und soziale Perspektiven dekomponiert wird, die sich aber keiner Ordnung mehr fügen und sich so in Echtzeit je neu bewähren müssen. Diese Erfahrung machen wir in Europa derzeit mit dem Zerfall vormals identitätsverbürgender Institutionen politischer, sozialstaatlicher, kultureller und militärischer Art.

All dies bedeutet zugleich, daß das Phänomen der *Weltgesellschaft* erst sekundär etwas mit Globalisierung zu tun hat. Die Dekomposition der Gesellschaft in *Welten* vollzieht sich ohnehin mit dem gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß. Das konnte freilich solange kaschiert werden, so lange die Ordnung der klassischen industriegesellschaftlichen und nationalstaatlichen Moderne uns eine gemeinsame Welt-Ordnung vorgaukeln konnte. Daß es jener transnationale und transkulturelle Globalisierungsprozeß ist, der uns Gesellschaft als Weltgesellschaft entlarvt, ist kein Zufall, weil er jener Gaukelei ein Ende macht. Und dann läßt sich auch sehen, daß der postkoloniale Hybridisierungsdiskurs viel älter ist, als es seine starken Thesen erscheinen lassen. All dies wird seit langem als Krise der ethnographischen Repräsentation diskutiert, scheint aber erst unter Globalisierungsbedingungen

von beobachtenswerter Kulturbedeutung zu sein. Der Globalisierungsdiskurs verweist somit in der Tat auf neue, verunsichernde Beobachtungsverhältnisse. Insofern erfahren wir vom Konzept der Weltgesellschaft nichts über Globalisierung, sondern von den Verunsicherungen der Globalisierungsfolgen etwas über Gesellschaft als *Weltgesellschaft*. Damit zeigt sich einmal mehr, daß das eigentliche revolutionäre Subjekt heute *der Beobachter* ist.

VII

Das Kompositum aus *Welt* und *Gesellschaft* ist soziologisch-theoretisch in der Lage, gerade die beobachterrelative *Nicht-Integriertheit* und *Differenz der Lebensverhältnisse* der Weltgesellschaft plausibel zu machen, ohne – wie Teile der Globalisierungsdiskussion und noch weitere Teile soziologischer Gesellschaftstheorie – der Fiktion nationalstaatlicher (i.e. gesellschaftlicher) Kohärenz zu erliegen oder – wie etwa bei Samuel P. Huntington (1993) – den Fehler einer Hypostasierung kultureller Schließung zu begehen. Das Ergebnis könnte lauten: Weltgesellschaft unterscheidet sich von anderen nicht durch ontologische Fakten. Es ist also nicht die entscheidende Frage, ob es die Weltgesellschaft *gibt*. Von Weltgesellschaft ist dann zu reden, wenn sich *global players* in der Differenz ihrer *unterschiedlichen Bezogenheit auf ein und dieselbe Welt* wahrnehmen und dies reflexiv wird. Weltgesellschaft wäre dann – nach dem Thomas-Theorem – ein Welthorizont, der sich dann eröffnet, wenn er sich in der Kommunikation als real bewährt. Erst vor diesem Hintergrund wird sowohl die Ausbeutung von Arbeitskräften in einer anderen Weltregion als auch der sozialromantische Ethno-Eklektizismus westlicher Bildungsschichten mit ihren weltanschaulichen und touristischen Erholungsbedürfnissen als *weltgesellschaftliches Phänomen* decodierbar. Und insofern waren die Entdeckung Amerikas, die Kreuzzüge oder auch die Kolonialpolitik des 19. Jahrhunderts eher *keine* weltgesellschaftlichen Ereignisse.

Dieses Syndrom soll mit dem Begriff der *Weltgesellschaft* beschrieben werden. Es ist genau das Gegenteil von dem, was etwa Archer mit dem fast trotzigem Beharren auf der *einen* meint, ohne Probleme der geographischen und kulturellen Perspektivendifferenz zu diskutieren. Es ist aber auch nicht eine angebliche „postmoderne Beliebigkeit“³ oder ein amoralischer Relativismus, den moderne Traditionalisten so gerne ins Feld führen. Die durch die globalisierte Optik herausgeforderte Moderne ist nämlich immer noch die, die mit ihren traditionellen Selbstbegründungsproblemen zu kämpfen hat. Das klassische moralische Dilemma des Westens bleibt die Frage, wie sich Universalismus und Toleranz versöhnen lassen, d.h. wie man andere Weltentwürfe akzeptieren kann, ohne die eigenen Standards zu verraten. Konkret: Wie lassen sich theoretisch unveräußerliche Menschenrechte dort einklagen, wo man sie nur für eine westliche Zumutung hält? Dieses Dilemma ist nicht auflösbar, und genau deshalb ist der Globalisierungsdiskurs in der Tat eine rein *westliche* Erscheinung, ein *credo quia absurdum*, auf das die Weltgesellschaft nicht verzichten kann. Es ist übrigens das gleiche Dilemma, das die Phänomenologie mit dem

Weltbegriff hat: daß Welten unübersetzbaren *aprioris* unterliegen, und zwar in ein und derselben Welt, in der ständig an Übersetzungen gearbeitet wird. Ein dieserart auf dem löchrigen Fundament des Postmodernismus stehender Appell etwa für die politische Geltung der Menschenrechte erscheint aus der traditionell modernen Perspektive westlicher Universalisten übrigens deshalb als besonders verachtenswert, weil er sowohl sich selbst als auch seine Kritiker als *Hybride* decouvriert. Damit freilich muß man leben.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag geht zurück auf einen Vortrag, den ich im Oktober 1997 an der Universität Münster gehalten habe und der in einer leicht erweiterten Fassung unter dem Titel *Die „Welt“-Fremdheit der Globalisierungsdebatte. Ein phänomenologischer Versuch in Soziale Welt 49 (1998)*, S. 151-166 erschienen ist.
- 2 Vgl. Luhmann 1984; zu den Anleihen Luhmanns bei Husserl für eine operative Theorieanlage vgl. Nassehi 1993.
- 3 So mit normativem Erwartungsstil und völlig vereinfachend Eickelpasch 1997.

Literatur

- Altvater, Elmar, Birgit Mahnkopf 1997: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 2. Aufl. Münster.
- Anderson, Benedict 1992: The New World Disorder. In: *New Left Review* 193. S. 3-13.
- Archer, Margret S. 1991: Sociology for One World. Unity und Diversity. In: *International Sociology* 6. S. 131-147.
- Bhaba, Homi K. 1994: *The Location of Culture*. London/New York.
- Bauman, Zygmunt 1997: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich 1997: *Was heißt Globalisierung?* Frankfurt/M.
- Berger, Peter, Thomas Luckmann 1969: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre 1979: *Entwurf einer Theorie der Praxis*. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre 1987: *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt/M.
- Burton, John W. 1972: *World Society*. Cambridge.
- Eickelpasch, Rolf 1997: *Postmoderne Gesellschaft*. In: Georg Kneer, Armin Nassehi und Markus Schroer (Hg.): *Soziologische Gesellschaftsbegriffe*. München. S. 11-31.
- Giddens, Anthony 1995: *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/M.
- Giddens, Anthony 1997: *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt/M.
- Huntington, Samuel P. 1993: *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs* 72. S. 22-49.

- Husserl, Edmund 1950: Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie. Erstes Buch: Allgemeine Einführung in die reine Phänomenologie, Husserliana III. Den Haag.
- Husserl, Edmund 1977: Cartesianische Meditationen. Eine Einleitung in die Phänomenologie. Hamburg.
- Korff, Rüdiger 1995: Globale Integration und lokale Fragmentierung. Das Konfliktpotential von Globalisierungsprozessen. In: Lars Clausen (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle a.d.S. Frankfurt/M./New York. S. 309-323.
- Luhmann, Niklas 1971: Die Weltgesellschaft. Hier zitiert n. d. Wiederabdruck in: ders. 1975: Soziologische Aufklärung 2. Opladen. S. 51-71.
- Luhmann, Niklas 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.
- Moore, Wilbert E. 1966: Global Sociology. The World as a Singular System. In: American Journal of Sociology 71. S. 475-482.
- Nassehi, Armin 1993: Die Zeit der Gesellschaft. Opladen.
- Parsons, Talcott 1972: Das System moderner Gesellschaften. München.
- Richter, Dirk 1996: Nation als Form. Opladen.
- Robertson, Ronald 1992: Globalization. Social Theory and Global Culture. London.
- Schütz, Alfred 1971: Gesammelte Aufsätze. Band 1. Den Haag.
- Schütz, Alfred 1974: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt/M.
- Smart, Barry 1994: Sociology, Globalization and Postmodernity. Comments on the „Sociology for One World“ Thesis. In: International Sociology 9. S. 149-159.
- Stichweh, Rudolf 1995: Zur Theorie der Weltgesellschaft. In: Soziale Systeme 1. S. 29-45.
- Wagner, Gerhard 1996: Die Weltgesellschaft. Zur Kritik und Überwindung einer soziologischen Fiktion. In: Leviathan 24. S. 539-556.
- Wallerstein, Immanuel 1987: World-System Analysis. In: Anthony Giddens und Jonathan H. Turner (Hg.): Social Theory Today. Cambridge. S. 309-324.
- Welter, Rüdiger 1986: Der Begriff der Lebenswelt. Theorien vortheoretischer Erfahrungswelt. München.

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR KRITISCHE GEOGRAPHIE (ÖGKG)

Die ÖGKG ging aus einer 1982 in Wien gegründeten studentischen Gruppe hervor. Ziel der ÖGKG ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse zu fördern und zu verbreiten, die geeignet sind, einen relevanten Beitrag zur Analyse der menschlichen Gesellschaft und ihrer Veränderung im Sinne einer Überwindung von ökonomischer Ausbeutung, politischer Unterdrückung und kultureller Entfremdung zu leisten. Besonderes Augenmerk wird dabei räumlichen, sozialen und ökologischen Ungleichgewichten gewidmet.

Die thematischen Schwerpunkte unserer Aktivitäten sind

- industrielle Verwertungslogik und die Zerstörung natürlicher Ressourcen,
- Modernisierungsprozesse und ihre sozialen und räumlichen Widersprüche,
- Integration und Desintegration von Gesellschaften in räumlicher Hinsicht ,
- Internationalisierung und Ethnisierung von Arbeitsmärkten,
- Patriarchat, Sexismus und Geschlechterverhältnisse.

Neben Veranstaltungen und Diskussionen war und ist eine Hauptaktivität die Herausgabe der Zeitschrift „**KRITISCHE GEOGRAPHIE**“, die seit 1992 in Buchform erscheint. Die Themen der jüngsten Bände waren:

- Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren – Österreich zwischen Tradition und Moderne
- Nachhaltig reich – nachhaltig arm – Nachhaltigkeitsdiskurs und Verteilungsfrage
- Auf in die Moderne! Österreich vom Faschismus bis zum EU-Beitritt
- Alte Ordnung – neue Blöcke? Polarisierung in der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Seit 1996 gibt die ÖGKG die Vierteljahreszeitschrift **GWU-MATERIALIEN** (Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt im Unterricht) heraus, die Arbeitsunterlagen für LehrerInnen zu Themen anbietet, die gesellschaftlich relevant sind und inhaltlich fundiert dargestellt sowie kritisch aufgearbeitet werden.

Als Forum für kritische und unkonventionelle Beiträge dient die Diskussionreihe **BEITRÄGE ZUR KRITISCHEN GEOGRAPHIE**, die in unregelmäßiger Folge erscheint.

Wenn Sie an einer Mitarbeit und/oder an unseren Publikationen und Aktivitäten interessiert sind, fordern Sie unser Publikationsverzeichnis und unseren Folder an!

ÖGKG, Clementinengasse 5, A-1030 Wien, Telefon/Fax ++43-1-89-25-116

<http://www.gis.univie.ac.at/oegkg/ogkgghome.htm>

Bernd Hamm ■

Globalisierung und Stadtentwicklung

Die Verunsicherung über Gegenstand und Auftrag der Geographie ist groß (Schwarte/Winkelkötter 1999). Dass gerade jetzt eine neue Zeitschrift für Literatur und Diskussion dieses Faches gegründet wird, ist notwendig und zu begrüßen. Wenn ein Soziologe eingeladen wird, zu ihrem ersten Heft beizutragen, dann wird damit signalisiert, dass die Diskussion nicht im engen Kämmerlein der Geographie alleine stattfinden soll. Ich folge dieser Einladung gerne, bitte aber gleich zu Anfang um Verständnis und Nachsicht dafür, dass mir vieles aus der neueren Fachdebatte in der Geographie entgangen ist. Erwarten Sie also nicht, mich hier „auf dem neuesten Stand“ zu finden – zumal es zunehmend schwerfällt zu sagen, was das ist. Meine Argumente richten sich zuerst an mein eigenes Fach (dessen überwiegend borniertes und selbstgefälliges Desinteresse an den Entwicklungen der Welt ich verschiedentlich kritisiert habe, u.a. Hamm 1996, Kap. 1) – in welchem Maße sie auf die Geographie zutreffen, mögen GeographInnen entscheiden. Das Thema, das mir gestellt worden ist, eignet sich vorzüglich für eine solche Auseinandersetzung.

Ich möchte die Aufgabe in drei Schritten angehen: Zuerst soll es darum gehen, weshalb eine an sich ziemlich triviale Tatsache – die globale Bestimmtheit von Stadtentwicklung – so spät und so zögerlich Gegenstand wissenschaftlicher Befassung geworden ist, eine Meta-Perspektive also. Zweitens will ich in einem sehr lose gestrickten Bezugsrahmen einige der Elemente nennen, an denen sich diese Tatsache studieren ließe. Drittens schließlich will ich den Spieß umkehren und danach fragen, ob nicht globale Entwicklungen wesentlich von Entwicklungen in Städten abhängen, welche das sein mögen, und ob sich daraus Hinweise für Handeln gewinnen lassen. Die Absicht dahinter, mein Erkenntnisinteresse, besteht darin, die Fachdiskussion zu beeinflussen, uns allen wieder einmal die Frage zu stellen, wozu eigentlich gut ist, was wir tun bzw. umgekehrt: was wir tun sollten, damit es vielleicht gut und nützlich würde. Selbstverständlich wird das Widerspruch erregen – dazu ist eine Zeitschrift für Literatur und Diskussion schließlich da.

1 Diagnose

Die Tatsache ist uralte, und dennoch scheinen wir sie erst jetzt zu sehen: Natürlich waren Städte seit jeher Produkte von Weltentwicklung – wer wollte das bestreiten. Was wäre Rom ohne das Imperium Romanum gewesen, was Venedig oder Genua, was Augs-

burg oder Lübeck ohne den Welthandel, was Mexiko City oder Manila, was Bombay oder Lagos ohne die Herrschaft europäischer Kolonialherren? Irgendwie haben wir das ja auch immer gewusst. Als Saskia Sassen 1991 ihr Buch „Global Cities“ publizierte, hatte man daher nicht den Eindruck, als hätte eine bedeutende wissenschaftliche Entdeckung stattgefunden. Vielmehr fand etwas untergründig Bewusstes endlich Eingang in die wissenschaftliche Literatur, wo es lange Zeit nicht zu finden gewesen war; daher die Prominenz. Sassen beschäftigt sich freilich nicht mit den „globalen“ Bedingungen von Stadtentwicklung in einem allgemeinen, generalisierenden und damit theoretischen Sinn, sondern damit, dass den wenigen Global Cities an der Spitze einer vorgestellten Hierarchie Eigenschaften zugeschrieben werden, die an anderen Städten nicht oder zumindest in deutlich geringerem Ausmaß aufzufinden seien (was behauptet, aber nicht geprüft wird).

Wenn man den Beginn der modernen sozialwissenschaftlichen Stadtforschung mit den zwanziger Jahren ansetzt – die klassische Sozialökologie, die beginnenden Community Studies, vorbereitet durch Engels, Thünen und Booth –, dann lässt sich freilich nicht übersehen, dass von dort an bis ungefähr zur Mitte der siebziger Jahre Städte als relativ autonome Einheiten, als „soziale Totalitäten“ gesehen wurden. Bei den Community Studies schien dies Theorie, in der sozialökologischen Analyse war es Fakt, schon der „natural areas“ und ganz sicher der (statistischen) „social areas“ wegen, die eben über die (administrativ definierten) Stadtgrenzen nicht hinausreichen konnten und an denen auch Überlokales gar nicht zu erläutern war. Natürlich gab es immer Ausnahmen: Donald Bogue in seiner Dissertation von 1948, Svend Riemer mit seinem leider vergessenen Stadtbuch von 1952, in der Sozialökologie die neo-klassische Schule mit dem heuristischen Modell des „ecological complex“ (Duncan 1959), natürlich Lewis Mumford. In Deutschland warnte zuerst Hans Oswald (1962), den Bezugsrahmen für die Erklärung von Stadtentwicklung nicht zu eng zu fassen; überlokale Einflüsse, lokale Filterwirkungen machte er aus, eine nach wie vor treffende Formulierung. Natürlich gab es immer auch SozialwissenschaftlerInnen, die sich mit „Weltstädten“ (Hall 1966, Friedmann/Wolff 1982, Friedmann 1986), mit Städten in anderen Erdteilen oder mit dem Prozess der weltweiten Verstädterung beschäftigten. Schon in ihrem Beitrag von 1982 wiesen Friedmann/Wolff darauf hin, dass in den Global Cities, genauer: den dort angesiedelten Hauptsitzen der transnationalen Unternehmen, die Informationen aus den über den ganzen Erdball verteilten Produktions- und Dienstleistungsbetrieben zusammenfließen, Daten ausgewertet und beurteilt, Abläufe koordiniert und die entscheidenden Kontroll- und Steuerungsaufgaben geleistet werden, um das reibungslose und profitable Funktionieren des Systems sicherzustellen. Und es war ebenfalls John Friedmann (1986), der Kriterien für die Abbildung eines differenzierten hierarchischen Systems von Städten vorschlug. Aber dies waren in der empirischen Stadtforschung eher Randerscheinungen. Die überlokal bedingten Faktoren, über die wirklich argumentiert oder gar geforscht wurde, beschränkten sich auf sehr wenige, im Vordergrund das Stadtwachstum und damit zusammenhängend Migration, seltener die Industrialisierung. Atteslander und Hamm (1974) waren verun-

sichert genug, nicht mehr von „Stadtsoziologie“, sondern *faute de mieux* von „Siedlungssoziologie“ zu sprechen und verallgemeinernd ein „Raum-Verhalten-System“ als deren Gegenstand vorzuschlagen. Aber dies alles hat in der empirischen Stadtforschung keine wirkliche Rolle gespielt. Die beschäftigte sich nahezu ausschließlich mit dem Innenleben der Städte. Burgess untersuchte in seinem berühmten Beitrag das „Growth of the City“, fragte aber nicht danach, woher dieses Wachstum komme; dem Chicago der zwanziger Jahre war überbordendes Wachstum die beherrschende Erfahrung. Seine Hypothese entwarf idealtypisch, auf welche Weise die Binnenstruktur von Städten auf Wachstum reagiert, war also eine Prozesshypothese. Erst später wurde sie zu dem mehr oder weniger statischen Strukturmodell der „konzentrischen Zonen“ verniedlicht und vor allem als solches Gegenstand heftiger Kontroversen. Erst die „New Urban Social Science“ der siebziger Jahre begann, sich mit Weltsystem und Dependencia zu beschäftigen (Castells 1973, Portes/Browning 1976), und erst David Harvey (1973) und die „radical geography“ haben die Frage aufgeworfen, wozu das Wissen darüber gut sei. In ihrem Gefolge war der Vorschlag von Saskia Sassen weder neu noch spektakulär.

Im Nachdenken darüber, wie diese doch erstaunliche Verkürzung aufs Lokale zu erklären sei, scheinen mir zwei Argumente interessant:

Das erste ist ein wissenschaftssoziologisches, versteht Wissenschaft als soziales System und interessiert sich für den Einfluss, der von diesem Charakter als „sozial“ auf die Inhalte des Wissens ausgeht. Die Stadtentwicklungstheorie, zumal die sozialökologische, die ja auch die internationale Debatte jahrzehntelang dominiert hat, hatte einen besonderen Vorteil, der sonst in den Sozialwissenschaften selten zu finden ist. Sie baute auf wenigen überschaubaren Theorieentwürfen auf (Thünen, Burgess, Shevky und Bell), über die sich streiten ließ (die Kontroversen um konzentrische Zonen vs. Sektoren vs. Polyzentrik als räumliche Verteilungsmuster bzw. um sozioökonomischen Status, Position im Lebenszyklus und ethnischen Status als wichtigste Differenzierungskriterien), die sich auch operationalisieren und quantitativ-empirisch überprüfen ließen (und ich erspare mir jetzt, all die Fehler und Unzulänglichkeiten, die dabei aufgetreten sind, noch einmal zu nennen, vgl. Hamm 1982). Es gab ausreichend Raum für die Generierung neuer Hypothesen (z.B. neoklassische vs. sozio-kulturelle vs. Sozialraumanalyse-Schule), es gab auch einen methodischen Standard, hinter den man nicht zurückfallen durfte, wenn man in referierten Zeitschriften auftreten wollte (nach 1955 multivariate deskriptive Statistik, vor allem Faktorenanalyse). Eine überschaubare internationale Gruppe von WissenschaftlerInnen, die sich mit solchen Fragen professionell beschäftigten, kannte sich, tauschte Papiere untereinander aus und kommentierte sie und traf sich regelmäßig im Research Committee on Social Ecology der International Sociological Association. Es gab Konsens darüber, was Stand der Forschung sei, die Literatur war überblickbar, die geklärten Fragen konnten abgehakt, die ungeklärten wenigstens definiert werden, und damit beschäftigte sich dann auch jemand. Es gab also einen Prozess des systematischen, kumulativen Wissenserwerbs, und der erreichte Stand

wurde regelmäßig synthetisiert und publiziert (Quinn 1950, Theodorson 1961, 1982).

Das war aber wahrscheinlich nur deshalb möglich, weil wir uns in einem Bereich bewegt haben, der theoretisch nicht überaus anspruchsvoll war, dem ein unbestrittener Konsens darüber zu Grunde lag, was Forschungsgegenstand sei (eben die inneren Ent-

wicklungsgesetze der Stadt in ihren administrativen, auf alle Fälle aber doch in ihren statistischen Grenzen), eine klar eingrenz-

Stadt als Objekt und als Paradigma

bare Problematik. Die Vermutung, die wie auch immer bewirkte weltweite Ausbreitung des Kapitalismus amerikanischer Prägung werde zu einer Angleichung der Stadtentwicklung an das amerikanische Muster führen (Konvergenzhypothese) blieb meist unausgesprochen, wurde aber von den meisten ForscherInnen geteilt.

Ähnliche Entwicklungen gab es z.B. im Bereich der Soziologie der kommunalen Machtstrukturen, des abweichenden Verhaltens oder der Industriosociologie, also in anderen Theorien mittlerer Reichweite. Die Frage, wie solche Theorien mittlerer Reichweite einmal auf sukzessive höheren Ebenen aggregiert und zu Theorien größerer Allgemeinheit integriert werden könnten, ist nicht wirklich gestellt worden. „Stadt als Objekt und als Paradigma“ wurde zwar angesprochen (Andersen 1961; in der Taschenbuchausgabe des Handbuchs der empirischen Sozialforschung tauchte dieser Beitrag nicht mehr auf), aber auch das blieb folgenlos, zumindest für die Empirie. Peter Saunders (1981) hat die Frage wieder aufgegriffen, freilich ohne sich auf diesen Aufsatz zu beziehen und auch ohne einer befriedigenden Antwort näher zu kommen. Die Aggregation wäre nur möglich gewesen bei einer Verständigung zumindest über eine Skizze einer „großen Theorie“ (Modernisierung, Weltsystem etc.), aber die gab es nicht. Die Stadt-SozialwissenschaftlerInnen waren dazu zu pragmatisch und auch zu sehr fasziniert von den Entwicklungen im eigenen engeren Umkreis. Auf alle Fälle war die Global-Lokal-Problematik dafür zu komplex, zu diffus, zu wenig begrenzt. Die ganz wenigen Untersuchungen, die hier z.B. zum Ökologischen Komplex publiziert worden sind (u.a. Duncan 1959, Gibbs/Martin 1958, 1959, 1962, Sly 1972) sind übrigens überaus anregend, freilich wenig beachtet geblieben (wie ja überhaupt im Bereich der neo-klassischen Sozialökologie viele Anknüpfungspunkte an heute aktuelle Themen zu finden wären, machte man sich nur die Mühe, danach zu suchen).

Mir scheint, dass vieles davon heute kaum mehr gilt. Die großen Theorieentwürfe, die heute diskutiert werden, die Theorie sozialer Systeme, die Theorie kommunikativen Handelns, die Individualisierungsthese (wenn man dieser den Status einer Theorie zubilligen will), die Modernisierungstheorie sind zum einen auf einem Abstraktionsniveau formuliert, das sich mit Theorien oder Untersuchungen mittlerer Abstraktion entweder kaum noch oder aber beliebig verknüpfen lässt. Sie haben mit „wirklicher“, also beobachtbarer, erlebbarer Gesellschaft und mit ihren drängenden Problemen nahezu nichts zu tun, die Frage nach ihren jeweiligen empirischen Referenten lassen sie unbeantwortet.

Es handelt sich kaum um systematische Wissensakkumulation, mehr um Moden, um die Hoffnung auf Aufmerksamkeit, die mit eingängigen Schlagworten eifrig gesucht wird: Autopoiesis, herrschaftsfreier Diskurs, Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft etc. Die Allerklärungsansprüche der Autoren gründen mehr auf Inhaltsleere als auf dem Bezug zu irgendeiner empirisch vorfindbaren Realität (ich will davon die Weltsystemtheorie deshalb ausnehmen, weil sie im Rahmen einer minutiösen historischen Analyse der Entstehung des Kapitalismus entwickelt wurde und daher stets in einen einsehbaren Zusammenhang mit dem Hier und Jetzt gebracht werden kann). EinzelkämpferInnen beherrschen das Feld; dagegen ist systematische, kooperative Wissensakkumulation selten geworden. Es geht weniger um Einsichten in die Wirklichkeit und Verständnis der Faktoren, durch die sie bestimmt wird, sondern um Prominenz. Primadonnengehabe verträgt sich schlecht mit gemeinsamer Arbeit an einem Problem, die schnelle und schicke Formulierung zitiert sich leichter als ein mühsam umkämpftes Argument, und Verlagen, die ohnehin nur noch ausnahmsweise mit einem kompetenten Lektorat arbeiten, ist ein schnell verkaufsträchtiger Titel wichtiger als der konsequent durchgearbeitete Inhalt. Das muss natürlich Folgen haben: In der Tat ist es heute unmöglich geworden, in der unendlichen Flut dessen, was zu einem Thema (zupal im Internet) produziert wird, Relevantes von Belanglosem zu unterscheiden, gar auf dem „aktuellen Stand der Literatur“ zu bleiben, und es bleibt Zufällen, Freunden oder Zitierkartellen überlassen, was da an die Oberfläche gespült wird. Es bleibt auch ziemlich zufällig, mit welcher bestehenden Forschung sich einE AutorIn auseinandergesetzt hat oder nicht – die RezensentInnen und LeserInnen scheinen darauf kaum mehr zu achten. Der Wissenschaftsbetrieb selber mit seiner zunehmenden Amerikanisierung und den daraus folgenden Publikationszwängen führt dazu, dass es immer zeitaufwendiger wird, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Das zweite Argument hat mit einem methodischen Wandel zu tun, den Dietrich Bartels (1970) als die „Quantitative Revolution in der Geographie“ bezeichnet hatte – ein Begriff, der sich auf alle Sozialwissenschaften ausdehnen lässt. Bis in die sechziger Jahre hinein bestand in den Sozialwissenschaften ein klares, wenn auch zuweilen neidvolles Bewusstsein ihrer qualitativen Unterschiedlichkeit zu den Naturwissenschaften und, daraus folgend, auch ihrer unterschiedlichen methodischen Vorgehensweise. Dies lässt sich zuspitzen in der Aussage, dass Experimente als wissenschaftliche Methode der Gesellschaftswissenschaften ethisch nicht zulässig sind. Die Vorgehensweise war, heute würden wir sagen: qualitativ. Quantifizierende Aussagen gab es, aber sie spielten nicht die zentrale Rolle und sie bewegten sich, was ihre methodische Raffinesse angeht, auf dem Niveau von Vierfeldertafeln und einzelnen Korrelationskoeffizienten, die oft noch von Hand gerechnet wurden (man erinnere sich etwa an die Darmstadt-Studie oder an die zahlreichen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund). Als Wahrheitsbeweis wurde entweder unmittelbar einleuchtende Plausibilität oder die Berufung auf einen Klassiker akzeptiert. Das hat sich mit der Quantitativen Revolution der sechziger Jahre gründlich geändert. Innerhalb weniger Jahre wurde quantifizierende Beweisführung zum vorherr-

schenden, gar von vielen einzig akzeptierten methodischen Instrument, der statistische Signifikanztest zum einzig zugelassenen Wahrheitsbeweis. Die Raffinesse der statistischen Analyse wurde zum Ausweis für wissenschaftliche Qualität und in vielen Projekten und Publikationen wurde weit mehr Sorgfalt auf die mathematische Ableitung der Analyseinstrumente als auf die Explikation der Theorie oder die Validierung der Daten gelegt.

Natürlich war die Verbreitung von Computern dafür wesentlich mitverantwortlich – so sehr, dass ich versucht bin zu fragen, ob nicht der Computer, genauer: die dahinter stehende oligopolistische Angebotsstruktur und ihre erfolgreichen Marketingstrategien erst unser Wahrheitsverständnis so eingeengt haben, dass wir andere als quantitative Argumente kaum mehr zulassen. Nun ging es nicht mehr um einzelne Korrelationskoeffizienten, die mühsam aus Zahlenreihen herausgerechnet werden mussten – nun ging es um Korrelationsmatrizen von z.T. gewaltigen Ausmaßen, die schnell und meist ohne weitere Aufmerksamkeit gleich den fortgeschritteneren Algorithmen der multivariaten Statistik und ihren zahlreichen Verästelungen anheimgegeben wurden. Dieser stillschweigend durchgesetzte Paradigmenwechsel hat übrigens nur wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Überwiegend wurde er als gradueller Wandel erlebt – erst ex post und mit einigem Abstand wird darin eine qualitative Veränderung erkennbar. Dabei geht es nicht nur darum, dass wir seither mit (für sozialwissenschaftliche Verhältnisse) gewaltigen Summen riesige Datenarchive und die dazu gehörende Infrastrukturen (GESIS, GIS) aufgebaut und mit dieser Förderung klare Akzentuierungen vorgenommen haben. Tatsächlich hat sich die Vorstellung von Wahrheit verändert, sind vorher zulässige Wahrheitsbeweise ausgeschlossen und ist der statistische, der bis anhin eine untergeordnete Rolle spielte, zum einzig gültigen erklärt worden. Dabei werden die Unzulänglichkeiten der analytisch-positivistisch-quantifizierenden Argumentation kaum diskutiert. Diese folgenschwere Entscheidung wurde nicht etwa auf einer Vollversammlung der SozialwissenschaftlerInnen nach eingehender Debatte beschlossen, sondern unmerklich durchgesetzt. Nachdem ich mich viele Jahre lang selbst diesem Diktat zur Quantomanie gebeugt hatte, sind mir zunehmend Zweifel gekommen: Wie oft haben wir mit solch schweren methodischen Kanonen auf theoretische Spatzen geschossen? Dient die quantifizierende Argumentation nicht oft dazu, eine Eindeutigkeit und Präzision der Aussage vorzugaukeln, die in Wirklichkeit gar nicht zu erreichen ist? In welchem Verhältnis stehen wir als Forschende zu den „Objekten“ unserer Forschungen? Für wen, für wessen Nutzen produzieren wir, was wir für wissenschaftliche Erkenntnis halten? Diese späten Einsichten waren übrigens der wichtigste Grund dafür, dass meine Arbeitsgruppe die Ergebnisse unseres DFG-Forschungsprojektes Comparative Urban Structure (1981-86) nie publiziert hat (Hamm 1987).

Beispielen von besinnungsloser Quantomanie begegnet man inzwischen fortwährend. Die Kritik daran müsste sich einmal mit der Qualität der Daten, zum anderen aber auch mit der Logik der statistischen Analyse beschäftigen. Ohne darauf näher eingehen zu können will ich doch auf zwei Beispiele hinweisen: Wer es fertigbringt, z.B. die

Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit unkommentiert als sozialwissenschaftlich relevante Größen anzunehmen und zu verbreiten, wer es versäumt, darauf hinzuweisen, warum und in welchem Ausmaß damit die tatsächliche Arbeitslosigkeit unterschätzt wird (ich denke hier an den alle zwei Jahre erscheinenden „Datenreport“, den das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Wissenschaftszentrum und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen herausgibt), handelt unverantwortlich und disqualifiziert sich wissenschaftlich. Auch auf die miserable Qualität vieler internationaler Statistiken, z.B. der Daten des Weltbankberichtes, die sich besonderer Vorliebe unter makroanalytisch orientierten SozialwissenschaftlerInnen erfreuen, ist hinzuweisen. Die Zahlen zur Einkommensverteilung nach Quintilen, die der Weltbank-Bericht alljährlich veröffentlicht, sind wenig mehr

Es wird schnell vergessen, dass selbst die vermeintlich „härtesten“ sozialwissenschaftlichen Daten höchst problematisch sind

als Kaffeesatzleserei: Nicht nur ist die Erhebung solcher Daten höchst problematisch; in vielen Gesellschaften, ja wahrscheinlich in ihrer Mehrzahl ist monetäres Einkommen nur eine mäßig bedeutsame, z.T. eine nahezu irrelevante Größe. Zu schnell wird vergessen, dass selbst die vermeintlich „härtesten“ sozialwissenschaftlichen Daten an sich schon problematisch sind. So werden z.B. die Geburten- und Sterbefälle für mehr als 70 Länder keineswegs dort aus den Zivilstandsregistern erhoben, sondern von der United Nations Population Division geschätzt, bevor sie dann im UN-System als maßgebliche Datengrundlage verwendet und publiziert werden. Ähnlich ließe sich die Validität anderer Daten anzweifeln. Die Debatte z.B. über den Wert des Sozialprodukts als Wohlstandsindikator ist inzwischen dreißig Jahre alt, ohne dass sich erkennbare Folgen in der Sozialforschung nachweisen ließen. Die Qualität der Daten, an denen dann oft komplizierteste tautologische Umformungen vorgenommen werden, um irgendeine Wahrheit herauszurechnen und per Signifikanztest zu beweisen, ist oftmals miserabel. Die Neigung, sich eben auf die Zahlen zu stützen, die nun mal publiziert werden, und ihren Wert nicht weiter zu hinterfragen, ist zwar verständlich, aber sie macht die Forschungsergebnisse nicht besser.

Diese Neigung hat sicherlich erheblich dazu beigetragen, dass empirische Stadtforschung durchgehend im Rahmen der administrativen Grenzen der Städte blieb, weil eben „bessere“ Daten nicht vorliegen. Die sozialökologische Stadtforschung hat sich, um ein augenfälliges Beispiel zu nennen, darauf verständigt, die Binnenstruktur von Städten in den Dimensionen Sozialer Status, Stellung im Familienzyklus und Ethnischer Status (also faktisch nicht die Struktur von Städten, sondern nur einen ihrer Aspekte: die soziale Segregation der Wohnbevölkerung) zu beschreiben; einige hundert empirische Untersuchungen stützen diese Annahme (Hamm 1982). Aber selten ist darüber diskutiert worden, dass Bodenpreis oder Art und Ausmaß der Bodennutzung oder Erschließungsqualität womöglich (theoretisch) wichtige Größen seien – die Daten dazu sind in den amtlichen Volks- und Wohnungszählungen nicht aufzufinden.

Der Hinweis darauf, dass sich global-lokale Zusammenhänge so schwer quantifizieren lassen, mag dazu beitragen zu erhellen, dass solche Fragen eben selten Gegenstand empirischer Forschung wurden. Das liegt nicht daran, dass sie nicht theoretisch bedeutend oder den ForscherInnen nicht bewusst wären – nur sind sie eben einem derart verengten Wissenschafts- und Empiriebegriff nicht so leicht zugänglich.

Je schwieriger die Explikation von vermuteten Zusammenhängen, je komplizierter die statistischen Umformungen der Daten werden, umso weniger wissen wir, was wir da eigentlich über die Wirklichkeit erfahren. Was tun wir logisch, wenn wir soziale Zusammenhänge in Zahlen beschreiben und soziale Beziehungen durch Zusammenhänge zwischen Zahlen substituieren? Welche Informationen gewinnen wir auf diesem Weg – und welche blenden wir aus? Welche methodologischen Alternativen werden auf diese Weise versperrt? Welche Theorieentwürfe lassen sich auf quantifizierende Weise prüfen – und welche nicht? Unterwerfen wir uns damit nicht einer überaus einseitigen Wahrnehmung der Wirklichkeit, die wir angeblich so objektiv und wertfrei analysieren wollen, und welche Interpretation begünstigt, welche benachteiligt sie? Ist nicht auf diese Weise ein (westliches, kapitalistisches, positivistisches – und welche Zusammenhänge gibt es zwischen diesen?) Wissenschaftsverständnis imperialistisch durchgesetzt worden, das weniger der Wahrheitsfindung als vielmehr den Profitinteressen der Computermonopole und dem auch intellektuellen Hegemoniestreben der reichen Länder nützt?

Verallgemeinernd: Was Gegenstand wissenschaftlicher Befassung wird, erklärt sich nicht so sehr aus der „Natur der Sache“ sondern vielmehr aus dem sozialen Prozess, in dem eine „scientific community“ etwas als relevant definiert. Neuerdings wird dieser Vorgang als „Diskurs“ mit höheren Weihen als Beitrag zur Wahrheitsfindung geadelt – statt wissens- und wissenschaftssoziologisch auf seine meist trivialen Ursprünge zurückgeführt zu werden. Und weiter: Was die positivistisch-analytisch-quantifizierende Forschungslogik nicht zu fassen vermag, hat allein deshalb wenig Chancen, in den Kreis der als relevant definierten Themen aufgenommen zu werden, selbst wenn es „auf der Hand liegt“. Beides zusammen hat zu der Tendenz geführt, den Gegenstand „Stadt“ aus seiner Umwelt herauszulösen. Die Vorstellung, ein „Objekt“ ließe sich auf irgendeine Weise klinisch sauber und exakt von seiner „Umwelt“ isolieren, hat Folgen: Sie versperrt theoretisch den Weg zu Warum-Fragen, zu Erklärungen. Wer insistiert, ein politisches ließe sich von einem ökonomischen Subsystem von Gesellschaft trennen und getrennt analysieren, versperrt den Blick auf die Wirklichkeit und riskiert, statt Wissenschaft Ideologie zu produzieren.

Es sind wissenschaftsinterne Phänomene verantwortlich dafür, dass Stadtforschung sich des an sich trivialen Zusammenhangs zwischen globalen Entwicklungen und lokalen Effekten so spät und so ungenügend angenommen hat. Akademische Qualitäts- und Bewährungskriterien scheren sich meist wenig um praktische Relevanz und Wirklichkeitsnähe. Das gilt nicht nur für die Stadtforschung. Noch immer ist es möglich, dass Menschen z.B. politische Soziologie unterrichten, die niemals an einer Parlamentssitzung teilge-

nommen haben, Soziologie der Arbeit, ohne jemals einen industriellen Arbeitsplatz aus der Nähe gesehen zu haben. Akademisch honoriert wird, wer Gesellschaft in erster Linie aus Büchern und Statistiken kennt. Im eigenen Fach findet Anerkennung, wer sich um die Bemühungen anderer Fächer um den gleichen Gegenstand möglichst wenig kümmert. Und noch immer gilt das Interesse an gesellschaftlicher Praxis vielen als unfein, als echter akademischer Beschäftigung unwürdig.

Die begrüßenswerte Befreiung von immer mehr Menschen von „Arbeit am Objekt“ und zu „Arbeit über das Objekt“ wird zwangsläufig die Zahl derer erhöhen, die hoffen, auf dem (noch) gesicherten Boden akademischer Privilegien ihr Leben fristen zu können. Bisher sind wir dadurch kaum klüger geworden, haben kaum „bessere“ Einsichten gewonnen und gewiss keine „besseren“ Entscheidungen getroffen. Auf alle Fälle aber produzieren wir mehr „Information“, über deren Nutzen immer weniger entschieden werden kann. Wenn das so ist, dann scheint es sinnvoll anzunehmen, dass diese Information weniger im Interesse an Einsichten in die Wirklichkeit, zunehmend im Interesse der ohnehin herrschenden Mächte, die solchen Eifer bezahlen, produziert wird. Aus heutiger Sicht und in polemischer Überspitzung mag dies zu Wissenschaft als Veranstaltung zur Verschleierung von Wirklichkeit beitragen. Auch die „Selbstverwaltung der Wissenschaft“ in ihren Förderungsinstitutionen wirkt nicht als Korrektiv, weil sie doch immer vor allem den Mainstream belohnt.

2 Globale Einflüsse auf die Stadtentwicklung

2.1 Die Logik der Global Cities-Hypothese

Die globale „Städtehierarchie“ ist der *dernier cri*. An der Standortwahl der Hauptsitze transnationaler Unternehmen, an der Anzahl internationaler Organisationen, am Wachstum des Dienstleistungssektors, an den Flug- und Telekommunikationsverbindungen, an der Bevölkerungsgröße wird festgestellt, dass an der Spitze dieser vermuteten weltweiten Hierarchie (wie könnte es anders sein!?) New York steht, gefolgt von einem halben Dutzend anderer Global Cities, die im Wettbewerb um Standortgunst bestehen, während die vielen anderen exponentiell in die Bedeutungslosigkeit absinken und weitere Aufmerksamkeit auch kaum verdienen. Das klingt ein wenig nach aufgewärmtem und vor-schnell generalisierendem Zentrale-Orte-Denken. Die Global Cities, so wird argumentiert, sind eine Klasse besonderer Qualität, in denen folglich auch eine besondere Art der Entwicklungsverläufe und der sozialräumlichen Binnendifferenzierung nachzuweisen sei (Sassen 1991).

Dabei wird die Welt als Einheit, als Weltgesellschaft, unterstellt, in der eine einzige solche Hierarchie aufzufinden sei. Diese Hierarchie wird als Abstufung von Machtunterschieden vorgestellt: Die jeweils obere Kategorie ist in der Lage, die Entwicklungsbedingungen und -prozesse der jeweils unteren Kategorie zu kontrollieren und sich den Zugriff

auf die wesentlichen Privilegien des Systems auf Kosten der subordinierten Einheiten zu sichern. Deshalb ist es so wichtig, zur Spitzengruppe zu gehören („eat lunch or be lunch“, wie das primitive Motto der in den USA so gängigen kryptokapitalistischen Propaganda heißt). Städte müssen versuchen, möglichst viele „global players“ an sich zu binden, um an der Spitze der Hierarchie bleiben zu können. Global Cities seien, der dort vorfindbaren Konzentration von Headquarterfunktionen transnationaler Unternehmen wegen, Steuerungscentren der Weltwirtschaft. Am unteren Ende der Hierarchie stehen die „Ausführungsstädte“ als Standorte extern kontrollierter Produktion (Läpple 1998, 201). Darunter, oder in anderen Funktionen, gibt es nichts, was auch nur der Erwähnung wert wäre.

Sassen argumentiert weiter, dass sich in Global Cities ein drastischer Wandel der Sozialstruktur vollziehe, charakterisiert durch polarisierende Einkommensverteilung, Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und neue Formen der Immigration. Im Sinn der Hierarchievorstellung ist also eine signifikant positive Korrelation zwischen diesen Variablen und dem Grad der Globalität einer Stadt zu vermuten. Dies aber ist, weil die Untersuchung sich auf die drei Städte New York, London und Tokio beschränkt (und manches dafür spricht, dass mit einiger Sorgfalt nur New York untersucht wurde, wo die Autorin lebte), an ihrem eigenen empirischen Material gar nicht zu demonstrieren. Damit muss auch offen bleiben, ob die Vermutung einer einzigen globalen Städtehierarchie mehr ist als ein weiterer Beleg für das ethnozentrisch beschränkte Interesse, das man in den USA überwiegend für den Rest der Welt aufbringt, also an der Triade (Nordamerika, Japan, Europa) bzw. an den Konkurrenten Amerikas auf den Weltmärkten.

Allerdings fehlen Argumente dafür, was denn der Sinn einer solchen Städtehierarchie – liebe sie sich konstruieren, aber das können wir ja, handelt es sich doch um ein bloß klassifikatorisches Problem – sei, wozu sie gut sein könnte. Und es fehlen Belege dafür, dass die hierarchischen Abstufungen tatsächlich etwas mit Macht zu tun haben, wie solche Macht ausgeübt werde und zu wessen Gunsten und auf wessen Kosten sie sich auswirke. Für Frankfurt z.B. mag es hübsch sein, regelmäßig in der Spitzengruppe mitgenannt zu werden, aber wer in dieser Stadt, die aus Finanznot schon die Brunnen im öffentlichen Raum von privaten Unternehmen sponsorn lässt, hat eigentlich etwas davon?

Häußermann und Roost (1998, 87ff.) haben weitere gegen diesen Entwurf vorgebrachte Kritik zusammengefasst:

- die Aussagen über den Wandel von sekundärer zu tertiärer Beschäftigung und über Immigration träfe für alle größeren Städte am Ende des 20. Jahrhunderts zu, unabhängig von ihrer Position in der Global Cities-Hierarchie;
- Polarisierungen von Arbeitsmarkt und Einkommen seien auch in Städten anzutreffen, die alles andere als Knotenpunkte globaler Finanzströme seien;
- es gebe weder theoretisch noch empirisch ausreichende Begründungen dafür, warum es zu der behaupteten innerstädtischen Konzentration von Finanzdienstleistungen kommen muss;

- keine Stadt sei unvermittelt den Kräften der Globalisierung ausgesetzt, in allen Städten fänden sich vielmehr spezifische Bedingungen, die als Filter dagegen wirken, dass sich die „entfesselten Kräfte des Weltmarkts unmittelbar in die Lebenswirklichkeit der Bewohner umsetzen“.

Die Logik bei Sassen ist neo-liberal: nur wer genug strampelt, genug knappe Ressourcen einsetzt (und anderen Zwecken entzieht), um genügend Hauptsitze, angelockt durch Führungsvorteile, an sich zu binden, nur der verdient die Position in den oberen Rängen der Städtehierarchie, und das ist das eigentlich Erstrebenswerte. Stadt als der Raum, in dem Menschen ihr Leben zubringen, interessiert nicht – nur Stadt als der Ort, an dem sich Standortqualitäten so bündeln, dass sie mehr oder weniger attraktiv für transnationale Unternehmen sind, Stadt letztlich als Profitquelle für Shareholder. Damit ist die Aufforderung verbunden, die Städte fit zu machen für den globalen Standortwettbewerb. Was die Manager suchen, lässt sich klar definieren: gute Infrastruktur, hohen Unterhaltungswert, Sicherheit. Die Oberpolizisten von New York reisen durch die Weltstädte und erklären, wie sich die Kleinkriminellen besser unter Kontrolle bringen lassen, und an Singapore lässt sich lernen, wie man die Löhne drückt. Benchmarking wird die bevorzugte Methode der Stadtentwicklung. Diese Logik hat sich inzwischen selbst bis in Kleinstädte durchgesetzt, in denen leicht beeinflussbare BürgermeisterInnen von Technologie- und Gründerzentren träumen, ohne auch nur eine Ahnung davon, ob danach eine Nachfrage besteht. Das hat viel mit Marktforschung, das hat auch viel mit Ideologie, es hat auch mit Globalisierung, aber es hat wenig mit Sozialwissenschaft zu tun, und mit kritischer schon gar nichts.

2.2 Globalisierung

Gibt es – jenseits einer normativen Forderung, die ich in vielen Aspekten teile – diese eine Welt als empirisches Faktum? Und wenn nicht als Faktum, dann vielleicht wenigstens als Prozess, an dessen Verlauf wir teilhaben? Was ist das: Globalisierung?

„Globalisierung“ meint eine neue Qualität internationaler Verflechtungen: Wer von „internationalen Verflechtungen“ spricht, denkt an nationalstaatlich gebundene Akteure und den Austausch, der zwischen ihnen stattfindet. Bei „Globalisierung“ bestimmt das Verflechtungsmuster das Handeln dieser Akteure mehr als umgekehrt. Wenn vorher unabhängige Nationalstaaten die wichtigsten Akteure waren, so sind es jetzt zusätzlich Transnationale Unternehmen (TNU); eine zunehmend wichtige Rolle spielen supranationale (z.B. die Europäische Union) und internationale (z.B. der Internationale Währungsfonds) Organisationen, selbst wenn sie nur (z.B. die Weltwirtschaftsgipfel der G 7) informellen Charakter haben. Das Geflecht internationaler Vereinbarungen und Regime wird dichter (z.B. das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT, seit 1995 Welthandelsorganisation WTO, die Osterweiterung von NATO und der EU, die Selbstmandatierung der NATO im Gefolge des Kosovo-Konfliktes).

Die Vorstellung, mit diesem Vorgang werde der Nationalstaat hinfällig, ist falsch. Der Nationalstaat als Steuerungseinheit wird unter Bedingungen der Globalisierung nicht überflüssig, sondern gerade da besonders gefordert: Als schwacher Staat ist er insbesondere da schwach, wo er seinen BürgerInnen Leistungen zugesagt hatte. Was als Verlust von Steuerungsfähigkeit erscheint, ist teils der bewußte Verzicht darauf (Deregulierung), teils Folge einer enormen Staatsverschuldung (Privatisierung, Sozialabbau). Als starker Staat muß er jedoch die Forderungen der globalisierten Wirtschaft nach innen durchsetzen: Er soll für gut ausgebaute Infrastruktur, Rechtssicherheit, gut ausgebildete Arbeitskräfte und möglichst geringe Kostenbelastung der Unternehmen sorgen, soziale Spannungen unter Kontrolle halten und in den internationalen Organisationen auf Umstände hinwirken, die den TNU möglichst günstig sind. Über das Argument, nur so sei Beschäftigung zu sichern, lässt sich dies in WählerInnenstimmen ummünzen. Dies bestimmt seine Handlungsspielräume nach innen.

TNU tragen bereits ein Drittel zum Weltsozialprodukt bei; etwas weniger als ein Drittel des gesamten Welthandels findet nur noch unternehmensintern statt. Beinahe der gesamte Außenhandel beispielsweise der USA oder Großbritanniens liegt in Obhut von TNU. Unter den 100 größten TNU sind 26 amerikanischer Herkunft, 16 japanischer, zwölf französischer und jeweils neun britischer und deutscher; acht weitere entstammen anderen EU-Ländern (EU insgesamt: 38 TNU), 17 anderen OECD-Ländern: Sie operieren in erster Linie von den Industrieländern aus und sind durch umfangreiche Filialisierung nahezu flächendeckend aktiv. TNU sind nur mäßig arbeitsplatzrelevant: Lediglich für drei Prozent der ökonomisch aktiven Weltbevölkerung entstehen Arbeitsplätze, von denen mehr als vier Fünftel auf Industrieländer entfallen.

Regierungen und Städte umwerben die TNU in der Hoffnung auf Investitionen, Beschäftigung und Steuern. Nur wenige profitieren jedoch direkt von den Gewinnspannen der „Hochwertproduktion“. Wo technologieärmere Produkte hergestellt werden (aber mehr Menschen beschäftigt sind), entsteht innerhalb und zwischen den Volkswirtschaften ein radikaler Kostenwettbewerb (der die Löhne drückt). Nicht-Industrieländer können zwar Billiglöhne anbieten, aber nicht die hochwertigen Vorleistungen, die für TNU von Interesse sind. Die weltweite Polarisierung verstärkt sich weiter. Die Industrieländer bilden supranationale Wirtschaftsblöcke (EU, NAFTA, APEC: die Triade), die das „Arbeitsklima“ für TNU weiter verbessern. Sozial- und Umweltstandards werden auf kleinstem gemeinsamem Nenner vereinheitlicht. Der Welthandel ist verantwortlich dafür, daß sich die „dirty industries“ (Kohle, Stahl usw.) in Billiglohnländer verlagern können.

Die Internationalisierung der Produktion findet durch Auslandsdirektinvestitionen (ADI) statt, die im Ausland Realkapital (z.B. Tochterunternehmen) schaffen. So werden Absatz-, Beschaffungsmärkte und Rohstoffquellen vor Ort gesichert. Regionale Unterschiede in Produktionskosten (z.B. Löhne) und staatlichen Regulierungen (z.B. Umweltauflagen, Besteuerung) werden ausgenutzt und protektionistische Maßnahmen unterlaufen. Zu Beginn der achtziger Jahre entwickeln sich ADI mit Zuwachsraten von

jährlich zehn Prozent, in der zweiten Hälfte sogar von 15 %; teilweise von 30 %. Die ADI konzentrieren sich regional auf die Wirtschaftsblöcke EU, Nordamerika, Japan/Pazifik. Die Entwicklungsländer spielen als Zielort nur eine geringe Rolle; unter den wenigen Ausnahmen sind vor allem die Sonderwirtschaftszonen der Volksrepublik China hervorzuheben.

Aber nur zehn Prozent der gesamten Auslandsvermögen sind ADI, neunzig Prozent sind reine Finanzinvestitionen (Devisen- und Wertpapierkäufe). Dabei sind Zinsen, Wechselkurse, die Entscheidungen anderer Anleger für die eigene Anlageentscheidung relevant. Das Interesse gilt den höchsten finanziellen Renditen, die aus Rationalisierung und Entlassungen, Öko- und Sozialdumping, selbst semilegalen oder kriminellen Geschäften oder Spekulationsblasen resultieren können. Die „launischen“ Finanzmärkte gewinnen im internationalen Wettbewerb zunehmend an Gewicht: Die grenzüberschreitenden Finanzströme

Nach wie vor sind die nationalen Regierungen die wichtigsten Akteure der Weltpolitik

übertreffen die grenzüberschreitenden Warenströme um ein Vielfaches. Dafür sind auch Spekulationen verantwortlich, die unter Umständen das internationale Finanzsystem und die Realwirtschaft destabilisieren können. Dies hat die „asiatische Finanzkrise“, die weder asiatisch noch eine reine Finanzkrise ist, wieder demonstriert.

Als Weltpolitik bezeichnen wir das Handeln der Regierungen, soweit es sich auf die Gestaltung globaler Bedingungen richtet. Nach wie vor sind die nationalen Regierungen die wichtigsten Akteure der Weltpolitik, auch und gerade in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen. Es ist wichtig, die nationale Basis der Akteure zu betonen, sind doch die Regierungen abhängig von ihrer jeweiligen nationalen Wählerschaft oder Klientel, und bestimmen sie doch auch wesentlich die Handlungschancen und den Einfluß nationaler Nichtregierungsorganisationen mit. Ihr weltpolitisches Handeln wird bestimmt einerseits durch die national definierten Handlungsspielräume, andererseits durch ihre jeweils spezifische und von ihrer Position in einem hierarchischen Weltsystem abhängige Wahrnehmung globaler Probleme.

1975 begann die Serie der jährlichen „Weltwirtschaftsgipfel“ der Gruppe der 7 wichtigsten Industrienationen, die inzwischen zu einer festen Institution geworden ist. Gleichzeitig verloren die UN, insbesondere durch die Weigerung der USA, ihre Mitgliedsbeiträge zu zahlen und den Internationalen Gerichtshof in sie selbst betreffenden Konfliktfällen anzuerkennen, an Handlungsfähigkeit. Mit der G 7 ist inzwischen ein neues politisches Machtzentrum entstanden, das keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt. Die G 7 beherrscht nicht nur faktisch (wie zuerst im Golfkrieg bewiesen) den Sicherheitsrat, sondern hat auch die Stimmenmehrheit in Weltbank und Währungsfonds und anderen internationalen Organisationen und kontrolliert die NATO.

Neben der ökonomischen und der politischen hat Globalisierung auch eine ökologische Dimension. Was bedeutet „ökologische Verflechtung“? Jede menschliche

Gesellschaft ist, erstens, eingebunden in natürliche Kreisläufe und nimmt darauf mehr oder weniger Einfluß: den Kreislauf des Wassers z.B., oder den CO₂-Kreislauf. Das sind grundsätzlich globale Kreisläufe, auch wenn wir nur lokal an ihnen teilhaben. Ökologisch verflochten ist, zweitens, auch eine Gesellschaft, die außer den Ressourcen ihres eigenen Territoriums noch Ressourcen anderer Länder in Anspruch nimmt, sei es als Rohstoff, den sie importiert (oder exportiert), oder als Abfall, den sie exportiert (oder importiert). Das Ausmaß dieser Verflechtung läßt sich schätzen; die Befunde sind insoweit konsistent, als Menschen in den OECD-Ländern ihre eigenen natürlichen Ressourcen um ungefähr das Zehnfache übernutzen, gemessen am Kriterium des gleichen Anspruchs aller Menschen auf Nutzung natürlicher Ressourcen. Von allen anthropogenen Treibhausgas-Emissionen der letzten 150 Jahre stammen etwa 90 Prozent aus den Industrieländern, um nur ein Beispiel zu nennen. Neben dem Import von Rohstoffen findet die Aneignung außernationaler Ressourcen auch indirekt in Form des Imports von Halb- und Fertigprodukten statt. Durch die Verflechtungen der Weltwirtschaft werden Zusammenhänge zwischen dem eigenen Tun und den daraus resultierenden Folgen enger, aber gleichzeitig undurchschaubarer: Die ökologischen Folgen, die durch den Ressourcenverbrauch der reichen Länder für den globalen Naturhaushalt entstehen (Klimaänderungen, Ozonloch, Artensterben, Belastung der Meere, Waldvernichtung), werden in anderen Weltregionen, oft erst in der Zukunft und in einer Form sichtbar, die sich auf die Ursachen kaum schlüssig und schon gar nicht justitiabel zurückführen läßt.

Unser Wohlstand wird ermöglicht durch die Weltregionen, die Netto-Exporteure von Umweltleistungen sind, deren eigener Ressourcenverbrauch also geringer ist als die Kapazität des jeweiligen Territoriums. Mit anderen Worten: Deutschland importiert Lebenschancen aus anderen Weltregionen und exportiert Probleme dorthin. Dieser Austausch wird intensiviert und beschleunigt durch zunehmendes Wirtschaftswachstum. Die Triadenländer setzen weltweit ein Entwicklungsmodell durch, das an Wachstum, Marktfähigkeit und internationalem Handel orientiert ist. Durch Zurückdrängen der Subsistenzwirtschaft in den Entwicklungsländern (auch durch die Entwicklungshilfe) wird ein schnelleres Erschließen und Abtransportieren von Bodenschätzen und Naturgütern möglich. Das daraus resultierende Überangebot auf dem Weltmarkt führt zu einem Preisverfall. Die Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank zwingt die Schuldnerländer dazu, ihre natürlichen Ressourcen dem Weltmarkt zugänglich zu machen und sich als Senken zur Verfügung zu stellen. So erklären sich manche Nachfolgestaaten der Sowjetunion bereit, westlichen Atommüll gegen entsprechende Bezahlung (die dann in mafiosen Kanälen verschwinden wird) zu lagern.

Obleich sich das Welteinkommen pro Kopf in den vergangenen fünfzig Jahren verdreifacht hat, ist es zunehmend ungleich verteilt: „Der Anteil der reichsten 20 % der Bevölkerung am Welteinkommen stieg zwischen 1960 und 1991 von 70 auf 85 %; der Anteil der 20 % Ärmsten schrumpfte von 2,3 auf 1,4%“ (Stiftung Entwicklung und Frieden 1996, 40). Die 358 Vermögensmilliardäre besitzen etwa gleichviel wie die ärmere

Hälfte der Menschheit zusammen (UNDP 1996). Mehr als ein Fünftel aller Menschen lebt unterhalb der Armutsgrenze, ihre Zahl nimmt vor allem in den früheren Ostblockländern rasch zu.

Die Ungleichheit der Lebenschancen – wirtschaftlich, politisch, rechtlich, ökologisch, kulturell – bleibt nicht ohne Folgen. Das sind einmal Konflikte, die im Kern in der Regel Verteilungskonflikte sind, auch wenn sie sich oft als ethnisierte Bürgerkriege darstellen. Zweitens entstehen Wanderungsbewegungen. Schätzungen der Zahl der Menschen, die sich weltweit im Ausland aufhalten, bewegen sich zwischen 70 und 200 Mio., wovon nur rund ein Viertel als legale Arbeitsmigranten gelten. Weltweit haben die Wanderungsbewegungen mit der zunehmenden Polarisierung zugenommen. Den Herkunftsländern gehen insbesondere wirtschaftlich und kulturell aktive Altersgruppen verloren („brain drain“), in den Zielländern wird die Sozialstruktur unterschichtet. Unter Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit und sozio-ökonomischer Polarisierung resultieren daraus Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, soziale Konflikte.

Zusammengefasst und in eine generalisierende Aussage gebracht, hat das, was wir Globalisierung nennen, mit der Entstehung der einen Welt im normativen Sinn einer solidarischen, sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lebensgrundlagen des Planeten bewussten Gemeinschaft gar nichts zu tun. Auch eine Einheit mit tragenden gemeinsamen Institutionen, mit einer gemeinsamen Geschichte, mit verbindenden Kulturelementen lässt sich (analytisch) kaum nachweisen. Es geht gar nicht um die Welt als Ganzes, es geht vielmehr darum, auf welche Weise sich ungefähr ein Fünftel der Weltbevölkerung auf Kosten der anderen vier Fünftel Privilegien bewahren kann. Tatsächlich sind die westlich-kapitalistischen Länder gegenwärtig dabei, sich den Zugriff auf die globalen natürlichen Ressourcen zu sichern und die Lebenschancen in allen anderen Weltregionen drastisch zu verschlechtern. Dabei nehmen auch die Ungleichheiten innerhalb dieser reichen Länder weiter zu. Unter dieser Hypothese erhalten die Wirtschaftskrisen in allen nicht-westlichen Weltregionen (inkl. Japan), erhalten auch die mörderischen Kämpfe in dem am meisten benachteiligten Kontinent (Afrika) eine grausame Logik. Der Begriff „Globalisierung“ verschleiert eine Wirklichkeit, in der Teilungen vertieft und verschärft werden: es ist ein ideologischer Begriff.

2.3 Globale Auswirkungen auf die Stadtentwicklung

Die Zusammenhänge zwischen diesen Vorgängen auf der einen, Stadt- und Regionalentwicklung auf der anderen Seite sind in überaus komplexen Wirkungsketten mit zahlreichen Variablen, Beziehungen, direkten und indirekten, zeitverzögerten und z.T. nur bedingten Auswirkungen zu analysieren. Das lässt sich mit den vorherrschenden Methoden der empirischen Sozialforschung, darin eingeschlossen komplexe Simulationsmodelle, quantitativ nicht behandeln. Auch ein Aufsatz wie dieser kann nicht alle wichtigen Einzel-

aspekte abdecken. Ich will das Thema hier dadurch eingrenzen, dass ich „Stadtentwicklung“ als Aufgabe aktiven Handelns (also nicht als „naturwüchsigen Prozess“) verstehe.

Das erinnert bewusst an einen Diskurs zu Beginn der siebziger Jahre, in dem nach „integrierter Stadtentwicklung“ als einem Instrument verlangt wurde, das die horizontale Integration der lokalen Akteure und die vertikale Integration der unterschiedlichen Handlungsebenen miteinander verknüpfen und auf ein Ziel hin ausrichten wollte. Gesellschaftliche Planung war damals eines der zentralen Themen in den Sozialwissenschaften. Die Wirtschaftskrise 1974 hat diese Debatte abrupt beendet und an ihre Stelle das bescheidene Ziel der „Stadtgestaltung“ gesetzt. Inzwischen ist „Stadtmarketing“ an dessen Stelle getreten: Die Stadt soll fit gemacht werden für den Wettbewerb in einer globalisierten Wirtschaft – praktisch soll sie ihre Standortattraktivität in der Konkurrenz zu anderen Städten so verbessern, dass es ihr gelingt, Unternehmen zur Ansiedlung zu bewegen. Dies schließt Anpassungen der Verwaltungsorganisation ebenso ein wie Werbung, Imagepflege und Kommunikation. Stadtmarketing ist ein ausschließlich angebotsorientierter Ansatz, der einer Philosophie der Standortkonkurrenz und des außeninduzierten Wachstums verhaftet ist. Er argumentiert einzelwirtschaftlich und findet die Analogie zum Denken der Betriebswirtschaftslehre gar nicht unpassend. Daher ist es dieser Auffassung auch herzlich gleichgültig, auf wessen Kosten dieses Wachstum gehen könnte. Das gleicht dem Global Cities-Ansatz. „Globalisierung“ ist hier zum Argument geworden, das die Alternativenlosigkeit kommunalen und regionalen Handelns begründen soll: Eat lunch or be lunch. Die Frage, ob Investitionen und Vorleistungen zur Gewerbeansiedlung sich über längere Frist lohnen, ob an die Stelle der interkommunalen Konkurrenz nicht vielmehr eine Zusammenarbeit zum Nutzen aller treten sollte, um Erpressungsversuchen zu widerstehen, und ob der Entwicklung endogener Potentiale nicht der Vorzug vor dem Kampf um fragwürdige Versprechen auswärtiger Interessenten gegeben werden sollte, wird kaum mehr gestellt. Dabei tanzt diese „Theorie“ auf dünnem Eis, fällt es doch leicht, die neo-liberalen Glaubenssätze von „Beschäftigung durch Wachstum“ und „Investitionen durch steigende Unternehmerrgewinne“ empirisch zu widerlegen. Die Ideologen weigern sich, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, was ihren politischen Erfolg (vgl. die letzten Kommunalwahlen) offenbar nicht beeinträchtigt. Vor allem vermag Stadtmarketing keine praktischen Antworten auf brennende Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Konflikte, Belastungen durch die Sozialausgaben, Erosion der Gewerbesteuer etc. zu geben.

Wiederum wird hier der Begriff „Globalisierung“ in erster Linie ideologisch, in diesem Fall zur Rechtfertigung eines Handelns verwendet, zu dem in der Wahrnehmung der politisch Verantwortlichen keine praktikablen Alternativen zur Verfügung stehen. Dass sie gerade damit das Geschäft der TNU betreiben und in einer Art self-fulfilling prophecy die Probleme erst mit schaffen, für deren Lösung sie einzutreten vorgeben, ist nicht zu verkennen. Insofern hat „Globalisierung“, wie auch immer ideologisch der Gehalt des Begriffes diagnostiziert werden mag, überaus praktische, reale Auswirkungen.

Damit soll nicht verdeckt werden, dass vielfältige Umstände und Entwicklungen überlokaler Herkunft – regional, nationalstaatlich, kontinental, global, und wiederum in unterschiedlichen Anteilen und Verflechtungen – entscheidend für wesentliche Bedingungen von Stadtentwicklung sein können. Natürlich ist richtig, dass TNUs Standorte für ihre Filialen in Städten suchen, und dabei Städte gegeneinander ausspielen. Wer wollte leugnen, dass die Gewerbesteuer als einst wichtigste kommunale Einnahmenquelle aus Gründen nationaler Politik, die wiederum auf internationale Konkurrenz zu reagieren hoffte, kaum mehr kalkulierbar ist? Wem könnte entgehen, dass nationale Sparsamkeit sich auf staatliche Zuweisungen, die wichtigste Finanzierungsquelle der Städte, auswirken muss? Und niemand wird erwarten, dass die Städte in der Lage wären, auf die eigene Armutsentwicklung wesentlich einzuwirken oder grenzüberschreitende Wanderungsströme zu beeinflussen. Vieles kommt als Auswirkung „unten“ an, obgleich kaum jemand ernsthaft zu sagen vermöchte, wo die Ursachen zu lokalisieren seien und wie sie kontrolliert werden könnten.

Neben den überlokalen Bestimmungsgründen der Gewerbeansiedlung und damit zusammenhängend der Beschäftigung, dem Aufkommen von Gewerbe- und Einkommenssteuern und allfälligen Vorleistungen sowie der Kommunalfinanzierung sind zahlreiche andere Faktoren zu nennen, die auf lokaler Ebene nicht gesteuert werden können. Die Bindung lokaler Politik an bundesweit organisierte Parteien, nicht selten auch die Auswahl des Personals für Spitzenpositionen, Wanderungsbewegungen von Einheimischen und AusländerInnen, die Einbindung in überörtliche Verkehrs- und Kommunikationsnetze, Veränderungen in der infrastrukturellen Ausstattung, über die überlokal entschieden wird, der ganze Bereich der übertragenen und Auftragsangelegenheiten – überall lassen sich Belege dafür finden, dass die Städte und Gemeinden in der Regel am receiving end von Entwicklungen hängen, auf die sie keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben, auf die sie aber in ihren eigenen Auffangplanungen reagieren müssen. Dass der Ursprung solcher Entwicklungen meist gar nicht genau feststellbar ist, weil die Wirkungsketten komplex sind und sich oft im Nebel der Globalisierung verlieren, ist dabei für die lokalen Handlungsspielräume ziemlich unerheblich.

Man könnte geneigt sein zu vermuten, dass Globalisierung sich auf Stadtentwicklung umso tiefer und umso schneller auswirkt, je mehr eine Stadt in die Weltwirtschaft eingebunden ist – dies ist der Versuch, aus der Global Cities-Diskussion eine wissenschaftlich gehaltvolle Hypothese zu gewinnen. Aber schon kommen Zweifel: Ist nicht gerade das letzte Dorf, das keinerlei Bindungen an irgendeine Art von Weltwirtschaft, Weltpolitik oder Weltökologie kennt, den Bedingungen der Globalisierung besonders hilflos unterworfen? Wäre nicht die Alternativhypothese zumindest ebenso plausibel, nach der Städte und Regionen mit ausreichend großer Bevölkerung, mit differenzierter Unternehmensstruktur, mit relativ geschlossenen Wirtschaftskreisläufen widerstandsfähiger wären gegen die zufälligen, spekulativen, unkalkulierbaren Entwicklungen der Weltwirtschaft? Wie wären solche Vermutungen zu operationalisieren, wie zu überprüfen?

Die Schwierigkeit, „überlokale“ Einflüsse auf Stadtentwicklung operabel zu definieren, bedeutet weder, dass es diese nicht gibt, noch, dass sich daraus nicht vernünftige Hypothesen bzw. Prognosen gewinnen ließen. Die sind ja auch seit vielen Jahren immer wieder vorgetragen worden (z.B. „Unregierbarkeit der Städte“). Aus heute erkennbaren („überlokalen“) Entwicklungstrends spricht viel für die Vermutung, dass wir in Europa mit einer weiteren Konzentration von Kapital, Unternehmen, Infrastrukturen, Dienstleistungen und folglich auch Menschen im Bereich der „Blauen Banane“ (der Verdichtungszone, die sich von Südostengland über die Rheinschiene bis in die Lombardei zieht) rechnen müssen und dass folglich die dazu peripheren Regionen (mit Ausnahme von „Ausreißern“ wie Paris oder Berlin) tendenziell Entleerungsgebiete sein werden. In der Tat lassen sich in diesen Regionen Desinvestitionen sowohl privater Unternehmen als auch öffentlicher und privater Infrastrukturen feststellen (Post, Bahn, Nahverkehr, Einzelhandel, Schulen, Gesundheitswesen) und weitere Standortnachteile (z.B. Verteuerung der Strompreise für ländliche Regionen in liberalisierten Energiemärkten) für die Zukunft vermuten. Die Negativ-Spirale ist doch klar erkennbar, sie ist theoretisch fundiert und die empirischen Indikatoren liegen vor. Dagegen wirken die BürgermeisterInnenträume wie das Pfeifen im Walde.

Zunächst einmal brauchen TNU, neben günstigen Profitbedingungen und leichtem Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten, eine gut ausgebaute technische und soziale Infrastruktur und ein leicht erreichbares Netz an unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Dies alleine erklärt, weshalb ländliche Regionen trotz aller Vorteile, die sie oberflächlich bieten mögen, als Standorte in der Regel ausscheiden. Es erklärt auch die geringe Attraktivität fast aller Standorte in Ländern der Dritten Welt. Sie werden trotz niedrigerer Löhne als Standorte für Betriebe extern kontrollierter Unternehmen immer weniger attraktiv. Das kann ja bei sinkenden Lohnstückkosten niemanden ernsthaft erstaunen. Also bleibt jüngeren Menschen unter gegebenen Bedingungen nur die Abwanderung – die zirkulär-kumulative Spirale in die passive Sanierung kommt in Gang, die Gunnar Myrdal (1974) theoretisch begründet hat.

Dies vorauszusagen ist ebensowenig schwierig wie die Vorhersage von Gewalt, Extremismus und Krankheit in der Folge von sozio-ökonomischen Polarisierungen. Das ist ja auch vielfach geschehen. Das Problem ist nicht, dass wir nicht wüßten, was unter vorhersehbaren Bedingungen geschehen wird, sondern dass wir trotz dieses Wissens auf dem falschen Weg fortfahren. „Wer in der Werbung täglich vorgegaukelt bekommt, was für ein ‘normales Leben’ nötig ist, aber keine Chance hat, dies durch ehrliche Arbeit zu erreichen – und wer gleichzeitig erlebt, wie die Aktienkurse explodieren, wie sich durch Spekulation riesige arbeitslose Einkünfte ansammeln – wie wird der reagieren? Wer die soziale Polarisierung weiter vorantreibt, der wird in ihrem Gefolge Korruption und Kriminalität, Gewalt und Krankheit, Extremismus und Rassismus finden. Das ist nicht schwer zu prognostizieren. Leute aus der Ecke der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik werden von solchen Phänomenen nicht etwa überrascht, sie kennen sie vielmehr und nehmen sie billigend in Kauf.“ (Hamm 1999, 376)

Freilich ist der Standortvorteil der „Blauen Banane“ weder absolut noch dauerhaft: Der Kostendruck, unter den auch TNU's gesetzt werden, führt zu grundsätzlich prekären Ansiedlungs-, Beschäftigungs- und Einkommensverhältnissen, so dass sich auch dort die sozio-ökonomische Polarisierung weiter fortsetzen wird. Ein „informeller“ wird neben dem „formellen“ Sektor schon deshalb entstehen müssen (faktisch gibt es ihn längst), weil die sinkenden und nicht mehr gleichmäßig fließenden Einkommen Überlebensstrategien (z.B. Schwarzarbeit) erzwingen. Während die in den peripheren Regionen sich ausbreitende Armut eher schleichend und schweigend um sich greift, werden die Polarisierungen in den Agglomerationszonen zu heftigen und gewalttätigen Konflikten führen. Hunderte von empirischen Studien über Prozesse der sozialräumlichen Segregation belegen zweifelsfrei den engen Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Ungleichheit (vgl. Harth/Herlyn/Scheller 1998 und für die Städte in Ostdeutschland, auch die Synthesen bei Dangschat 1998, 1999). Sie beweisen auch, dass ethnisch-kulturelle Segregation nicht per se ein soziales Problem ist bzw. zu Konflikten führt, sondern dass dies vom Ausmaß der Ungleichverteilung in einer Gesellschaft **Stadtentwicklungspolitik wird zum Stadtmarketing** abhängt. Da fehlt es

keineswegs an Forschung und Information – es fehlt am politischen Willen, diese Erkenntnis (wie viele andere) auf praktisch wirkungsvolle Weise anzuwenden.

Die Stadtverwaltungen, sich im Schraubstock interkommunaler Konkurrenz wädhend, haben andere Sorgen. Den Ausfällen bei der Gewerbesteuer, der Arbeitslosigkeit und der Senkung der Realeinkommen, den von höheren Ebenen aufgezwungenen Einsparübungen stehen höhere Kosten aus den Vorleistungen an Unternehmen, an Sozialausgaben gegenüber, die die Handlungsspielräume gegen Null schrumpfen lassen. Und dabei fehlt es den Städten keineswegs an Phantasie: Straßen werden gesperrt, Reparaturen aufgeschoben, Brunnen der Pflege privater Unternehmen übergeben, gekürzt und gespart wird ohnehin an allen Enden, auch Stellen eingespart. Dabei ist erkennbar, dass so das Problem nicht zu lösen ist, dass es sich vielmehr weiter verschärfen muss. „Das Schicksal von Städten wird Manipuliermasse im Kalkül anderer. Vormals öffentliche Aufgaben werden von privaten Interessenten übernommen, während wir beschönigend solche Privatisierung als Verwaltungsreform feiern. Was werden wir gewonnen haben, wenn der Industrie und privaten Sponsoren endgültig die Entscheidung darüber eingeräumt wird, was städtische Kultur sei? Wer kann ernsthaft wollen, dass Menge und Qualität städtischen Trinkwassers vom Verwertungskalkül privater Unternehmen abhängen? Werden der Privatisierung der Gefängnisse (wie in Großbritannien oder den USA) bald auch Privatgefängnisse großer Konzerne folgen?“ (Hamm 1999, 379).

Das „Neue Steuerungsmodell“, erzwungen vom Diktat der Kostensenkung, antwortet auf die neuen Anforderungen damit, dass es einerseits die „Kundenfreundlichkeit“ erhöht (was gewiss an der Zeit ist), andererseits die Fachressorts in betriebswirtschaftlicher Logik zu Unternehmenseinheiten umbauen will, die für ihr eigenes Budget und für ihren eigenen

Betriebserfolg verantwortlich sind („profit centers“). Selbst innerhalb z.B. der Stadtwerke soll die Quersubventionierung zwischen Energie und Verkehr nicht mehr möglich sein, die bis anhin als Vorteil gesehen wurde. Das ist nachvollziehbar, zumal wenn sich in den Energiebereich große Energieversorgungsunternehmen eingekauft haben, aber es ist nicht vernünftig. Wo immer möglich wird privatisiert, nicht nur an Aufgaben, sondern vor allem an Vermögen. Mit den Erlösen werden die Gewinne privater, profitorientierter Unternehmen finanziert bzw. Haushaltslöcher gestopft. Die Verselbstständigung der Ressorts bedeutet faktisch, dass die Ressortegoismen gestärkt, die Integration der Fachpolitiken auf gemeinsame Ziele hin noch schwieriger geworden ist – das Leitbild integrierter Stadtentwicklungspolitik wird zum dünnen Aufguss des „Stadtmarketing“ verwässert. Wie kaum ein anderer signalisiert dieser Begriff die neo-liberale Logik, die hier durchgesetzt werden soll: Die Städte sollen sich den Unternehmen devot anbieten, ihre Standortvorteile, also deren Profitchancen, zum zentralen Kriterium kommunaler Politik machen. Die Hoffnung auf Investitionen, Beschäftigung und Steuereinkünfte erfüllt sich selten. Bilanziert man die tatsächlich erreichten Effekte neuer Ansiedlungen (wo es sie denn überhaupt gibt), dann überwiegen die Vorleistungen in der Regel bei weitem, die Nettogewinne bleiben bei den Unternehmen, die Verluste werden sozialisiert. Dabei insistiert Stadtpolitik – übrigens nahezu unabhängig von der Mehrheitspartei – in uniformer ideologischer Verblendung darauf, dass es Alternativen angesichts der Globalisierung nicht gebe.

Ganz gewiss hätte es ohne diese ideologischen Nebelbomben ausreichend Gründe dafür gegeben, die völlig überbürokratisierten öffentlichen Institutionen und Verfahren zu entrümpeln, zu deregulieren, zu privatisieren. Der Rückbau von Herrschaft, von Kontrollmechanismen, die Zähmung des Amtsschimmels hätte im Interesse der Mehrheit der Menschen in der Tat einen hohen Stellenwert einnehmen können. Aber das hätte natürlich Arbeitsplätze gekostet. Abgebaut aber wurden zuerst demokratische Beteiligungs- und Einwirkungsmechanismen, so z.B. mit der Vereinfachung der Bauleitplanung und der Baugenehmigungsverfahren. Keine dieser Einsichten ist übrigens neu. Obgleich dies alles vorhersehbar ist und seit vielen Jahren vorhergesehen wird, ist keine durchsetzungsfähige Koalition in Sicht, die in der Lage und willens wäre, die Trends zu verändern.

Ironischerweise ist auch der einzige Widerstand, der sich gegen diese Entwicklungen richtet, ein Ausfluss von Globalisierung: Die Lokale Agenda 21, die als überraschendes und innovatives Element sich an vielen Orten als Bewegung der BürgerInnen regt, ist von der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung mit der Agenda 21 in Gang gebracht worden. Dort wird vorgeschrieben (Kap. 28), in einer breiten Konsultation mit den BürgerInnen sollten die Städte und Gemeinden über den richtigen Weg entscheiden, die Agenda 21 auf kommunaler Ebene umzusetzen. Da sind es ja die BürgerInnen, die nun plötzlich und überraschend Globalisierung einfordern, wo die Regierungen sie verweigern wollten. Da protestiert nun die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen gegen die vielen Formen der Ausbeutung und für Gemeinwohl, ein globales nämlich.

3 Globalisierung als Folge von Stadtentwicklung

Alles, was wir über globale Krisen herausfinden können, hat seine Ursachen in Vorgängen auf der lokalen Ebene. Es gibt keine Extraktion, keinen Verbrauch, keine Belastung natürlicher Ressourcen, die nicht an einem bestimmbar Ort und nach den dort spezifischen Bedingungen und Regeln stattfänden. Wie korrupt auch immer die nationale Regierung Kambodschas sein mag, die Vernichtung der Wälder, aus denen sie wie vor ihr schon die Roten Khmer ihre Profite zieht, ist am Ende ein lokaler Vorgang. Ereignisse oder Prozesse, die im Einzelfall relativ bedeutungslos erscheinen, können sich dennoch zu globalen Problemen, etwa dem Ozonloch, dem Treibhauseffekt, der Vernichtung der Artenvielfalt aufsummieren. Das soll nicht verwischen, dass die Herausbildung von Transnationalen Unternehmen eine Enträumlichung von Unternehmensentscheidungen zur Folge hat, dass es internationale Regime und Finanzbeziehungen gibt, dass Kostendruck nach unten weitergegeben wird. Der Shareholder Value lässt sich räumlich nicht definieren. Seine Maximierung aber bedeutet konkret, am Ort des TNU-beherrschten Betriebes, Kostensenkung zu Lasten von Menschen und Umwelt. Lokale Politik kann europäische, nationale oder Länderpolitik nicht ersetzen, aber sie muss sie in Praxis umsetzen, und sie hat dabei eigene Spielräume und Möglichkeiten der Gewichtung. Was auf der lokalen Ebene nicht geschieht, kann zur globalen Lösung nicht beitragen. Auch wenn wir zögern, die Tatsache anzuerkennen: Die wahre Einheit der Welt besteht darin, dass eben doch alles mit allem zusammenhängt, dass nichts geschieht, das nicht auch Folgen haben wird, dass es eben nicht gleichgültig ist, was wir lokal tun oder unterlassen. Alle Konsequenzen solcher Entscheidungen fallen schließlich auf einer lokalen Ebene an. Manche freilich werden erst räumlich und/oder zeitlich weit entfernt von ihrem Ursprungsort spürbar.

Da, nämlich lokal, wird gepokert um günstige Standortbedingungen – Gewerbesteuern, Grundstücke, Erschließung, Umweltauflagen, Arbeitsschutz etc. Da werden Städte gegeneinander ausgespielt, da wetteifern sie miteinander um die Rolle des Dienstleistungszentrums, Unterwürfigsten (und münzen dies gar noch in politische Tugend um). Bei aller Faszination, die von der Globalisierungsdebatte ausgehen mag, ist daher die Umkehrung der Fragestellung keineswegs nebensächlich, möglicherweise gar ein Schlüssel für zukunftsorientiertes Handeln.

Der Verweis auf Globalisierung muss meist dafür herhalten, die Alternativenlosigkeit des eigenen lokalen Handelns zu begründen; kaum einE BürgermeisterIn oder WirtschaftsdezernentIn, der/die nicht von diesem Argument Gebrauch gemacht hätte, um auf möglichst günstige Standortbedingungen für Unternehmen, auf Stadtmarketing hinzuwirken. Dass aber Städte und Gemeinden auch Verantwortung tragen für das Entstehen und das Fortbestehen globaler Krisen wird kaum diskutiert – darauf hat eindringlich

Mit dem Verweis auf Globalisierung wird die Alternativlosigkeit des eigenen lokalen Handelns begründet

erst die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro 1992) aufmerksam gemacht. In der dort von den Staats- und Regierungschefs unterzeichneten Agenda 21 wird dies formell anerkannt. Ihr Kapitel 28 ist Grundlage und Legitimation für eine der eindrucksvollsten BürgerInnenbewegungen geworden, die in den westlich-kapitalistischen Ländern beobachtet werden konnten. Kaum eine Stadt, kaum eine Gemeinde, kaum eine Region in diesem Teil der Welt wird nicht mit der Forderung nach einer Lokalen Agenda 21 (LA21) konfrontiert.

Etwa 3.000 Städte und Gemeinden in 65 Ländern haben mit einem LA21-Prozeß begonnen, viele davon sind in einem „fortgeschrittenen Stadium“ (International Council for Local Environmental Initiatives, ICLEI). Über 80 % aller Aktivitäten geschehen in elf (reichen) Ländern, wenige in Schwellenländern, kaum etwas in Entwicklungsländern. In Europa hat die Bewegung begonnen mit der „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“ (Aalborg-Charta), die im Mai 1994 von zunächst 80 Städten unterzeichnet wurde. Der „Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden“ gehören heute knapp 2.000 Kommunen an. Sie verpflichten sich, das Mandat des Kapitels 28 der Agenda 21 zu erfüllen und die LA21 zu einem verbindlichen Bestandteil der Kommunalpolitik zu machen. In Deutschland hat die erste LA21-Veranstaltung in Köpenick 1995 stattgefunden (dort haben sich seither viele Engagierte der ersten Stunde inzwischen frustriert aus dem Prozess zurückgezogen). Inzwischen sehen 600 Städte und Gemeinden (das sind weniger als 4 % der 16.000 deutschen Gemeinden) die Entwicklung einer LA21 als ihre Aufgabe an, was freilich praktisch eine grosse Bandbreite von faktischem Handeln einschließt. Es gibt eine Unzahl von Arbeitskreisen und Foren, von öffentlichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen; Projektteams und Runde Tische werden gebildet, Fachbeiräte und Ideenwerkstätten in Gang gebracht, Konzeptpapiere, Leitlinien und Handlungsprogramme werden geschrieben, es wird debattiert, vernetzt und koordiniert, unterschrieben und verabschiedet, berichtet, getagt und moderiert, Konsultationen werden durchgeführt und Konfliktlösungsmechanismen ausprobiert, manchmal sogar Gelder bewilligt. Da werden Mittel bereitgestellt und (Agenda-)Büros eingerichtet, Energiebilanzen erstellt, Beteiligung organisiert. Kaum eine Stadt, die nicht auf entschiedene Aktivität verweisen kann.

Und dennoch: Selbst die Dinge, die von den Städten in eigener Kompetenz und Verantwortung geschehen könnten (z.B. Ökologisierung der Rathäuser und öffentlichen Gebäude nach dem Stand der technischen Möglichkeiten), geschehen selten oder nicht. Dem Aktivismus auf dem Papier steht wenig praktisches Handeln gegenüber. Häufig entsteht der Eindruck, dass das Verfassen von Berichten, das Herbeiführen von Stadtratsbeschlüssen, die Einrichtung von LA21-Beauftragten oder die Bereitstellung finanzieller Mittel wirkungsvolle praktische Aktionen nicht vorbereiten, sondern ersetzen.

In vielen Städten erscheint LA21 lediglich als ein neues Etikett für etwas, das sie in den Fachressorts „schon immer gemacht haben“ (Verkehrsplanung, Stadtplanung etc.), und das sich auch nicht wirklich verändert. Die für einen wirkungsvollen LA21-Prozess nötige

Integration der Ressortpolitiken auf das Ziel Ressourcenschonung hin findet nicht statt. Vielmehr werden unter den neuen Modellen der Verwaltungsorganisation („Neues Steuerungsmodell“) die Fachressorts gestärkt und verselbständigt mit der Folge, dass sich ihre Politiken teilweise wechselseitig aufheben. Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing treten in den Vordergrund. Die von der LA21 beabsichtigte langfristige kommunale Wirtschaftspolitik fällt den kurzfristigen Wachstumszwängen der Unternehmen und der Ansiedlungskonkurrenz zwischen den Kommunen zum Opfer. Umweltbeauftragte mit in der Regel schwachen Kompetenzen und Mitteln sind zur Ressortintegration gar nicht in der Lage, müssen aber in der Öffentlichkeit das wenige, das sie tun können, stellvertretend für die ganze Stadtverwaltung zum LA21-Erfolg herausputzen.

Die in der LA21 verlangte BürgerInnenbeteiligung findet entweder nicht statt, oder sie beschränkt sich weiterhin auf die ohnehin beteiligten organisierten Interessengruppen. Der globale Zusammenhang, der die LA21 begründet, ist dabei häufig unbekannt und unbewusst, noch häufiger abstrakt geblieben. Der übermäßige Ressourcenverbrauch der wohlhabenden Länder und die Tatsache, dass sie die Regeln der Weltwirtschaft diktieren, werden kaum thematisiert. In der öffentlichen Debatte wird Nachhaltige, Zukunftsfähige Entwicklung meist mit Umweltschutz verwechselt. Die ökonomische Dimension wird zu „nachhaltigem (im Sinn von stetigem) Wachstum“ in ihr Gegenteil verfälscht, die soziale Dimension verschwindet meist völlig, der Zusammenhang zwischen den Dimensionen geht verloren.

Zynikern erscheint die LA21-Debatte als bewusst zugestandene Spielwiese für arbeitslose SoziologInnen, GeographInnen, ModeratorInnen. Sie dürfen Erklärungen ausarbeiten, Berichte schreiben, Handlungskonzepte entwerfen – folgenlos. Folgenlos einmal, weil nicht nur die Mittel, sondern auch der politische Wille zur Durchsetzung fehlen. Folgenlos aber auch, weil die Rahmenbedingungen und das ideologische Umfeld solches Handeln meist gar nicht erlauben. Selbst ein Stadtratsbeschluss verändert noch nicht die Wirklichkeit, gibt den Gruppen aber das Gefühl, Einfluss genommen zu haben. Ziel ist es, arbeitslose AkademikerInnen ruhigzustellen und zu beschäftigen, ohne dass sie damit viel „Schaden“ anrichten. Sollte dies dennoch praktisch Folgen nach sich ziehen, lässt sich ein anderes Thema erfinden, auf das man die Meute hetzen kann.

Wer noch nicht alle Hoffnung aufgegeben hat, wird einer anderen Interpretation zuneigen: Die Bundesregierung war zwar entschlossen, ihrer Unterschrift unter die Agenda 21 kein Handeln folgen zu lassen – aber die Gesellschaft folgt ihr gerade darin nicht, im Gegenteil übt sie zivilen Ungehorsam, stößt und drückt und fordert sie, dass die Selbstverpflichtung auch eingelöst wird. Dafür spricht, dass in den weitaus meisten Fällen die LA21-Debatte von zivilgesellschaftlichen Gruppen angestoßen wird und die Verwaltungen sich dieser Diskussion nur zögerlich und widerwillig stellen. Dann wird man die bestehende Diskrepanz zwischen Erklärungen einerseits und Handeln andererseits verstehen müssen als Ausdruck eines weitherum bereits veränderten Bewusstseins, das den Nährboden bereitet für die Reformen, die unumgänglich sein werden, denen sich aber die

Entscheidungseliten (noch) verschließen. Dann wäre ein neues, ein stark zivilgesellschaftlich orientiertes Gesellschaftsmodell bereits im Aufbau, während die „Dinosaurier“ der alten Gesellschaft im blinden „Rette-sich-wer-kann“ versuchen, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen

4 Wohin müssen wir wollen?

Die auf den Prinzipien Marktwirtschaft und Mehrheitsdemokratie gebaute Weltgesellschaft mag zwar, gemessen an den üblichen Indikatoren, wirtschaftlich erfolgreich sein, sie ist aber nicht zukunftsfähig (sustainable): Weder garantiert sie allen Menschen ein würdiges Auskommen, noch demokratische Teilhabe, noch ist sie in der Lage, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Im Gegenteil: Alle Indikatoren deuten auf eine scharfe Polarisierung zwischen Arm und Reich hin, die Zerstörung der Umwelt schreitet ungebremst fort, Verletzungen der Menschenrechte nehmen zu. Diese Weltgesellschaft läßt zugleich mit dem Prozeß ihres Entstehens Symptome einer tiefen Krise erkennen. Sie ist zutiefst gespalten, von Verteilungskämpfen erschüttert, und sie lebt auf Kosten künftiger Generationen.

Ein Status-quo-Szenario für die Entwicklung der Städte ist nicht schwer abzuleiten: Die weltweite Konzentration von Unternehmen wird sich in Form weiterer Filialisierung, die weltweite Spekulation wird sich in Form von steigendem Kostendruck, die weltweite Polarisierung von Arm und Reich wird sich als lokale und regionale Polarisierung und Zunahme von Migrationsströmen, die Staatsverschuldung wird sich als fortgesetzte Verarmung der öffentlichen Haushalte und Abnahme der Handlungsfähigkeit niederschlagen, was immer die sonstigen Bedingungen sein mögen. Wer die soziale Polarisierung weiter vorantreibt bzw. nicht verhindert, der wird in ihrem Gefolge Korruption und Kriminalität, Gewalt und Krankheit, Extremismus und Rassismus finden. Das ist nicht schwer zu prognostizieren. All dies steht dem Ziel einer zukunftsfähigen Entwicklung der Städte und Regionen entgegen.

In der abnehmenden Steuerungsfähigkeit liegt aber auch eine Chance: Die Zivilgesellschaft bekommt Luft zur Abkopplung, Selbstorganisation und Ressourcenschonung, und dies ist unter friedlichen Bedingungen möglich, wenn der Staat die verbleibende Handlungsfähigkeit insbesondere dem sozialen Ausgleich widmet (Hamm, Neumann 1996).

Daraus ergeben sich definierbare Aufgaben, die sich nicht an eine sozialwissenschaftliche Teildisziplin, sondern an die Sozialwissenschaften insgesamt richten:

Was ist das: die gute, die erstrebenswerte, die lebens-, gar die liebenswerte, die nachhaltige Stadt? Wie müssen wir Stadtentwicklung – als kollektive Aufgabe – orientieren, um eine Chance zu haben, sie gegen die bestehenden Trends hin zu ökologischer Nachhaltigkeit, ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit zu beeinflussen? Wie

gewinnen wir daraus Handlungsorientierungen für die Praxis? Was nützt uns unser Verständnis von Gesetzen der Stadtentwicklung, wie können wir sie für die Gestaltung lebenswerter Zukünfte einsetzen? Die Städte und Gemeinden, und damit die Lokale Agenda 21, sind von entscheidender Bedeutung für jede Lösung des Problems globaler Zukunftsfähigkeit. Das ist der Sinn der Formel „global denken, lokal handeln“.

Stadt ist die den heutigen (historischen) Menschen spezifische Weise, ihren Stoffwechsel mit der Natur zu organisieren. Ökologisch angemessen wäre eine Definition von Stadt, die am Stoff- und Energiedurchsatz ansetzt. Alles, was Stadtmenschen zum Überleben benötigen, muß importiert werden, und alles, was sie ausscheiden, wird exportiert. Stadt ist Stoffwechsel, Metabolismus. Zukunftsfähige Stadtentwicklung heißt daher, das Stoffwechselorgan „Stadt“ mit einem möglichst geringen Durchsatz an natürlichen Ressourcen zu betreiben. Wir wissen sehr wohl, was geschehen müsste; aber es handelt sich um einen Konsens per Abstraktion. Wer hätte schon ernsthaft vorgeschlagen, den Verbrauch fossiler Energieträger auf Null zu reduzieren? Wie ließe sich die Regenerationsfähigkeit von Pflanzen in den zulässigen Bedarf an Papier etwa der europäischen Werbeindustrie umrechnen?

Zudem geht es nicht nur darum, nach innen den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu minimieren; gleichzeitig müssen global die Bedingungen für einen gerechten Ausgleich geschaffen werden, und dies verlangt nach einer drastischen Änderung in der internationalen Politik der westlichen Länder insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen (G 7, IWF, Weltbank, GATT/WTO, OECD etc.), aber auch in vielen bilateralen Beziehungen (Entwicklungshilfe). Die Agenda 21 bietet einen reichhaltigen Katalog der notwendigen Maßnahmen. Das alles wird, wenn wir es ernsthaft angehen, unsere Länder Arbeitsplätze und Einkommen kosten. Das ist im Kern auch richtig, weil wir in global nicht verantwortbarem „Luxus“ leben – aber es verschärft die Verteilungskämpfe in unseren Gesellschaften. Dieser Konflikt muss bewältigt werden in Gesellschaften, die in Zukunft nicht mehr auf Vollbeschäftigung hoffen können.

notwendig ist ein Wandel der Planungskulturen

Zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung wird nur wirklich und praktisch wirksam in Gang kommen, wenn es gelingt, (a) stärker auf Selbstversorgung und Selbstorganisation zu setzen, (b) dafür geeignete infrastrukturelle Bedingungen herzustellen, (c) Nachhaltigkeit und die Lösung des Beschäftigungsproblems miteinander zu verknüpfen, (d) einen Kontrollmechanismus zur Darstellung der Fortschritte nach innen und für die Öffentlichkeit zu schaffen. Das ist möglich, wenn auch nicht unter neoliberalen Vorgaben. Es fehlt dazu weder an technischen Rezepten und rechtlichen Instrumenten, noch an der Zugänglichkeit von Informationen, noch am nötigen Bewusstsein der Bevölkerung. Die Niedrigenergie-Stadt, die Stadt der kurzen Wege, die abfallarme Stadt, die Stadt des Neuen Wohlstandsmodells – sie ist möglich, aber sie entsteht nicht von selbst und schon gar nicht aus den „Marktkräften“. Die wichtigste ungelöste Frage richtet

sich auf die Gestaltbarkeit der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die praktische Anwendung des vorhandenen ökologischen Wissens wahrscheinlich wird. Es fehlt entschieden am nötigen Bewusstsein der politischen Klasse, am politischen Willen, am Denken über Wahlperioden hinaus. Die politische Klasse weigert sich, ihre ureigene Aufgabe wahrzunehmen: Perspektiven zu entwickeln, wie Städte unter den erkennbaren Anforderungen der Zukunft lebenswert für alle gestaltet werden können. Wahrscheinlich wird es nötig sein, dafür auch die Entscheidungsprozesse selbst zu reformieren.

Notwendig ist ein Wandel von Planungskulturen. Wie kommen wir weg von der obrigkeitstaatlichen, anmaßenden Planung von oben, die faktisch nur das Gekungel in den Hinterzimmern deckt? Unter welchen Bedingungen lassen sich die Mitentscheidungsanforderungen der Bevölkerung erweitern? Wie lässt sich der lokale Sachverstand nutzen? Welche Rollen können InvestorInnen, ArchitektInnen, PlanerInnen, MeinungsführerInnen dabei spielen, auf welche Widerstände werden sie dabei treffen? Wie lassen sich die übermächtigen Profitinteressen bändigen, den Interessen und Nöten der lokalen Bevölkerungen mehr Gewicht verschaffen (empowerment)? Welche institutionellen Änderungen sind dafür nötig – vom Boden-, Bau- und Planungsrecht bis zu den Partizipationsverfahren, von den Ausbildungsinhalten bis zu den Honorarordnungen der Architekten, Ingenieure und Juristen, und in den politischen Kulturen der beteiligten Ebenen? Ist Deregulierung geeignet, empowerment zu begünstigen, und wie müsste sie dann betrieben werden? Wie begründet sich die Forderung nach Partizipation, wenn demokratisch gewählte Körperschaften ihren Auftrag gewissenhaft erfüllen? Damit kommt eine Debatte wieder auf, die in den sechziger und frühen siebziger Jahren überaus intensiv geführt, die aber faktisch im Gefolge des ersten Ölpreisschocks 1974 abgebrochen wurde.

Wenn der eigentliche Engpass in der Kluft zwischen verfügbarem Wissen auf der einen, möglichem Handeln auf der anderen Seite liegt, dann spricht dies für die Vermutung, dass wichtige Aspekte gesellschaftlicher Organisation: Interessen und die Chance ihrer Durchsetzung, Macht, Entscheidungsprozesse bisher zu wenig Beachtung gefunden haben. SozialwissenschaftlerInnen haben in der Regel eine überaus naive Vorstellung von solchen Vorgängen, und sie werden auch nur sehr selten Gegenstand empirischer Untersuchungen (als wichtige Ausnahme erwähne ich Scheuch und Scheuch 1992). Spätestens seit David Harvey (1973) sind diese Themen auch in die Geographie eingeführt worden. Es geht mir dabei weniger um die Frage, auf welche Weise sich der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis von Politik und Wirtschaft verbessern ließe, als um ein wissenschaftliches Verständnis dieser Praxis selbst. Das aber wäre eine wichtige Grundlage für die Forderung nach mehr Transparenz, Demokratie, Beteiligung, für die Fortsetzung des Projekts der Aufklärung.

Wir müssen uns danach fragen, ob wir selbst nicht mehr Teil des Problems als Teil seiner Lösung sind. Wir waren und sind relativ erfolgreich, wenn es darum geht, gesellschaftliche Probleme und Krisen für unsere eigenen Zwecke auszubeuten, und sind damit

am Fortbestehen solcher Probleme interessiert. Das vorherrschende analytisch-positivistische wissenschaftstheoretische Paradigma unterstützt diese Haltung. Aber es hat auch wenig zu praktischen Problemlösungen, gar zu solchen von der Dimension des Sustainability-Problems, beizutragen. In den Sozialwissenschaften ist eine erneute Debatte darüber nötig, wo die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieses Paradigmas liegen und welche Alternativen auf welchen Wegen gefördert werden könnten. Der Positivismusstreit (Adorno et al. 1968) ist keineswegs zu Ende. Auch wenn er derzeit kaum geführt wird, sei doch an m.E. mehr (z.B. Wallerstein 1995) oder weniger (z.B. Gerstein et al. 1988) fruchtbare Beiträge dazu erinnert.

Es scheint mir nötig, in die Sozialwissenschaften eine stärkere Zukunftsorientierung einzuführen in dem Sinn, dass wir unsere Fragestellungen in Lehre, Forschung und Beratung weniger an vergangenen Entwicklungen und mehr an vor uns liegenden Szenarien und Aufgaben orientieren. Dabei sollten Futures Studies (Masini 1993) – nur missverständlich übersetzbar als Zukunftsforschung oder Futurologie – weniger zu einer neuen Spezialdisziplin als vielmehr zu einem selbstverständlichen Element allen sozialwissenschaftlichen Denkens werden. Besonderes Gewicht sollte auf heute schon erkennbaren strukturellen Wandlungen einerseits, auf Brüche und diskontinuierliche Entwicklungen und die alternativen Wege, die sie eröffnen, andererseits gelegt werden.

Schließlich sollten SozialwissenschaftlerInnen sich auch als Lobby organisieren und auftreten können, wenn sie besonders wichtige Projekte vorzuschlagen haben, denen sonst wenig Gehör geschenkt wird. Ich will ein Beispiel für ein solches Projekt nennen: Die physisch-bauliche Infrastruktur in den Städten der früher sozialistischen Länder ist überwiegend in einem bejammernswerten Zustand. Das hat nicht nur Auswirkungen auf den Alltag der dort Lebenden und Arbeitenden, es folgen daraus auch enorme Belastungen für die globale Ökologie. Es wäre überaus wichtig, wenn der Transformationsprozess mit allen damit verbundenen Finanzierungs- und Beratungshilfen in den Dienst der ökologischen Sanierung der Städte gestellt würde, verbunden mit der damit erforderlichen Ausbildung von Handwerkern, der Beschäftigung von Arbeitslosen, der Schulung von Jugendlichen. Es wäre verheerend, wenn der bestehende gigantische Erneuerungsbedarf verschleppt oder wenn er nach Rezepten der Vergangenheit angegangen würde.

Bei aller kritischen Distanz gegenüber der bisherigen wissenschaftlichen Behandlung des Problems, auf welche Weise künftigen Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen werden könnte, bleiben daher viele Fragen, die gründlicher sozialwissenschaftlicher Behandlung bedürfen. Aber sie dürften nur von einer anderen Sozialwissenschaft zu bewältigen sein als der, die wir hier und heute vorfinden.

Literatur

- Adorno, T. W. et al. (Hg.) 1968: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Darmstadt.
- Andersen, N. 1961: Die Stadt als Objekt und als Paradigma. In: R. König (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 1. Stuttgart.
- Atteslander, P., B. Hamm (Hg.) 1974: Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln.
- Bartels, D. 1970: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Wirtschafts- und Sozialgeographie. Köln.
- Bogue, D. 1948: The Structure of the Metropolitan Community: A Study of Dominance and Subdominance. Ann Arbor.
- Burgess, E. W. 1925: The Growth of the City. In: R. E. Park, E. W. Burgess, R. D. McKenzie (Hg.): The City. Chicago.
- Castells, M. 1973: La question urbaine. Paris.
- Dangschat, J. 1998: Segregation. In: H. Häußermann (Hg.): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen.
- Dangschat, J. (Hg.) 1999: Modernisierte Stadt – gesplante Gesellschaft. Opladen.
- Duncan, O. D. 1959: Human Ecology and Population Studies. In: P. M. Hauser (Hg.): The Study of Population. Chicago.
- Friedmann, J., G. Wolff 1982: World City Formation: An agenda for research and action. International Journal for Urban and Regional Research 6. S. 309-344.
- Friedmann, J., 1986: The World City Hypothesis. Development and Change 17. S. 69-83.
- Gerstein, D.R. et al. (Hg.) 1988: Sozialwissenschaften für morgen. Berlin.
- Gibbs, J. P., W. T. Martin 1958: Urbanization and Natural Resources. American Sociological Review 23. S. 266-277.
- Gibbs, J. P., W. T. Martin 1959: Toward a Theoretical System of Human Ecology. Pacific Sociological Review 2. S. 29-36.
- Gibbs, J. P., W. T. Martin 1962: Urbanization, Technology, and the Division of Labor. American Sociological Review 27. S. 667-677.
- Hall, P. 1966: World Cities. London.
- Hamm, B. 1982: Social Area Analysis and Factorial Ecology: A Review of Substantive Findings. In: G. A. Theodorson (Hg.): Urban Patterns. University Park.
- Hamm, B. 1984: Aktuelle Probleme sozialökologischer Analyse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36. S. 277-292.
- Hamm, B. 1987: Soziale Segregation im internationalen Vergleich. (=SRP Arbeitspapier Nr. 12) Trier.
- Hamm, B. 1996: Struktur moderner Gesellschaften. Ökologische Soziologie. Band 1. Opladen.
- Hamm, B. 1998a: Internationale Verflechtung und Globalisierung. In: B. Schäfers und W. Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen.
- Hamm, B. 1998b: Ökologie und die Zukunft der Stadt. In: U. E. Simonis et al. (Hg.):

- Jahrbuch Ökologie 1999. München.
- Hamm, B. 1999: Globale Entwicklungstendenzen und Krisen. In: W. Glatzer, I. Ostner (Hg.): Deutschland im Wandel – sozialstrukturelle Analysen. Opladen.
- Hamm, B., I. Neumann 1996: Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie. Ökologische Soziologie Band 2. Opladen.
- Harth, A., U. Herlyn, G. Scheller (Hg.) 1998: Segregation in ostdeutschen Städten. Opladen.
- Harvey, D. 1973: Social Justice and the City. Baltimore
- Hauchler, I. (Hg.): Globale Trends 1998. Frankfurt/M.
- Häußermann, H., F. Roost, 1998: Globalisierung, Global City. In: H. Häußermann (Hg.): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen.
- INURA (International Network for Urban Research and Action) (Hg.) 1998: Possible Urban Worlds. Urban Strategies at the Ende of the 20th Century. Basel.
- Läpple, D. 1998: Ökonomie. In: H. Häußermann (Hg.): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen.
- Masini, E. B. 1993: Why Futures Studies? London.
- Myrdal, G. 1974: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Frankfurt/M.
- Oswald, H. 1962: Die überschätzte Stadt. Freiburg.
- Quinn, J. A. 1950: Human Ecology. New York.
- Portes, A., H. L. Browning 1976: Current Perspectives in Latin American Urban Research. Austin.
- Riemer, S. A. 1952: The Modern City. New York.
- Sassen, S. 1991: The Global City. Princeton.
- Saunders, P. 1981: Social Theory and the Urban Question. New York.
- Scheuch, E. W., U. Scheuch 1992: Cliques, Klüngel und Karrieren. Reinbek.
- Schwarte, M., C. Winkelkötter 1999: Perspektivenwechsel in der Geographie? Eine qualitative Studie zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis in der räumlichen Planung. (Diplomarbeit Uni Trier) Trier.
- Sly, D. F. 1972: Migration and the Ecological Complex. American Sociological Review 37. S. 615-628.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) 1996: Globale Trends 1996. Frankfurt/M.
- Theodorson, G. A. (Hg.) 1961: Studies in Human Ecology. Evanston.
- Theodorson, G. A. (Hg.) 1982: Urban Patterns. University Park.
- UNDP (United Nations Development Programme) 1996: Human Development Report. Geneva.
- Wackernagel, M., W. B. Rees 1997: Der ökologische Fußabdruck. Basel.
- Wallerstein, I. 1995: Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“. Weinheim.
- Wolff, R. 1999: Popular Planning in King's Cross, London. Kommunikative Vernunft im Stadtentwicklungsprozess. (Diss. ETH Zürich) Zürich.

Zygmunt Bauman ■

Local Orders, Global Chaos

Things are orderly, if they behave as you've expected them to; that is, if you may safely leave them out of account when planning your actions. This is the main attraction of order: security which comes from the ability to predict, with little or no error, what the results of your own actions will be. You may go after whatever you are going after, concentrating on what you yourself need to do and fearing no surprise: no obstacles which you could not, with modicum of effort, anticipate and so include in your calculation. To put it in a nutshell: things are in order if you do not need to worry about the order of things; things are orderly if you do not think, nor feel need to think, of order as a problem, let alone as a task. And once you start thinking of order, this is a sure sign that something, somewhere, is out of order: that things are going out of hand and so you must do something to bring them back in line.

Once you start thinking of order, you'll find out that what you are missing is clear and legible distribution of probabilities. There would be order, if not everything could happen, at least not everything could happen with equal probability; if some events were virtually bound to happen, some others were quite likely, some other yet utterly improbable, and all the rest were completely out of question. Were this is not the case and instead – as far as you can tell – there is a fifty-fifty chance of any event happening, you would say that there is chaos. If the possibility to predict and so to control the outcomes of your actions is the main attraction of order, the apparent lack of any link between what you do and what happens to you, between 'doing' and 'suffering', is what makes chaos odious, repugnant and frightening.

The less equal are the chances of the responses to your actions, the less random are your actions' effects – the more order, you would say, there is in the world. Any attempt to 'put things in order' boils down to *manipulating the probabilities of events*. This is what any culture does, or at least is supposed to do. Pierre Boulez said of art, that it transforms the improbable into the inevitable. What he said about art, applies to all sectors of culture. In the 'natural', culturally un-processed conditions, egg meeting bacon would be an event extremely rare and so improbable, almost a miracle; in England, however, in the 'good old times' when things stayed in place and everyone knew his or her place among them, the meeting of egg and bacon on the breakfast plate used to be all but inevitable, and only fools would put their bets on the meeting not happening.

The manipulating of probabilities and so conjuring up order out of chaos is the miracle daily performed by culture. More precisely: it is the routine performance of that miracle that we call culture. We speak of a 'cultural crisis' if the routine comes to be defied and is breached too often to be seen reliable, let alone be taken for granted.

Culture manipulates probabilities of events through the activity of *differentiating*. We all remember Claude Levi-Strauss' assertion that the first 'cultural act' in history was the splitting of the population of females – however uniform they could be in their reproductive potential – into women eligible for sexual intercourse and such as were not. Culture is the activity of making distinctions: of classifying, segregating, drawing boundaries – and so dividing people into categories internally united by similarity and externally separated by difference; and of differentiating the ranges of conduct assigned to the humans allocated to different categories. As Frederick Barth famously pointed out, what culture defines as difference, a difference significant enough to justify the separation of categories, is the *product* of boundary-drawing, not its *cause* or motive.

Uncertainty about the range of the legitimately anticipated conduct is, I suggest, the substance of that 'danger' which Mary Douglas discovered in the mixing of categories; the danger which people of all times and places tend to associate with humans and things 'sitting across the barricade', with beings which bear traits that should not appear together if the classifications were to retain their predictive, and so reassuring value. Their vexing habit of falling between, rather than fitting in categories, reveals conventionality, and so fragility, where 'objective reality', and so steadfastness, are assumed to reside. The very sight of what Mary Douglas, following Jean-Paul Sartre, dubbed 'slimy' beings, those stubborn 'in-betweens' that play havoc with the orderliness of the world and contaminate the purity of its divisions, is a keyhole-glimpse into the chaos which underlies every order and threatens to engulf it. The discovery of chaos beefs up the ordering zeal and the passions that surround the practice of order-building, order-repairing and order-protecting. The differentiating/segregating labours of culture would have brought little gain to the feeling of security, to that understanding which Ludwig Wittgenstein defined as the 'knowledge how to go on', unless complemented by the suppression of 'sliminess' – that is, of all things of uncertain origin, mixed status and unclear denomination: of ambivalence.

Since no attempt to accommodate the complexity of the world in neat and comprehensive divisions is likely to succeed, ambivalence is unlikely to be defeated and stop haunting the seekers of security. The opposite, rather, is on the cards: the more intense is desire for order and the fiercer are the efforts to install it, the greater will be the volume of ambivalent leftovers and the deeper the anxiety they will generate. There is little chance that order-building may ever reach its conclusion, being a self-propelling and self-intensifying concern which rebounds in a self-defeating activity.

Because of their unsavoury yet intimate connections with the state of uncertainty, the 'impurity' of classifications, the haziness of borderlines and the porousness of borders are

constant sources of fear and aggression inseparable from order-making and order-guarding exertions. Not the only source of conflict, though. Another was revealed by Michel Crozier in his eye-opening study of the 'bureaucratic phenomenon': that other source is *the use of the absence of order, of chaos, as the major weapon of power in its bid for domination*. The strategy of power struggle is to make oneself the unknown variable in the calculations of other people, while denying those others a similar role in one's own calculations. In simpler terms, this means that domination is achieved by removing the rules which constrain one's own freedom of choice, while at the same time imposing as many restrictive rules as possible upon the conduct of all the others. The wider is my range of manoeuvre, the greater is my power. The less freedom of choice I have, the weaker are my chances in the power-struggle.

'Order' emerges from this analysis as an agonistic and 'essentially contested' concept. Inside the same social setting the conceptions of order differ sharply. What is 'order' to people in power looks uncannily like chaos to the people they rule. In power-struggle it is always the other side which one would wish to make more 'orderly', more predictable; it is always the steps taken by the other side that one would want to routinize, to strip of all elements of contingency and surprise, while leaving to oneself the right to disregard routine and move erratically. Given the power-struggle, the order-building must be a conflict-ridden process.

Crozier's discovery, made in the context of what one may call 'closed systems' of bureaucratic institutions, reveals its full (and by the time of his study unanticipated) import in the conditions currently described under the rubric of 'globalization'. Let me remind you that the concept of 'globalization' has been coined to replace the long-established concept of 'universalization' once it had become apparent that the emergence of global links and networks had nothing of the intentional and controlled nature implied by the old concept. 'Globalization' stands for the processes seen as self-propelling, spontaneous and erratic, with no one sitting at the control desk and no one taking planning, let alone taking charge of the overall results. We may say with little exaggeration that the term 'globalization' stands for the disorderly nature of the processes which take place above the 'principally coordinated' territory administered by the 'highest level' of institutionalized power, that is sovereign states. In his insightful study of the 'New World Disorder' Kenneth Jowitt noticed the demise of the 'Joshua discourse' which overtly or tacitly assumed the law-abiding and essentially determined and pre-ordained universe, and its replacement with the 'Genesis discourse', which instead casts the world as a site of instability, change devoid of consistent direction, spontaneity and perpetual experimentation with uncertain and essentially unpredictable outcomes; in short, as the very opposition of the image of order.

'The new world disorder' dubbed 'globalization' has, however, one truly revolutionary effect: *devaluation of order as such*. Such eventuality could be glimpsed from Crozier's analysis, or indeed anticipated in view of the notorious self-undermining tendency of all

order-building – but only now it can be observed in all its many ramifications. In the globalizing world, *order becomes the index of powerlessness and subordination*. The new global power structure is operated by the oppositions between mobility and sedentariness, contingency and routine, rarity and density of constraints. It is as if the long stretch of history which began with the triumph of the settled over the nomads is now coming to its end... Globalization may be defined in many ways, but that of the ‘revenge of the nomads’ is as good as if not better than any other.

The strategy of power-struggle recorded by Michel Crozier, just like Jeremy Bentham’s panoptical model of social control, assumed mutual engagement of the rulers and the ruled. Imposition of norms and execution of normative regulation tied the controllers and the controlled to each other and made them inseparable. Both sides were, so to speak, tied to the ground: reproduction of power hierarchy required constant presence and confrontation. It is this reciprocal dependency, this perpetual mutual engagement which the new techniques of power which come to the fore in the era of globalization have rendered redundant. The new hierarchy of power is marked at the top by the ability to move fast and at short notice, and at the bottom by the inability to slow down, let alone to arrest the moves coupled with own immobility. Escape and evasion, lightness and volatility have replaced the weighty and ominous presence as the main techniques of domination.

No more is the ‘normative regulation’ necessary to secure domination. Those aspiring to rule could give a sigh of relief: normative regulation was a cumbersome, messy and costly technique, primitive and economically irrational and ruinous by contemporary standards. Its redundancy is felt as emancipation and is experienced by the global elite as the command of reason and a sign of progress. Lack of constraints, deregulation and flexibility seem a gigantic leap forward when compared with the costly and laborious methods of disciplining drill practiced in modern panopticons.

Thanks to the new techniques of disengagement, non-commitment, evasion and escape now at the disposal of the elites, the rest may be held in check, disabled and so deprived of its constraining power simply by the utter vulnerability and precariousness of their situation, with no need to ‘normatively regulate’ their conduct. The employees of a Ford-type factory could exercise their ‘nuisance’ power and force the managers to negotiate a bearable *modus vivendi* and to compromise as long as all sides gathered at the negotiation table knew that they as much as their counterparts have nowhere else to go and must see the bargain through. The owners and the shareholders depended for their income on the good will of the workers as much as the workers depended for their livelihood on the jobs they offered. This is no more the case; one side (but not the other) is painfully aware that the negotiation partners may leave the table at any moment; one more push and the mobile partners may simply take their belongings elsewhere and there will be no one left to negotiate with. For those in the handicapped and weaker position, the sole method to keep the mobile managers and volatile shareholders in place (and so to keep own jobs a bit longer) is to entice them to come and stay by a

convincing display of their own weakness and lack of resistance. Uncertainty in which the new mobility of the global elite has cast the multitude dependent on the elite's willingness to invest, has a self-perpetuating and a self-enhancing capacity. The rational strategies prompted by this kind of uncertainty deepen the insecurity instead of mitigating, and accelerate the disintegration of the normatively-regulated order.

'Précarité est aujourd'hui partout', concluded Pierre Bourdieu. Partly a result of the deliberate policy of 'precarisation' initiated by the supranational and increasingly exterritorial capital and meekly carried by the little-choice-left territorial state governments, and partly the sediment of the new logic of power-bids and self-defense, precariousness is today the major building block of global power-hierarchy and the main technique of social control. As Bourdieu pointed out, claims on the future are unlikely to be made unless the claimants have a firm hold on their present; and it is precisely the hold on the present that most of the inhabitants of the globalizing world most conspicuously lack.

They lack the hold on the present because the most important of factors which decide on their livelihood, social position, and the prospects of both are out of their hands; and there is pretty little or nothing that they can do, singly or severally, to bring these factors back under their control. The localities inhabited by them and other people in a similar plight are but airfields on which magnificent flying machines of the global fleet land and take off according to their own, unknown and inscrutable, flight schedules and itineraries; and it is that capricious air-traffic on which they have to rely for survival. And it is not just survival that is at stake, but the way they live and the way they think of their living.

Autonomy of the local community of Ferdinand Tönnies' canonical description was based on the enhanced density of communication accompanied by intensity of daily intercourse. When information could travel **the end of geography** only together with its carriers and the transportation of both was slow, proximity offered advantage over distance and the goods and the news originated in close vicinity had a distinct privilege over those travelling from afar. The boundaries of local community were drawn in no uncertain terms by the volume and speed of mobility, determined in its turn by the available means of transportation. Space, to put it in a nutshell, mattered. But now it matters less; Paul Virilio, announcing 'the end of geography', has suggested that it does not matter at all: its past significance as an obstacle or even the limit to communication has been now cancelled.

The news circulated in the framework of daily face-to-face interaction do not have a greater chance of reinforcement-through-repetition than the electronically transmitted and disseminated information does; on the contrary, they are in a handicapped position when it comes to gaining attention. Even if they succeed, the odds are that they will be dwarfed, stifled and stripped of their interest and authority by the globally produced and globally circulated information which beats them hands down in terms of spectacularity, authority of numbers, and power of conviction. Even the interpretation of the ostensibly 'local'

affairs tends to be derived mostly from the same exterritorial sources. As for the locally born and promoted views – in order to level up with the electronic information, be treated seriously, trusted and grip the minds, they need first to be electronically recorded and ‘seen on TV’, and so surrender or forfeit their asset of the distinct community-link. The chances to form autonomous homemade, community ‘opinion’ deploying the resources under autonomous community control are dim or nil.

Electronic transmission of information is now instantaneous and demands no more than a plug in a socket; communal exchange trying to ignore the electronic media would have to rely, like it always did, on the orthodox media of gatherings and conversations whose speed has ‘natural limits’ and costs are high and – at least in comparative terms – rising. The result is the *devaluation of place*. The physical, non-cyber space where non-virtual communication takes place is but a site for the delivery, absorption and re-cycling of the essentially exterritorial, cyber-space information. Charging the access to the cyber-space at the local call tariff sounded perhaps the death knell of communal autonomy; it was at any rate the communal autonomy’s symbolic burial. The cellular telephone offering independence even from wired networks and sockets delivered the final blow to the claim the physical proximity might have had on spiritual togetherness.

The rising ‘other-directedness’ of locality portends hard times to the orthodox form of the community, that form wrapped around the core of dense web of frequent and lasting

The degree of immobility is today the main measure of social deprivation

interactions, the basis of long-term investment of trust. As Ricard Sennett pointed out in his *Corrosion of Character*, ‘No long term

is a principle which corrodes trust, loyalty, and mutual commitment’, but nowadays ‘a place springs into life with the wave of a developer’s wand, flourishes, and begins to decay all within a generation. Such communities are not empty of sociability or neighbourliness, but no one in them becomes a long-term witness to another person’s life’; under such conditions, ‘fleeting forms of association are more useful to people than long-term connections’.

The degradation of locality rubs off upon the ‘locals’ – people who are not free to move and change places for the lack of necessary resources – the circumstance which makes all the difference between the welcome tourists-in-search-of-pleasure or business-travellers-in-search-of-business-opportunities and the resented ‘economic migrants’ in-search-of-livelihood. The degree of immobility is today the main measure of social deprivation and the principal dimension of un-freedom; the fact symbolically reflected in the rising popularity of prison-confinement as the way to deal with undesirables.

On the other hand, the speed of mobility, ability to act effectively regardless the distance, and freedom to move offered by absence or facile revocability of localised commitments, are nowadays the major stratifying factors on the global as much as on the local scale. The emergent hierarchy of power is akin more to the usages of nomadic than

sedentary societies; sedentariness, and particularly no-choice-sedentariness, is fast turning from asset into liability.

Not that long ago Michael Thompson published a study of the respective social significance of transience and durability – demonstrating the universal and permanent tendency of privileged classes to surround themselves with durable possessions and to make their possessions durable, and a similar tendency to associate social weakness and deprivation with things short-lived and transient. This correlation which held for most, perhaps all known societies of the past, is in the process of being reversed. It is the sign of privilege to travel light and to avoid lasting attachment to possessions; it is the sign of deprivation to be lumbered with things that outlived their intended use and to be unable to part with them.

■ Online-Recherche

ein Service von:
Geographische Revue e.V.

Zu allen geographischen Themenbereichen bieten wir Ihnen folgende Dienstleistungen an:

- 1 Recherchieren
- 1 Darstellen
- 1 Auswerten

Wir liefern zu Ihrem Interessengebiet:

- 1 Literaturverzeichnisse
- 1 Statistisches Material
- 1 Forschungsprofile
- 1 Pressespiegel
- 1 Bookmarklisten
- 1 Bild- und Kartenmaterial

Nähere Informationen über diesen Service sowie Auftrags- und Preiskonditionen fordern Sie bitte per E-mail (petra.dassau@t-online.de) oder über die Redaktionsadresse an.

The entry ticket to the new global elite is the 'confidence to dwell in disorder' and ability to 'flourish in the midst of dislocation'; the membership card is the capacity of 'positioning oneself in a network of possibilities rather than paralyzing oneself in one particular job'; and the visiting card is the 'willingness to destroy what one has made' – 'to let go, if not to give'; all the features gleaned by Richard Sennett in his character study of Bill Gates, the emblem and model-figure of the new cyber-age elite. What makes such features into the principal stratifying factor – indeed, the meta-factor, factor that endows with significance and sets in motion all other paraphernalia of social position – is that these features exert quite opposite effects on life depending on the circumstances of their bearers. The traits of character which beget exuberant and joyful spontaneity at the top turn 'self-destructive for those who work lower down in flexible regime'.

Indeed, the new freedoms of the contemporary reincarnation of absentee landlords make the life-regime of 'those lower down' more flexible by the day (and so increasingly uncertain, insecure and unsafe); if not by design, then in the unintended yet all the same inevitable effects. As Roger Friedland quipped, those on the top 'celebrate what others suffer'. The enchanting and willingly embraced lightness of being turns into the curse of cruel yet indomitable fate once it moves down the social ladder.

Chaos has ceased to be enemy number one of rationality, civilization, rational civilization and civilized rationality; no more is it the epitomy of the powers of darkness and unreason which modernity swore and did its best to annihilate. True, the governments of nation-states and their court scribes go on paying lip service to the rule of order, but their daily practices consists in the gradual, but relentless dismantling of the last obstacles to the 'creative disorder' eagerly sought by some and placidly accepted by others as verdict of fate. 'Rule of order' in political parlance of our time means little more than the disposal of social waste, the flotsam and jetsam of new 'flexibility' of livelihood and life itself. For the rest, it is more flexibility, more precariousness and vulnerability, the very opposite of the rule of order, which are in store.

When power flows, and flows globally, political institutions share in the deprivation of all those who are 'tied to the ground'. 'Territory', now disarmed and by no stretch of imagination self-contained, has lost much of its value, attraction and magnetic power to those who can move freely, and becomes ever more elusive target, a dream rather than reality, for those who, themselves immobilized, would wish to slow down or arrest the moves of the exquisitely mobile mesters of the vanishing art. For the mobile, the tasks of territorial management and administration look increasingly as a dirty job which ought to be avoided at all costs and ceded to those further down in the hierarchy, too weak and vulnerable to refuse the chores even if they know how idle and ineffective their efforts are bound to be. And since all commitment to a place and all engagement with its inhabitants is seen as a liability rather than an asset, few 'multinational' companies would agree today to invest in the locality unless bribed – 'compensated' and 'insured against risks' – by its elected authorities.

Time and space have been differentially allocated to the rungs of the global power-ladder. Those who can afford it live solely in time. Those who cannot live in space. For the first space does not matter, As to the second, they struggle hard to make it matter.

Literatur

Bourdieu, Pierre 1998: *Contre-feux*. Paris.

Crozier, Michel 1964: *The Bureaucratic Phenomenon*. New York.

Douglas, Mary 1966: *Purity and Danger*. New York.

Levi-Strauss, Claude 1955: *Tristes Tropiques*. Paris.

Sennett, Richard 1998: *Corrosion of Character*. New York.

Thompson, Michael 1979: *Rubbish Theory: The Creation and destruction of Value*. London.

Virilio, Paul 1997: *Un monde surexposé: fin de l'histoire, ou fin de la géographie?* In: *Le monde diplomatique*, August.

Wolfgang Aschauer und Rainer Danielzyk ■

Neuorientierung der Regionalforschung? Ein Disput

Rainer Danielzyk: Zur Neuorientierung der Regionalforschung. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg 1998 (Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung, Bd. 17). 498 S.

Ziel dieses Buches ist es, aufbauend auf bereits publizierten Forschungsarbeiten des Autors und diese dabei teilweise neu interpretierend, ein Konzept für Regionalforschung zu entwickeln, das vielfältigen außer- wie innerwissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden hat.

Nach einer ausführlichen Begründung für die Notwendigkeit einer „Neuorientierung der Regionalforschung“ (Kap. 1) extrahiert der Autor aus verschiedenen Wissenschaftsansätzen die für seinen Rekonstruktionsversuch von Regionalforschung geeigneten Elemente (Kap. 2 und 3) und interpretiert mit deren Hilfe eigene (ältere) empirische Arbeiten neu (Kap. 4), um daraus schließlich seinen Vorschlag einer erneuerten Regionalforschung (Kap. 5) und Planungspolitik (Kap. 6) abzuleiten.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Feststellung gewandelter Verhältnisse auf zwei Ebenen: Zum einen konstatiert Danielzyk die zunehmende „Globalisie-

rung“ der Ökonomie, die von einer parallelen Tendenz zur „Regionalisierung“ begleitet werde. Zum anderen befinde sich der Sozialstaat mit seinem Programm der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch Regionalpolitik in der Krise, worauf neue Planungskonzepte, die mehr von Moderation und Koordination geprägt seien als von Dirigismus, zu reagieren versuchen.

Gegenüber diesen veränderten Gegebenheiten der sozioökonomischen Realität wie auch der staatlichen Planungspolitik erweise sich die heutige Regionalforschung – vom Autor mit der Forschungsrichtung der „regional science“ gleichgesetzt – als weitgehend unfruchtbar. Dies liege vor allem daran, daß die regional science wesentliche Bestimmungsgründe für Regionalentwicklung, v. a. im sozialen und kulturellen Bereich, ignoriere oder gar durch eine entsprechend ausgerichtete Planungspolitik zerstöre. Daher müsse sich Regionalforschung neu orientieren, um schließlich „wirklichkeitsnah, politisch relevant und der ‘aufklärenden’ Funktion von Wissenschaft gerecht werden“ zu können (S. 88).

Mit dieser dreifachen Zielsetzung von Regionalforschung entfaltet Danielzyk aber nicht nur ein Triptychon von neben- oder

nacheinander zu erreichenden Zielen, sondern er deutet bereits die enge Verknüpfung des Analytischen, des Planerisch-Politischen und des (im weitesten Sinne) Pädagogischen an, die charakteristisch nicht nur für diese Arbeit, sondern auch für zahlreiche andere Publikationen des Autors sind.

Die weitreichende Überlappung von Forschung und Politik innerhalb der vorgeschlagenen Konzeption geht nicht nur daraus hervor, daß Regionalforschung vor allem zu Beginn des Buches überwiegend als Teil des Doppelbegriffs „Regionalforschung und Regionalpolitik“ o. ä. auftaucht, sondern Regionalforschung wird auch explizit als „angewandte“ (S. 85) oder „politisch verstandene“ (S. 91) Wissenschaft bezeichnet. Zudem wird als zentrales Kriterium für die Auswahl von einzelnen Themen für die Regionalforschung die Frage genannt, inwieweit hier Beeinflussungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene existieren (S. 424). Man wird dem Autor jedoch nicht gerecht, setzt man diese Politik- und Planungsorientierung mit einer bloßen Zuarbeitungsrolle von Regionalforschung gleich. Vielmehr gestaltet sich das Verhältnis von Planung und Forschung erst durch den Einbezug der dritten Ebene „Aufklärung“, die Danielzyk durch den Einbezug der Perspektive „betroffener“ Individuen und Gruppen gewährleistet sieht (S. 91). Wie dies geschieht, macht den Kern der vorliegenden Arbeit aus.

Zunächst diskutiert der Autor auf eine recht ungewöhnliche Art und Weise den Regulationsansatz, der sich mit seinen zentralen Begriffen des „Akkumulationsregimes“ und der „Regulationsweise“ als

probabilistisches Basis-Überbau-Theorem, als handzahme Politische Ökonomie erweist. Kritisch betrachtet Danielzyk am Regulationsansatz die Dominanz des Ökonomischen (des Akkumulationsregimes) über das Soziale (die Regulationsweise), positiv rezipiert er hingegen die Komplexität des Ansatzes, der sich deshalb als integrativ und dynamisch erweise (S. 98).

Aus dieser Warte ist es dann nur konsequent, wenn der Autor die integrative Qualität des Regulationsansatzes innerhalb seiner eigenen Konzeption beibehält, das Ökonomie-Gesellschaft-Verhältnis aber umkehrt und das Soziale in den Vordergrund stellt. Dies geschieht unter zwei Aspekten. Zum einen haben für Danielzyk die sog. weichen Standortfaktoren mitsamt sozialpolitischer Regelungsverfahren eine deutlich höhere Relevanz für die Regionalentwicklung als die harten Standortfaktoren, d. h. es erhält auf der ontologischen Ebene die Regulation den Primat über das Akkumulationsregime. Zum anderen und durch ersteres begründet, plädiert der Autor für eine programmatische Konzentration von Forschung und Planung auf die soziale und kulturelle Ebene: Denn es ist die jeweilige Ausprägung des regionalen Milieus, die „für die Position der Region im globalen Wettbewerb ... bestimmend ist“ (S. 167).

Da nun das „regionale Milieu“ als der eigentliche Forschungsgegenstand der Regionalforschung identifiziert ist, muß geklärt werden, was darunter zu verstehen ist und wie sich die Forschung (und Planung) diesem Gegenstand nähert. Grob kann in Organisationen und Individuen unterschieden werden, für deren Untersuchung

Danielzyk einerseits Netzwerk-Analysen und systemtheoretische Ansätze heranzieht, andererseits die Regionalbewußtseinsforschung und vor allem die Theorie der Strukturierung. So sieht Danielzyk die Regionalstruktur konstituiert durch das Handeln von Organisationen und Individuen, dieses Handeln wiederum durch „Bewußtsein“, das differenziert wird in direkt zielbezogenes und damit verhandelbares Denken und alltägliche Denk- und Verhaltensmuster.

Auf der ontologischen Ebene wird für den Autor Regionalentwicklung durch die jeweilige Regulationsweise bestimmt, die als sich selbst reproduzierende Praxis wiederum zurückzuführen ist auf „individuelle und kollektive Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungsweisen“ sowie „regionalspezifische Formen der Institutionen- und Organisationsbildung“ (S. 397).

Auf der wissenschaftspraktischen Ebene folgt daraus für die Forschung wie die Planung eine Konzentration auf diese regionalen soziokulturellen Muster. Das Verhältnis von Forschung und Planung bestimmt sich dann aus dem Zugriff auf diese soziokulturellen Muster: So versteht es Danielzyk als sein Ziel, die Planungsrelevanz der Erforschung regionaler Kulturmuster und Identitäten der Politik zu vermitteln (S. 50), ja den regionalen Entscheidungsträgern deren eigene soziokulturellen Muster zu verdeutlichen, um – durch die Funktion als Spiegel – eine reflektierte Regionalplanung herbeizuführen (S. 428).

Dieses „Reflektieren“ wird noch auf einer zweiten Ebene thematisiert: So stellt der Autor fest, daß sozialwissenschaftliche Konzepte von Laien aufgenommen werden

können und dadurch – auf dem Weg über entsprechendes Handeln – die Gesellschaft verändern (S. 235 f.). Er zieht daraus den programmatischen Schluß, Ergebnisse dieser Regionalforschung der Bevölkerung mit dem Zweck zu vermitteln, dadurch eine „Selbstaufklärung“ der Menschen zu induzieren und somit Regionalplanung auf Einsicht, nicht auf einem Oktroi zu gründen.

Diese enge, ja innerhalb der Konzeption unlösbare Verquickung von Forschung, Planung und regionaler Bewußtseinsprägung [wohl als „regionalpolitische Pädagogik“ zu bezeichnen] präformiert auch die entsprechenden wissenschaftlichen Methoden. So plädiert Danielzyk nicht nur für ein „kreatives“ Verhältnis von empirischer Arbeit und theoretischen Überlegungen“ (S. 382); auch die Empirie selbst hat sich nicht primär etwa an einem Gegenstand oder gar einer Fragestellung auszurichten, sondern an der Akzeptanz durch die Adressaten – hier die regionale Bevölkerung und die regionalen Entscheidungsträger (S. 410). Das hierzu geeignete Instrument ist das Spektrum der sog. qualitativen Verfahren, auch weil „Zeiten des Umbruchs und die Komplexität der Strukturen und Prozesse ein ‘sensibles’, offenes Instrumentarium“ erfordern (S. 408).

Wie dargestellt, formuliert die vorliegende Arbeit eine innige Verbindung von Forschung, Planung und Pädagogik, wobei nicht nur alle drei Seiten als gemeinsame Faktoren der Regionalentwicklung verstanden werden, sondern die Forschung in vierfacher Weise geschichtsmächtig werden kann:

- Sie erstellt Regionalanalysen.

- Sie verändert das Bewußtsein der Politiker bzw. Planer und damit die Planung.
- Sie verändert das Bewußtsein der Bevölkerung und damit die entwicklungsrelevanten Handlungen und soziokulturellen Muster.
- Sie verändert über die dieserart veränderte Regulationsweise auch das Akkumulationsregime und damit die regionale und schließlich auch globale Ökonomie.

Diese Perspektive einer neuorientierten Regionalforschung ist leider viel zu schön, um wahr zu sein.

Zwar ist nicht in Abrede zu stellen, daß von Wissenschaftlern oder zumindest auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen moderierte Regionalplanungsprozesse mitunter effektiver und konfliktärmer ablaufen können als der herkömmliche, nach Einspruchsebenen gegliederte Planungsverlauf. Zu berücksichtigen ist aber bereits an dieser Stelle, daß es auch hier – wie bei jedem Entscheidungsverfahren – um die Realisierung, aber auch Nicht-Realisierung von Interessen, d. h. um Entscheidungen zugunsten und zuungunsten bestimmter Interessen geht. Dies kann auch eine neue Regionalforschung nicht verändern, vor allem dann nicht, wenn sie die divergierenden Interessen erst gar nicht benennt. Zudem sind auch die neuen Planungs- und Entscheidungsverfahren selbst eine Verwirklichung partikulärer Interessen und müssen deshalb – wie Danielzyk ebenfalls konstatiert – oft erst von „oben“ durchgesetzt werden (S. 152).

Dieser innere Widerspruch der außen-gesteuerten Selbstbestimmung kann noch

als Theorie-Praxis-Problem angesehen werden, d. h. als ein Widerspruch, der sich mit zunehmender Verwirklichung des vorgeschlagenen Regionalforschungskonzepts auflösen wird. Gleiches gilt jedoch für eine Reihe von Annahmen nicht, die das Gerüst des hier vorgestellten Buches bilden. Die beiden wichtigsten Aspekte sollen im folgenden angesprochen werden.

Zum einen scheint mir die herausragende Bedeutung, die der Regulationsweise, den soziokulturellen Mustern oder den weichen Standortfaktoren für die Regionalentwicklung zugeschrieben wird, auf einer Fehleinschätzung zu beruhen. Es ist wohl ein typischer Reflex von Politikern in ökonomisch erfolgreichen Regionen, den Wohlstand sich selbst und den besonderen Qualitäten der regionalen Bevölkerung zuzuschreiben. Und sicherlich können bei ähnlicher ökonomischer Prosperität und geopolitischer Machtposition auch räumlich unterschiedliche Gesellschaftsstrukturen und Kulturformen zur Differenzierung der weiteren ökonomischen Entwicklung führen; ihnen aber den Primat über die Faktoren Geld und Macht zuzuschreiben, ist mehr ein Wunschtraum von um gesellschaftlichen Einfluß bemühten Intellektuellen denn Realität.

Zum anderen erweist sich der Regionsbegriff als inkonsistent, wobei sich der Autor jedoch innerhalb der Geographie in zahlreicher Gesellschaft befindet. So argumentiert Danielzyk, daß heute ein zunehmender Bedeutungsgewinn der regionalen Ebene bzw. der regionalen Unterschiede festzustellen sei und daß dies regionale Betrachtungen erzwingt (S. 378). Es mag dahingestellt sein, inwieweit die These des

Bedeutungsgewinn des Regionalen zutrifft oder lediglich ein Artefakt der regionalen Betrachtungsweise ist. Keinesfalls läßt sich aber die regionale Betrachtungsweise aus der Existenz von sozioökonomisch usw. definierten Regionen ableiten; denn die Feststellung regionaler Unterschiede ist gerade nur bei überregionaler Betrachtung überhaupt möglich. Nur wer ein ganzes Land oder noch größere räumliche Einheiten untersucht, ist in der Lage, daraus analytisch kleinere Einheiten zu extrahieren. Die Unmöglichkeit einer regionalisierten Erklärung von Regionen wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß Regionen als „Ergebnisse sozialer Prozesse“ und damit als soziale Konstruktionen apostrophiert werden (S. 386). Denn indem wissenschaftlich über Regionen gesprochen wird, sind diese Regionen wissenschaftliche Konstruktionen, erzeugt nach wissenschaftsintern entschiedenen Kriterien (hier etwa: soziale Beziehungen). Die Suche nach einer „realen“ Region, sei diese gebildet aus natürlichen Grenzen oder durch gesellschaftliche Aktivitäten, ist wissenschaftlich obsolet. Grundlage von Regionalforschung kann eine solche Region nicht sein.

Am Ende des Buches bleibt der Eindruck bestehen, daß die vorgeschlagene Neuorientierung der Regionalforschung die Institution Wissenschaft zum Element von Regionalpolitik werden läßt, an deren Möglichkeiten und Grenzen sich auch das wissenschaftliche Repertoire ausrichtet. Eine Analyse und Kritik von Regionalentwicklung und Regionalpolitik scheint demgegenüber nur auf einer außerwissenschaftlich begründeten Einstellung beruhen, nicht aber integrales Moment der wissen-

schaftlichen Praxis und der Theoriebildung selbst sein zu können. Insofern gewinnt die Regionalforschung durch den Danielzyk'schen Vorschlag sicherlich an direkter Handlungsrelevanz, nicht aber an analytischer Erklärungsreichweite.

Wolfgang Aschauer

Replik auf die Rezension

Zunächst ist Wolfgang Aschauer ausdrücklich für die sorgfältige und differenzierte Besprechung meines Versuchs, einen Vorschlag zur Neuorientierung der Regionalforschung auszuarbeiten, zu danken. Leider ist es bei derartigen Anlässen auch im wissenschaftlichen Diskurs nicht selbstverständlich, sich mit Sorgfalt mit bestimmten Positionen auseinanderzusetzen, sondern viel zu oft wird um der raschen Profilierung willen spektakulär wirkende Kritik formuliert, die dann bei näherer Betrachtung eher die vordergründige Absicht des Autors entlarvt. Dieses hat Wolfgang Aschauer vermieden, weshalb ich mich mit seinen Anfragen gerne befasse.

Den Kern der Kritik von Aschauer bilden nach meiner Wahrnehmung letztlich drei Fragenkreise:

- Die Relevanz „weicher“ Faktoren bzw. „regionaler Milieus“ für die ökonomische Regionalentwicklung;
- das Verständnis von „Region“;
- das Verhältnis von Forschung, Politik und Pädagogik, d.h. letztlich die Funktion von Regionalforschung als Wissenschaft.¹

Zunächst sei auf den Vorwurf eingegangen, daß die „herausragende Bedeutung, die der Regulationsweise, den sozio-kulturellen Mustern oder den weichen Standortfaktoren für die Regionalentwicklung zugeschrieben wird, auf einer Fehleinschätzung“ beruhe, was ein „typischer Reflex von Politikern in ökonomisch erfolgreichen Regionen“ sei, aber auch einen „Wunschtraum von um gesellschaftlichen Einfluß bemühten Intellektuellen“ ausdrücke. Demgegenüber möchte ich ausdrücklich betonen, daß sich die umfangreichen, gleichwohl vielfach noch unzureichend ausgearbeiteten Überlegungen von mir weder auf „Politiker“ beziehen, noch gar einen „Einfluß von Intellektuellen“ suggerieren sollen. Letzteres kann allein schon deshalb nicht der Fall sein, weil jeder, der sich in Wissenschaft wie Praxis halbwegs reflektiert mit den Einflußmöglichkeiten von Raumordnung und Regionalpolitik auseinandersetzt, binnen kurzem desillusioniert ist und vielfach allenfalls nur noch zynisch auf das offiziöse Simulieren von Einflußnahme reagieren kann.

Bezugspunkte meiner Überlegungen sind vielmehr verschiedene, z. T. miteinander in Zusammenhang stehende wissenschaftliche Diskurse, die versuchen, ökonomische Entwicklungen zu verstehen. Ein Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung, daß sich gleiche Branchen – gleich, ob im gesamtwirtschaftlichen Rahmen prosperierend oder niedergehend – in verschiedenen Regionen unterschiedlich entwickeln, d. h. daß ein gewisser technologisch-ökonomischer Entwicklungsstand zumindest nicht allein für die Dynamik entscheidend ist,

sondern – vorsichtig formuliert – regionale Zusammenhänge eine gewisse Rolle spielen können. Darüber hinaus setzt sich aber auch in der allgemeinen theoretisch-konzeptionellen Debatte über die Ökonomie die Einsicht durch, daß wirtschaftliches Geschehen offenkundig nicht eindeutig – etwa durch die Formel „den größten Profit in kürzester Zeit erreichen“ – bestimmt und aufgrund funktionaler Ableitungen prognostizierbar ist. Bildlich gesprochen: Es reicht nicht, den Finanzvorstand zu fragen, wenn man etwas über ein Unternehmen wissen will. In diesem Zusammenhang könnten diverse Einzelbeobachtungen wie theoretische Diskurse angeführt werden: So spielt z. B. gerade auf den globalen Finanzmärkten, die eine der „reinsten“ Ausdrucksformen der gegenwärtigen Form des globalen Kapitalismus sind, der Handel mit „Erwartungen“ eine zentrale Rolle, „Gerüchte“ beeinflussen nachdrücklich Devisenkurse und Spekulationen über Unternehmensergebnisse bestimmen die Aktienkurse – alles Vorgänge, die in hohem Maße durch Wahrnehmungen, Deutungen, Intuitionen etc. geleitet sind.

Auf einer anderen Ebene wird darüber diskutiert, daß Unternehmungen als soziale Einheiten zu betrachten sind und in ihnen Macht, Prestige, Intrigen usw. für das Unternehmensschicksal zumindest so wichtig sind wie der erreichte technologische Standard. Zudem sei hier noch darauf hingewiesen, daß die für die heutige Form der Ökonomie zentrale Innovationsdynamik nicht im Sinne eines technologischen Determinismus, sondern als Initiierung individueller und kollektiver Lernprozesse verstanden wird.

Der Regulationsansatz ist m. E. eine Möglichkeit, über ein vertieftes Verständnis der Regulationsweise und insbesondere von Institutionalisierungsprozessen den strukturbildenden Charakter ökonomischer Handlungen zu begreifen. Selbstverständlich spielen in diesem Rahmen auch „handfeste Interessen“ eine Rolle – aber nicht immer eine eindeutige und schon gar nicht die einzige. Daß es um mehr als klar definierte „Interessen“ und eindeutige ökonomisch-funktionale Zusammenhänge geht, kann man auch daran erkennen, daß im aktuellen wirtschaftspolitischen Diskurs wohl verpackte und gefällig geschliffene Glaubenssätze des Thatcherismus das diskursive Feld beherrschen, obgleich auch 20 Jahre nach Beginn der Versuche ihrer Umsetzung die unzureichende Leistungsfähigkeit der britischen Industrie legendär ist, was erst jüngst wieder einigen Vorstandsmitgliedern in der deutschen Automobilindustrie den vorzeitigen Ruhestand beschert hat.

Ein zweiter wichtiger Kritikpunkt von Aschauer betrifft die „Inkonsistenz“ des verwendeten Regionsbegriffs. Hier kann ich allerdings seiner Intention nur voll zustimmen. Keinesfalls geht es um die Suche nach einer „realen Region“ – die m. E. in dem vorliegenden konzeptionellen Vorschlag aber auch nicht propagiert wird. Vielmehr wird ausdrücklich (S. 420 ff.) darauf hingewiesen, daß Regionen Konstruktionen sind, allerdings nicht nur der Wissenschaft, sondern auch in der ständigen Praxis von Politik, Verwaltung und Planung aller Art. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, „daß Regionen nicht als gegebene Einheiten zu verstehen sind (wie es meist

in der Regionalforschung geschieht)“ (ebd.). Zuzugeben ist, daß die Implikationen dieses Verständnisses insbesondere für empirische Forschung gerade im geographischen Kontext erst ansatzweise erörtert werden.

Die dritte und aus Sicht Aschauers wohl gewichtigste, da mehrfach in seiner Rezension vorgebrachte Kritik betrifft das Verhältnis von Forschung und Politik in den konzeptionellen Überlegungen, das er unter der Formel „Regionalpolitische Pädagogik“ subsumiert, wobei er befürchtet, daß dabei der Maßstab für „erfolgreiches“ wissenschaftliches Arbeiten die politisch-pädagogische Verwendung der Ergebnisse sei. Möglicherweise geraten an dieser Stelle in der Tat unterschiedliche Formen des Verständnisses von Wissenschaft in Konflikt miteinander. Um das klären zu können, scheinen mir einige verdeutlichende Bemerkungen angebracht zu sein. Die Ausführungen zur „kritischen“ Funktion von Wissenschaft (S. 88 ff., 235 f.) sollten zeigen, daß es mir keineswegs um ein eindimensionales Verständnis von „Aufklärung“ und insbesondere nicht um ein rein funktionales Verständnis von Politik geht. In aller Deutlichkeit: „Politik“ ist für mich nicht allein das Wirken von „Machtpromotoren“ und/oder bürokratischen Experten, sondern der Prozeß der Auseinandersetzung über künftige Entwicklungen, wobei das Ausmaß der Interessen- und Wertbestimmtheit einzelner Positionen im Einzelfall sicher jeweils schwer nachvollziehbar ist.

In diesem Zusammenhang wird Wissenschaft in allgemeinsten Form als ein Beitrag zur einer Verständigung der Menschen über sich und ihr Zusammenleben

verstanden. Sozialwissenschaftlich gewonnenes Wissen wird dabei keineswegs überschätzt, da es sich dabei letztlich um reflektierte Interpretationen der selbst wiederum z.T. auf Interpretationen beruhenden Handlungen der Gesellschaftsmitglieder handelt. Von daher erscheint die Annahme eines „besseren“, überlegenen Wissens der Wissenschaft nicht angemessen, aber auch ein Rückzug auf ein rein deskriptives Verständnis von Wissenschaft überzeugt nicht besonders, da sozialwissenschaftliches Arbeiten mit seinem Betrachtungsfeld auf vielfältige Weise verwoben ist. Vielmehr liegt allein schon in dem rekonstruktiven und reflexiven Charakter von sozialwissenschaftlichen Vorgehensweisen i. S. von A. Giddens, ein kritischer Akzent – wenn man so will, „Aufklärung“ im klassischen Sinne. Individuelle und kollektive Bildungsprozesse bestehen dann z.T. auch darin, sich mit diesen Rekonstruktionen und Reflexionen auseinanderzusetzen. Das scheint mir dann wiederum doch etwas anderes zu sein, als die von Aschauer vermutete Reduzierung der Wissenschaft auf ihre Funktionsfähigkeit im Rahmen von Regionalpolitik bzw. ihre Begrenzung auf das, was „die Adressaten“ noch akzeptieren können.

Diese Klarstellung soll unproduktiven, da möglicherweise auch auf Mißverständnissen beruhenden Auseinandersetzungen vorbeugen. Dennoch ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, daß es grundsätzlich verschiedene Auffassungen von Wissenschaft und der Funktion empirischer For-

schung gibt. Es lohnt sich m. E. sehr, darüber im Hinblick auf die (Sozial-) Wissenschaften insgesamt im Gespräch zu bleiben. In diesem Sinne hoffe ich, daß diese (notwendige) Debatte auch in folgenden Ausgaben der Zeitschrift fortgesetzt werden kann.

Anmerkungen

- 1 Beim folgenden Text wird, meinem Verständnis vom Charakter einer Replik entsprechend, auf detaillierte Quellenangaben und Literaturbezüge verzichtet. Zahlreiche Hinweise finden sich im besprochenen Werk; darüber hinaus sei u.a. hingewiesen auf Storper (1997), Berndt (1998), Kohler-Koch (1998), Paasi (1996).

Literatur

- Berndt, Chr. 1998: Ruhr firms between dynamic change and structural perspective-globalization, the 'German Model' and regional place-dependence. In: Transactions Institute of British Geographers NS 23, S. 331-352.
- Kohler-Koch, B. (Hg.) 1998: Regieren in entgrenzten Räumen. Opladen (= PVS-Sonderheft 29/1998).
- Paasi, A. 1996: Territories, Boundaries and Consciousness. Chichester usw.
- Storper, M. 1997: The regional world. New York, London.

Einzelrezensionen

Werlen, Benno: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Stuttgart 1997 (Erdkundliches Wissen, Bd. 119). 464 S.

Mit seinem zweibändigen Entwurf einer handlungs- und strukturations-theoretisch orientierten Sozialgeographie als „Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen“ hat Benno Werlen nicht nur die Debatte um die künftige wissenschaftstheoretische Positionierung der Anthropogeographie bereichert, sondern zugleich auch einen wichtigen Schritt zur Abkehr vom primär raumbezogenen Kernparadigma der traditionellen Geographie vollzogen. War Band 1 („Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum“) mit der Herausarbeitung der wissenschaftstheoretischen Grundlagen einer im weitesten Sinne handlungstheoretisch verankerten Basisposition gewidmet, so geht es Werlen in seinem zweiten Band um die Entwicklung einer dezidiert gesellschaftstheoretischen Perspektive für die Behandlung des Verhältnisses von Gesellschaft und Raum.

Ausgangspunkt ist eine Kritik an der Praxis der traditionellen und modernisierten Länder- und Landschaftskunde sowie der Quantitativen Geographie (inklusive ihrer verhaltenswissenschaftlichen Ausläufer). Diese seien aufgrund ihrer Fixierung auf den Raum bzw.

Raumkategorien nicht in der Lage, die Beziehung zwischen Gesellschaft und Raum adäquat zu thematisieren, da sie keine expliziten Gesellschaftstheorien verwendeten. Der von dieser „Containergeographie“ betriebenen Aufzählung, Kartierung, Beschreibung und ad-hoc-Erklärung von beliebigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Elementen innerhalb willkürlich gewählter (regionalisierter) Raumausschnitte stellt Werlen anhand der Adaption der Strukturations-theorie von Anthony Giddens einen Ansatz gegenüber, der nicht den Raum, sondern die alltägliche Herstellung von Raumdefinitionen und Aneignungen von Raum durch Individuen in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. „Alltägliche Regionalisierungen“ werden als Bestandteile gesellschaftlich präformierter Lebenswelten, als Elemente eines „Geographie-Machens“ konzipiert, das nicht allein professionellen Geographen vorbehalten bleibt, sondern von allen gesellschaftlichen Subjekten mehr oder weniger spontan eingesetzt wird, um sich mit der Welt in Beziehung zu setzen. „Region“ ist in dieser Perspektive nicht Bestandteil traditioneller Raumontologien, sondern eine soziale Konstitutionsleistung, die in den einzelnen Handlungsbereichen mit jeweils unterschiedlicher Ausprägung erbracht wird. Weite Teile des Bandes sind der Rezeption des Giddensschen Strukturationsansatzes und der Entwicklung einer Regionali-

sierungstypologie gewidmet, die die Relevanz von Regionalisierungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsbereichen aufzeigen soll.

Seit der Publikation hat sich eine kleine Debatte entwickelt, in der sowohl die Stärken als auch die Schwachpunkte des Werlenschen Ansatzes bereits in Umrissen herausgearbeitet worden sind (Hard 1997, Ossenbrügge 1997, Weichhart 1997, Arnold 1998), wobei kritische Stimmen erst in jüngerer Zeit laut geworden sind (Arnold 1998). Vielleicht hängt die spät einsetzende Kritik mit der Erleichterung zusammen, die diejenigen verspürt haben mögen, denen es mit der Container-Geographie bereits seit geraumer Zeit unbehaglich geworden war. Ein konsistenter Basisentwurf, der nicht ständig in die traditionelle Raumfixierung mit ihren schleichenden Geodeterminismen zurückfällt – das wäre schon etwas! Vielleicht hängt die zeitliche Verzögerung aber auch damit zusammen, daß die Giddens-Kritik, die in der angelsächsischen Human-geographie bereits vor etlichen Jahren rezipiert worden ist, nun auch von der deutschsprachigen Forschergemeinde stärker wahrgenommen worden ist und zur genaueren Prüfung der von Werlen vorgenommenen Giddens-Rezeption Anlaß gegeben hat. Ich möchte die bekannten Kritikpunkte an dieser Stelle nicht im einzelnen referieren, sondern einige weitere Überlegungen zur Diskussion beisteuern bzw. solche Überlegungen aufgreifen, die bislang nur randlich thematisiert worden sind und meiner Ansicht nach der Vertiefung bedürfen.

Dreh- und Angelpunkt des Werlenschen Regionalisierungskonzepts ist das

Begriffspaar „Verankerung/Entankerung“. Mit „Verankerung“ ist die Einbettung von Individuen in soziale Handlungsbezüge (im weitesten Sinne als soziokulturelle Milieus adressierbar) gemeint, die jeweils konkret lokalisierbar sind, d. h. räumliche Konnotationen aufweisen. Umgekehrt bezeichnet „Entankerung“ den Prozess der Lösung von sozialen Handlungsbezügen. Werlen hatte diese Begriffe bereits in Band 1 als Übernahme der von Giddens verwendeten Begriffe „embeddedness/disembeddedness“ konzipiert, deren direkte Übersetzung als „Einbettung/Nicht-Einbettung“ ihm als nicht adäquat erschien. Während Giddens dieses Begriffspaar auf die soziale Handlungsebene abgestellt und nur vage räumliche Bezüge zugelassen hat, erhält das entsprechende Konstrukt bei Werlen eine wesentlich stärkere Akzentuierung zur Verräumlichung hin. Dies ist umso erstaunlicher, als Werlen ursprünglich die Unstimmigkeiten des Giddensschen Raumkonzepts wegen dessen Verwurzelung in der Zeitgeographie Hägerstrands nicht übernehmen und den Eindruck vermeiden wollte, als habe die Kategorie „Raum“ einen konstitutiven Charakter für das Gesellschaftliche (S. 167). Soziale und räumliche Aspekte von Verankerungen sind für Werlen innerhalb der subjektiven Lebenswelten integriert, sie gehen z. T. untrennbare Verbindungen ein, besonders deutlich dann, wenn die Aneignung von Raum und die Herstellung von ideellen Bindungen an Territorien thematisiert werden. Diese Uminterpretation der Giddensschen Begriffe ist kein Zufall oder Rezeptionsfehler – sie ist für Werlen die einzige Möglichkeit, die ubiquitäre regionalisierende Tätigkeit von

Individuen im Alltag als theoretische Kategorie einführen und aufrechterhalten zu können.

Mit diesem kleinen Kunstgriff hat sich Werlen jedoch unversehens erhebliche Probleme bei der theoretischen Konzeption gesellschaftlicher Strukturen und Entwicklungsdynamiken, aber auch in bezug auf das gesamte Projekt der „Bekämpfung der Raumfixierung der Sozialgeographie“ eingehandelt:

1. Besonders deutlich werden diese Probleme im Zusammenhang mit der theoretischen Begründung von Regionalisierungen in der Spätmoderne, die er als individuelle Reaktionen auf Globalisierungsprozesse verstanden haben will. Regionalisierungen sind jeweils Bestandteile von individuellen Versuchen, mit Lebensverhältnissen zurechtzukommen, die von Entankerungsprozessen geprägt sind. Letztere würden vor allem durch die zunehmende Auflösung von Raum-Zeit-Verflechtungen infolge der Extension ökonomischer Aktivitäten im globalen Maßstab und der Entwicklung moderner Kommunikationstechnologien herbeigeführt. Die von Werlen imaginierten Wiederverankerungen reichen von der Kreation spezifischer Lebensstile, der Konstruktion und Rekonstruktion von „Heimat“ und regionaler Identität bis hin zur Definition und Kontrolle von Räumen für ökonomische und politische Tätigkeiten. Wann und unter welchen Bedingungen die Individuen ihre Wiederverankerungen eher unter sozialen Aspekten (z. B. in Form von neuen Vergemeinschaftungen oder der Ausdifferenzierung von Lebensstilen) oder eher unter raumbezogenen Aspekten (z. B. in

Form von Regionalisierungen unterschiedlicher sozialer Tragweite und raumzeitlicher Extension) vornehmen, wird innerhalb des handlungstheoretischen Ansatzes jedoch nicht regelhaft bestimmbar. Werlen bezieht sich lediglich vage auf eine Sozialontologie der Spätmoderne, die eben zur Kenntnismahme des Faktums alltäglicher Regionalisierungen zwingt.

2. Die Rede von Verankerungen, Entankerungen usw. erfordert nach Werlen unausweichlich einen Rekurs auf die Vormoderne, der allerdings im vorliegenden zweiten Band der „Sozialgeographie...“ nicht systematisch, sondern in unterschiedlichen Argumentationszusammenhängen jeweils episodisch erfolgt. Die Vormoderne – beispielsweise in Form traditionaler, bäuerlicher Gesellschaften – wird als Referenz für den Idealtypus der Verankerung angegeben. Die dort vermuteten Lebenswelten werden gewissermaßen als kompakte, mehr oder weniger konsistente Phänomene imaginiert: Soziale Beziehungen beruhen auf Kopräsenz der Akteure (d. h. auf sog. *face-to-face*-Kontakten) und Reziprozität; sie addieren sich zu „kleingekammerten“ Milieus, die sowohl in sozialer als auch in räumlicher Hinsicht eindeutig verortet werden können (S. 378). Dem steht die der Moderne zugeschriebene Entankerung gegenüber, die als zunehmende Dehnung und Segmentierung des Raum-Zeit-Gefüges und als wachsende Diskontinuität sozialer Bezüge verstanden wird. Erst aus der Kontrastierung der beiden Idealtypen kann Werlen das Konstrukt der für die Spätmoderne diagnostizierten Wiederverankerung gewinnen, nämlich als eines Versuchs der erneuten

Sinnstiftung und des Sich-Einrichtens in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

Hatte Werlen in seiner Kritik der traditionellen Geographie noch deren permanenten Rückbezug auf vormoderne Landschaften und die in ihnen „enthaltenen“ gesellschaftlichen Dinge als inadäquat für die Beschreibung moderner Gesellschaften geißelt, so übt er sich nun seinerseits in dem Versuch, aus der Rekonstruktion von empirisch nicht direkt zugänglichen historisch-gesellschaftlichen Zuständen Kategorien für die Erfassung aktueller – d. h. nicht nur moderner, sondern gar globalisierter Lebensverhältnisse – abzuleiten. Traditionale, d. h. hauptsächlich abendländische Gesellschaften dienen ihm als Repräsentanten eines Idealtypus, in dem der lebensweltliche Normalzustand der Verankerung vermeintlich voll etabliert sei. Problematisch ist diese Setzung nicht nur deshalb, weil mit ihr eine sozialmoralische Komponente in die theoretische Reflexion eingeführt wird. Es handelt sich dabei um die Konnotation, daß die Welt in der Vormoderne irgendwie noch in Ordnung und die Subjekte in dieser Welt gut aufgehoben gewesen sein müßten. Die Vormoderne erscheint somit unvermittelt als das klammheimliche Arkadien des spätmodernen Sozialgeographen. Unklar bleibt zunächst, ob es sich hierbei um die unbeabsichtigte Folge planvollen theorieproduzierenden Handelns oder um einen Ausfluß vorwissenschaflich-weltanschaulicher Gestimmtheit handelt.

Die angesprochene Setzung ist auch deshalb problematisch, weil sich Werlen nicht hinreichend um ihre sozial-

ontologische Absicherung kümmert – die er ansonsten übrigens mehrfach zur Begründung von zentralen Annahmen reklamiert. Diese wäre sogar anhand der Diskussion von Plausibilitätsannahmen möglich gewesen. So ist auf der einen Seite für einzelne Epochen der Vormoderne, z. B. das späte Mittelalter und der Übergang zur frühen Neuzeit, mühelos nachzuweisen, daß zumindest städtische Gesellschaften jeweils in translokale Aktivitäten involviert waren, die durchaus als Bestandteile von Globalisierungsprozessen angesprochen werden können. Beispiele bieten die Etablierung weiträumiger Handelssysteme wie etwa der Hanse oder die Entwicklung translokaler Lebensstile durch die jeweiligen politischen und ökonomischen Eliten (s. hierzu bereits Arnold 1998). Verankerung kann also nicht durchgängig als lebensweltlicher Normalzustand der Vormoderne konzipiert werden.

Auf der anderen Seite ist die Annahme der Verankerung eindeutig auf seßhafte Gesellschaften und Individuen zugeschnitten – auch dies ist übrigens eine auffällige Parallele zum idealisierten Menschen- und Gesellschaftsbild der traditionellen Geographie. Alle denkbaren Formen des Verlassens von gewohnten sozialen und räumlichen Milieus, die zweifellos bereits in der Vormoderne anzutreffen waren, müßten von Werlen eigentlich als Beispiele für Entankerungen behandelt werden, es sei denn, ganze Gesellschaften wanderten gleichzeitig, so wie dies im Nomadismus oder in Teilen der Völkerwanderungen der Fall war. Die Wanderschaft eines mittelalterlichen Handwerksburschen, der sich im Laufe seines

Lebens mehrfach in bezug auf recht unterschiedliche lokale Gesellschaften und Lebensgemeinschaften neu positionieren mußte, wäre konsequenterweise als eine Abfolge von wiederholten Entankerungs- und Wiederverankerungsprozessen zu konzipieren (Aufgabe alter sozialer Einbettungen in die Ursprungsgesellschaft, Phasen der psychosozialen Des- und Neuorientierung, Integration in städtische Zielgesellschaften inklusive deren Institutionen, erneute Aufgabe der hergestellten Einbettungen usw.). Die Komplexität derartiger soziale Prozesse kann schwerlich auf das Bild einer mehr oder wenigen statischen Verankerung reduziert werden. Dieses einfache Beispiel verdeutlicht zusätzlich, daß die von Werlen vorgenommene axiomatische Kopplung des Wiederverankerungsbegriffs und der mit ihm zusammen gedachten Regionalisierungsformen an die Spätmoderne ebenfalls nicht hinreichend plausibel ist.

3. Aus einem ursprünglichen Krisenszenario heraus – dem Kontrast der verankerungsgeschwängerten Vormoderne mit der Moderne und ihren vielfältigen Entankerungsprozessen sowie den damit assoziierten gesellschaftlichen Problemen – konstruiert Werlen eine mehr oder weniger folgerichtige Entwicklung: In der Spätmoderne wird von den Individuen vermehrt die Option der Wiederverankerung genutzt, um „die Welt auf sich zu beziehen“ (S. 249) und – im Sinne einer „subjektzentrierten Ontologie der Moderne“ wiederzuererschaffen. Die Defekte der Moderne werden, so scheint es, individuell bearbeitet, teilweise aufgehoben, reinterpretiert und in funktionierende gesellschaftliche

Praxis verwandelt. Ein gesellschaftlicher Gesundungsprozess wird greifbar, der durch die Realisierung universell verfügbarer Wiederverankerungsoptionen herbeigeführt werden kann. Von der Verankerung über die Entankerung zur Wiederverankerung: So schält sich zwischen den Zeilen eine verborgene Entwicklungslogik, das Grundprinzip eines evolutionären Meta-Prozesses heraus. Da Werlen jedoch sozialen Wandel innerhalb der und im Übergang zwischen den von ihm referierten Gesellschaftstypen nicht diskutiert und sich stattdessen auf mentale und handlungsbezogene Kategorien zurückzieht, die zu anthropologischen Konstanten stilisiert werden, entzieht er sein Konzept einem weitergehenden gesellschaftstheoretischen Diskurs. Ebenso wie für ihn „die Konstitution der Gesellschaft und die Konstitution von alltäglichen Regionalisierungen ein und dieselbe Praxis“ sind (S. 409), kann er aus der handlungstheoretischen Perspektive heraus kein *explizites* gesellschaftliches Evolutionskonzept entwickeln und zur Diskussion stellen. Daß faktisch jedoch eine implizite Evolutionsidee als mittransportierte Denkfigur sichtbar wird, die sich aus dem semantischen Bodensatz seines handlungstheoretischen Zugriffs auf Gesellschaft nährt, mutet wie eine feine Ironie des Theoretiker-Schicksals an.

Last not least: Mit der Etablierung dieser basalen Denkfigur wird zugleich ein Akt der politischen Sinnstiftung für das Projekt der konzeptionellen Reformierung der Sozialgeographie vollzogen. Das implizit mitschwingende gesellschaftliche Heilversprechen läßt eine derart wieder-

erstandene Sozialgeographie nämlich als immens attraktiv erscheinen. Nicht nur alltägliche Regionalisierungen werden gebraucht, um mit den Defekten der Moderne und Spätmoderne fertigzuwerden, es werden auch Geographen gebraucht, die diese Prozesse interpretieren, kommentierend-affirmativ begleiten und Vorschläge für eine konfliktarme Gestaltung der Regionalisierungsformen formulieren (vgl. S. 15). Die Rettung der aus den Fugen geratenen modernen Welt wird unversehens zum Leitmotiv der Sozialgeographie, ebenso wie dies bereits für eine Reihe von anderen geographischen Teildisziplinen der Fall ist, die ihre gesellschaftliche Relevanz aus der Positionierung unmittelbar an vordergründigen Krisenherden beziehen möchten. Man denke nur an die Reparaturrhetorik, die sich in der Geoökologie, der geographischen Umweltanalytik oder im Zusammenhang mit solchen Themen wie „nachhaltige Entwicklung“ etabliert hat. Aber nicht nur die öffentlich-politische, sondern auch die disziplinpolitische Attraktivität dieses Ansatzes ist unverkennbar, denn mit Hilfe dieses Leitmotivs und der inhärenten Tendenz zur Affirmation bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse ist er mit den Programmen und

politischen Logiken der traditionellen Geographie durchaus kommensurabel. Es wird also nur eine Frage der Zeit sein, bis die „Sozialgeographie der alltäglichen Regionalisierungen“ auch für Vertreter der anthropogeographischen Tradition hoffähig sein wird.

Literatur:

- Arnold, H. 1998: Kritik der sozialgeographischen Konzeption von Benno Werlen. In: Geographische Zeitschrift, 86. S. 135-157.
- Hard, G. 1997: Werlen, B.: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Bd. 1. In: Geographica Helvetica, 52. S. 66-67.
- Ossenbrügge, J. 1997: Werlen, B.: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Bd. 1 und 2. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 41. S. 249-253.
- Weichhart, P. 1997: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Benno Werlens Neukonzeption der Human-geographie. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 139. S. 25-45.

Hans-Joachim Bürkner

Sylvia Zillinger: Regionalwirtschaftlicher Strukturwandel und individuelle Arbeitsplatzproblematik – untersucht am Beispiel der Region Heinsberg und der Zeche Sophia-Jacoba. Aachen: Selbstverlag des Geographischen Instituts der RWTH Aachen 1997 (Informationen und Materialien zur Geographie der Euregio Maas-Rhein, Bd. 14). 245 S.

Die wirtschafts- und sozialräumlichen Folgen der Stilllegung einer Steinkohlenzeche – der letzten in der EUREGIO Maas-Rhein – sind Gegenstand der Veröffentlichung von Sylvia Zillinger. Auf der Basis zweier Unternehmens-Mitarbeiterbefragungen, vorhandener Strukturdaten, einer Prognos-Studie und unter Heranziehung ausgewählter Literatur setzt sich die Untersuchung zum Ziel, die Individualisierung massenhafter Freisetzungen als regionalwirtschaftlichen Prozeß anhand der Stilllegung der Zeche Sophia-Jacoba exemplarisch darzustellen und damit die Rolle der individuellen Anpassung als Mittel des strukturellen Wandels genauer zu untersuchen. Die Autorin hält es dabei für notwendig, Ersatzarbeitsplätze nicht nur rein quantitativ zu beurteilen, sondern die Qualität der freigesetzten Arbeitskraft der Nachfrage gegenüberzustellen. Gefragt wird ebenso nach der Bedeutung wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Umstrukturierungsprozeß. Die Untersuchung fand im Zeitraum zwischen dem Stilllegungsbeschluß (1991) und der eigentlichen Zechenschließung (1997) statt und erfaßt die während dieses Zeitraumes über den Sozialplan ausgeschiedenen Arbeitnehmer.

Ausgehend von einer Darstellung ausgewählter Strukturmerkmale des Kreises Heinsberg vor dem Stilllegungsprozeß sind zunächst die tatsächlichen und zum Untersuchungszeitpunkt erwartbaren Auswirkungen der Umstrukturierungen auf den regionalen Arbeitsmarkt, die regionale Wirtschaftsstruktur und die Pendlerbeziehungen dargestellt. Eine Spezifität bedeutet die solitäre Zechenlage in einem ländlichen Raum mit wenig diversifizierter Wirtschaftsstruktur – der noch dazu zusätzlich vom Truppenabbau betroffen ist – und die relativ junge Belegschaft.

In den folgenden Kapiteln werden die verschiedenen überregionalen Träger wirtschaftspolitischer Maßnahmen und ihre gängigen Programme vorgestellt. Auf eine empirische Analyse der nun tatsächlich in die Region fließenden Subventionen und Förderhilfen und damit deren Bedeutung für den Umstrukturierungsprozess im Kreis Heinsberg wartet der Leser allerdings vergeblich. Eine Ausnahme bildet hier die eingehende Darstellung des Umsetzungsprozesses der Gemeinschaftsinitiative Nordrhein-Westfalen: Vermittlung von Montanarbeitnehmern in Handwerksbetriebe. Immerhin wurden über diese Initiative insgesamt 397 ehemalige Sophia-Jacoba-Beschäftigte in feste Arbeitsverhältnisse außerhalb des Bergbaus übernommen, ein für NRW sehr großer Erfolg, der nicht zuletzt durch die flankierenden Bemühungen zahlreicher regionaler Akteure bei der Suche nach geeigneten Betrieben und Vermittlungen bedingt ist. Für die regionale und kommunale Ebene folgt eine detaillierte Beschreibung der vorhandenen Wirt-

schaftsförderstrukturen und des Aufbaus und der Aufgaben zweier neu entstandener Entwicklungsgesellschaften (die eine mit der Aufgabe der Entwicklung des ehemaligen Zechengeländes, die andere wurde zu dem Zweck eingerichtet, die Verwertung der ehemaligen Bundeswehrliegenschaften in Angriff zu nehmen). Schließlich werden die Revitalisierungsbestrebungen von seiten der Sophia-Jacoba GmbH bzw. der Sophia-Entwicklungsgesellschaft mbH selbst und ihrer inzwischen neun aus-gegründeten Tochterunternehmen dargestellt. In diesem Rahmen werden noch einmal die Ergebnisse der beiden durch das Unternehmen in den Jahren 1992 und 1995 durchgeführten Mitarbeiteruntersuchungen hinsichtlich der individuellen Arbeitsplatzwünsche vertieft.

In den Ausgründungen waren 1996 250 Dauerarbeitsplätze für ehemalige Mitarbeiter der Zeche Sophia-Jacoba geschaffen worden. Insgesamt wurden 219 Umschulungsmaßnahmen durch die Zeche durchgeführt. Angaben über die anschließende Weiterbeschäftigung gibt es keine.

In der Zusammenfassung versucht die Autorin eine abschließende Würdigung des regionalen Umstrukturierungsprozesses im Landkreis Heinsberg.

Insgesamt wird die Umstrukturierung als Erfolg gewertet, da 660 zusätzliche Arbeitsplätze in einer Region mit einer Arbeitslosenquote von 12-13% geschaffen werden konnten. Wenig Erfolg hatten allerdings die regionalen Bestrebungen zur Neuansiedlung von Unternehmen.

Ergänzt wird die Untersuchung durch einen Exkurs, der die Folgen der schon in den 70er Jahren beginnenden Umstruk-

turierungsprozesse im niederländischen Südl limburg beschreibt, einem Revier mit ganz anderen Rahmenbedingungen als im Kreis Heinsberg. Eine unmittelbare Inbeziehungsetzung der Umstrukturierungsprozesse in beiden Regionen findet allerdings kaum statt, und so stehen die jeweiligen Darstellungen weitgehend nebeneinander.

Ebenso fehlt eine integrative Betrachtung der individuellen Wünsche und Qualifikationen der freigesetzten Arbeitnehmer und der tatsächlichen Veränderungen für die freigesetzten Beschäftigten, wie sie der ursprünglichen Fragestellung nach individuellen Folgen einer Zechenstilllegung eigentlich angemessen wäre. Hier wäre die Auswertung vertiefender qualitativ ausgerichteter Interviews wünschenswert und notwendig gewesen. Insgesamt kann die Untersuchung ihrem Anspruch, die Einzelbetroffenheit der im Zuge der Zechenstilllegung Freigesetzten in den Vordergrund zu stellen und nicht die reine Aufrechnung von Freigesetzten gegenüber Wiederbeschäftigten, so nur punktuell gerecht werden. Einen interessanten Aspekt bietet allerdings der Zeitpunkt der Untersuchung, der zwischen Stilllegungsbeschluß und tatsächlicher Zechenstilllegung angelegt ist, und damit einen prozeßanalytischen Einblick in die regionalen Umstrukturierungen gibt.

Petra Dassau

Sabine Weck: Neue Kooperationsformen in Stadtregionen. – Eine regulationstheoretische Einordnung. Das Beispiel München. Dortmund: IRPUD, 1995 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 74). 122 S.

Neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit erfreuen sich in den von Globalisierungsprozessen verursachten regionalpolitischen Gemengelage hierzulande wachsender Beliebtheit. Sie eröffnen den Kommunen politische Handlungsmöglichkeiten, die ihnen ansonsten unzugänglich geblieben wären. Von dieser Beobachtung ausgehend, versucht Sabine Weck, konkrete ökonomische, soziale und politische Restrukturierungsprozesse innerhalb von Stadtregionen sowie insbesondere im Verhältnis von Kernstädten zu ihrem Umland in einen konsistenten Erklärungszusammenhang mit globalen Umbrüchen zu stellen. Als Untersuchungsfall dient ihr die Agglomeration München; die theoretische Referenzbasis bilden regulationstheoretische Ansätze sowie ausgewählte ökonomische Milieuansätze. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Expansion vormals peripherer Regionen, des Entstehens von neuen sozialen und ökonomischen Polarisierungen auf mikroregionaler Basis sowie der sozioökonomischen Flexibilisierung und politischen Neubewertung des Verhältnisses von Kernstadt und Umland wird die Frage gestellt, welche planungspolitischen Antworten eine prosperierende Stadtregion auf die Herausforderungen formulieren kann, die ihr im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen postfordistischer Prägung begegnen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die

Frage, welche marktstrategischen Positionen von derart gewandelten Regionen im europäischen Wettbewerb der Regionen markiert und welche institutionellen Ressourcen dabei eingesetzt werden.

Wer angesichts der jahrelangen Dominanz makrotheoretischer Debatten zum Thema „Postfordismus“ und der nur selten gelungenen Verknüpfung regulationstheoretischer Ansätze mit empirischen Fallstudien auf eine Arbeit gehofft hatte, in der sich Theorie und Empirie einander stärker annähern, wird zunächst einmal nicht enttäuscht. Weck gelingt es, den ökonomischen Umstrukturierungsprozeß der Region München anhand von verfügbaren statistischen Materialien und Planungsdokumentationen plausibel nachzuzeichnen und auch den Wechsel von einer hierarchisch organisierten Regionalplanung und -politik zu einer flexibilisierten, an offenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Interessenmoderationen interessierten öffentlichen Planung zu dokumentieren. Allerdings erweist sich im letztgenannten Fall die verwendete Datenbasis (überwiegend offizielle Verlautbarungen von Planungsinstitutionen und Kommunalpolitikern sowie wenige Expertengespräche) als ein wenig zu schwach, um die Arbeitsweise und die dialogischen Kommunikationsprozesse innerhalb der betrachteten Institutionalisierungsformen (Städtekooperationen und regionale Initiativ- und Arbeitskreise, in denen sich die beteiligten Akteure aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Nicht-Regierungsorganisationen auf formal gleichberechtigter Basis begegnen) intensiv zu problematisieren. So wird beispielsweise

nur ansatzweise deutlich, in welcher Weise die Definition des höheren Ganzen „Region“ (als Entwicklungsobjekt und Marktteilnehmer) erfolgt, dem sich die partikularen Einzelinteressen unterordnen sollen, welche Interessen von den jeweiligen Akteuren dabei ins Spiel gebracht werden, welche differentiellen Partizipationsgrade sich bei unterschiedlichen Akteurskategorien (trotz formeller Gleichheit!) herausbilden, welche Folgen der Zwang zum Konsens unter jeweils ökonomischen bzw. marketingorientierten Vorgaben für die konkrete Politikformulierung hat usw. Hier hätten detailliertere Netzwerkanalysen sicherlich noch weitergehende Einsichten liefern können.

Ausgesprochen lehrreich sind die abschließenden Reflexionen über die Rolle der neuen regionalen Netzwerke und kommunikativen Kooperationsformen für das staatliche Planungshandeln im Postfordismus. Geht es den Regionen einerseits darum, nicht-hierarchische Regulierungsformen und innovative Milieus zu entwickeln, die es ihnen erlauben, flexibel auf disparate, unübersichtliche Entwicklungen in den einzelnen gesellschaftlichen Teilsystemen auf lokaler und zugleich globaler Ebene zu reagieren, so wird auf der anderen Seite deutlich, daß die eingesetzten Mittel (beispielsweise zur Mobilisierung endogener Potentiale) häufig eine schleichende Re-Hierarchisierung des Verhältnisses von staatlichen Planungsinstitutionen und lokalen Öffentlichkeiten implizieren. Individuen aus Milieus der Zivilgesellschaft, die an den offenen Diskussionen teilnehmen, laufen nämlich Gefahr, von Planungsinstitutionen instru-

mentalisiert zu werden, einerseits wegen der Kreativität und Originalität ihrer Ideen, die sie kostenlos zur Verfügung stellen, andererseits wegen der Akzeptanz, die sie bereits vorformulierten Planungsinitiativen aufgrund der eingesetzten konsensualen Verhandlungsmodi garantieren. Weck kann somit überzeugend feststellen, daß hierarchiearme Netzwerke der Entscheidungsfindung nicht nur die jeweiligen Einzelinteressen der lokalen Wirtschaft, sondern auch die Interessen von stadtreptionaler Politik und Verwaltung bedienen, die sich zunehmend verantwortlich für den Erfolg oder Mißerfolg „ihrer“ Region im regionalen Wettbewerb fühlen.

Hans-Joachim Bürkner

Werner Bischoff: Frankfurt am Main: Stadtentwicklung und Architektur. Beobachtung zur Beziehung von Wolkenkratzern zur Stadt. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1998 (Frankfurter Beiträge zur Geographiedidaktik, Bausteine und Materialien, Bd 1). 57 S.

Um ein großes Thema in einem relativ kurzen Text abzuhandeln, muß der Autor die Zügel der Argumentation fest in der Hand halten. Werner Bischoff tut dies in seiner Kurz-Monographie über das Wechselverhältnis von Architektur und Stadtentwicklung am Beispiel von Frankfurt am Main auf gekonnte und inspirierte Weise. Der Text ist ein gelungenes und ansprechendes Beispiel für eine ebenso politisch wie theoretisch ambitionierte zeitdiagnostische Stadtforschung.

Frankfurt/M. ist die wohl mutigste Stadt Deutschlands, wenn es um die bewußte Gestaltung der eigenen Skyline geht. Das intensive Zusammenwirken von Tertiärisierung, Globalisierung und Metropolitanisierung, von Bankenzentrum, Hochhausentwicklung und stadträumlicher Transformation hat deshalb schon viele Stadtforscher zu weitreichenden Interpretationen neuartiger Urbanisierungsprozesse am Beispiel dieser Stadt inspiriert. Oftmals hat der Diskurs dabei unter eher soziologischen Perspektiven des Spannungsverhältnisses von z.B. Zitadelle und Ghetto stattgefunden. Werner Bischoff wirft einen etwas anderen Blick auf das Phänomen, indem er das Wechselverhältnis von baulicher Struktur und städtischer Transformation untersucht. Er stellt die Frage, „welche Beziehung die Wolkenkratzer durch ihre bauliche Ausprägung zur Stadt einnehmen“ (S. 1). Hierbei verfolgt er das Ziel, „unter Zuhilfenahme theoretischer Erklärungskonzeptionen von Stadt (Postmoderne vs. Moderne Architektur, Urbanität, ‘Kapitalbesitz’) ..., Einblick in dieses wandelnde, mehrdimensionale Beziehungsgeflecht zu gewinnen“ (S. 2).

Um die Fragestellung zu beantworten, wendet sich Werner Bischoff zunächst knapp, präzise und anspruchsvoll wichtigen sozialwissenschaftlichen Grundlagen der Stadtforschung zu. Zentrale Aspekte zum Verhältnis von Stadt, Raum und Urbanität werden auf theoretisch hohem Niveau reflektiert. Anschließend wird der Stand der Stadtforschung zu Frankfurt am Main in seinen wesentlichen Zügen vorgestellt. Im dritten Kapitel schließlich steht das eigentliche Thema der Arbeit, das Verhältnis von

Architektur, Stadt(begriff) und Hochhäusern am Beispiel zweier Skyscraper in Frankfurt im Mittelpunkt. Der Autor liefert eine dichte Interpretation zum Verhältnis von Architektur und Stadtraum. Er zeigt, wieviele Bedeutungen sich aus der Gestaltung eines einzelnen Gebäudes ablesen lassen. Vor allem setzt Werner Bischoff seine Überlegungen auf sehr wohlthuende Weise mit den vorher theoretisch eingeführten Konzepten und Begriffen von Stadt, Raum und Urbanität und dem lokalen stadtentwicklungspolitischen Kontext in Frankfurt/M. in Beziehung.

Insgesamt handelt es sich um eine theoretisch sehr informierte Studie, die Detailfragen baulicher Gestaltung auf größere Fragen der Tertiärisierung und Globalisierung der Stadtentwicklung rückbezieht. Zwei Dinge wären aus für weitergehender Sicht vielleicht wünschenswert. Erstens wäre es interessant, Werner Bischoffs Interpretationen zur der Rolle der Hochhäuser in Frankfurts Stadtentwicklung mit den Alltagswahrnehmungen der Gebäudenutzer und Stadtbewohner empirisch zu vergleichen. Zweitens wäre es m. E. wünschenswert, eine so gute Studie nicht als Kurzmonographie in einer (weiteren, neu gegründeten) Geographischen Schriftenreihe mit sicherlich relativ kleiner Auflage zu veröffentlichen, sondern in einer anerkannten Zeitschrift als Aufsatz zu publizieren – damit sie tatsächlich die Öffentlichkeit bekommt, die sie verdient.

Ilse Helbrecht

Claus-C. Wiegandt: An den Grenzen des Wachstums. Eindrücke zur amerikanischen Stadtentwicklung Mitte der 90er Jahre. Abschlußbericht zur Forschungsreise durch die USA vom 16. Oktober bis zum 8. Dezember 1995. Bonn 1997 (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Arbeitspapiere 3). 32 S.

Claus-C. Wiegandt hat sich auf die Reise gegeben. 1995 ist er für gut acht Wochen in die USA gefahren und besuchte acht unterschiedliche nordamerikanische Agglomerationsräume. Ziel der Forschungsreise war es, sowohl den Stand der raumstrukturellen Entwicklungen als auch neue planungspolitische Ansätze im Umgang mit den drastischen Formen der Suburbanisierung seit Mitte der 80er Jahre zu erkunden. Noch bevor also Thomas Sieverts hierzulande mit seinem Buch zur Zwischenstadt viel Aufsehen in der Stadtforschung erregte, wandte sich der Autor dem Phänomen frühzeitig und auf explorative Weise im internationalen Kontext zu. Was er in seinem Abschlußbericht zur Forschungsreise beschreibt, sind vor allem lokale Phänomene, konkrete Entstehungsbedingungen und Folgeprobleme, die sich aus der dritten Welle der Suburbanisierung in den USA in den besuchten Untersuchungsregionen ergeben. Deshalb hat der Autor viel Interessantes zu aktuellen Entwicklungen in den besuchten Metropolitangebieten zu berichten. Der mit vielen Karten und Photos grafisch gut aufgearbeitete und inhaltlich klar gegliederte Text vermittelt dem deutschsprachigen Leser ein eindruckliches Bild von den Ausmaßen und

Konsequenzen neuartiger Zersiedelungsmuster in den USA.

Letztlich kann der Bericht vor allem eines leisten: eine erste Ansicht und einen Anriß der Phänomene der Edge-City-Bildung in den USA. Wichtige Fragen zu den tiefergehenden Ursachen dieser räumlichen Entwicklungen in den USA sowie ihre Bedeutung für deutsche Diskussionen zur Zwischenstadt oder Suburbanisierung werden zwar in der Einleitung aufgeworfen. Jedoch werden sie in der Zusammenfassung am Ende nicht mehr aufgegriffen und diskutiert. Dem Autor scheint es darum zu gehen, auf neue raumstrukturelle Phänomene in den USA aufmerksam zu machen, die er im Laufe seiner Forschungsreise entdeckt hat. Deshalb handelt es sich um einen Reisebericht, der genau das vermittelt, was der Titel verspricht, nämlich „Eindrücke zur amerikanischen Stadtentwicklung Mitte der 90er Jahre“.

Ilse Helbrecht

Rainer Vollmar: Anaheim – Utopia Americana. Vom Weinland zum Walt Disney-Land. Eine Stadtbiographie. Stuttgart 1998 (Erdkundliches Wissen, Bd. 126). 289 S.

Eine Stadtbiographie – was ist das? Wird dort das „Leben“ einer Stadt im chronologischen Ablauf skizziert? Wozu schreibt man solche Orts-Biographien? Und wer kann damit am Ende – außer Stadthistorikern, interessierten Einheimischen oder Bürgermeistern, die das Buch aus der Heimat bei dem Besuch in der Part-

nerstadt am Ankunftstag als Gastgeschenk überreichen – wirklich etwas anfangen?

Rainer Vollmar hat eine materialreiche Stadtbiographie von Anaheim, dem kalifornischen Sitz von Disneyland geschrieben. Er nennt seine Stadtbeschreibung zurecht „Stadtviita“ (S. 8), weil er mit liebevollem Blick für das Detail sich tatsächlich radikal dem Einzelfall und historischen Schicksal dieser besonderen Stadtentwicklung zuwendet. In einem flüssigen und oftmals auch lockeren Schreibstil wird die Geschichte des Ortes seit der Gründung 1857 erzählt. Reichhaltig bebildert mit historischem, journalistischem und kartographischem Material entsteht vor dem geistigen Auge im Laufe der Lektüre tatsächlich ein vielfältiges Bild dieser Stadt. 249 Seiten lang führt der Autor die Leser und Leserinnen ein in die ereignisreichen geschichtlichen Wandlungen dieses besonderen Ortes in Orange County. Dabei entwickelt Rainer Vollmar seine Erzählung streng entlang der Zeitachse. Die chronologische Entwicklung von Jahr zu Jahr ist der zentrale rote Faden der Monographie. Unterschiedliche Entwicklungsetappen von Anaheim, die eng verknüpft sind mit der nationalen Entwicklung der Vereinigten Staaten im gleichen Zeitraum, werden ab Mitte des letzten Jahrhunderts bis heute deutlich. So wird ausgehend von der Entwicklung der Landnahme im amerikanischen Westen, den Strategien der Besiedlung Kaliforniens und der ersten deutschen landwirtschaftlichen Kolonie im Südwesten Kaliforniens der Charakter dieses bis in die 40er Jahre noch ländlich-konservativen Wein- und Organenbanaugebietes geschildert, das mit der Zwischenetappe von

Anaheim als „Klanheim“ (S. 97), dem Zentrum des Ku-Klux-Klan im Westen der USA, erst in den 50er Jahren aufgrund des Wachstums der Rüstungsindustrie einen Boom erlebte. Wirklich bekannt und berühmt wurde Anaheim jedoch erst 1954 mit dem Baubeginn und der im darauffolgenden Jahr pompösen Eröffnung von Disneyland. Disneyland vermarktet sich selbst als „The happiest place on earth“. Der Autor hingegen betrachtet den Freizeitpark als „populäre[n] Kulturschrein des modernen Nachkriegsamerika“ (S. 149). Seine fantastischen Attraktionen, Installationen und Infrastrukturen für den Massenkonsum haben die Entwicklung von Anaheim seit seiner Eröffnung wirtschaftlich, stadtstrukturell und kulturell stark geprägt. Gerade diese Entwicklung der kalifornischen Gemeinde zum „Anaheim-Mickeytopolis“ (S. 207) machen die Stadt zu einer interessanten Fallstudie postmoderner Entwicklungen in Stadtentwicklung und Städtebau. Neuartige Verzahnungen von postindustrieller und postmoderner Stadtentwicklung, von Konsum, Dienstleistungsentwicklung und Freizeitindustrie sind in den 90er Jahren längst zu einem alltäglichen Bestandteil der Stadtentwicklung geworden – auch in Deutschland. Anaheim ist in der frühen Nachkriegszeit mit der Gründung des Disney-Parks vielen anderen Städten auf dem Weg zur Disneyisierung der Stadtentwicklung einen großen Schritt voraus gewesen. Deshalb sind vielleicht auch heute noch zukünftige Trends in der Stadtentwicklung besonders gut an diesem kalifornischen Paradebeispiel zu beobachten. Zu dieser Aussage kommt Rainer Vollmar zumindest in seiner abschließen-

den Bewertung am Ende, wenn er schreibt, daß „die Bezeichnung ANAHEIM-MICKEYTROPOLIS: FUN,- SPORT- und CONVENTION CITY IN TOMORROWLAND im ganzen gerechtfertigt“ ist (S. 249, Herv. im Original).

Insgesamt handelt es sich bei der Stadt-Monographie 'Anaheim – Utopia Americana' also um ein spannendes Fallbeispiel, das material- und detailreich von einem lokal kompetenten Autor präsentiert wird. Dennoch bleibt während des Lesens – und erst recht am Ende – eine relativ große Unzufriedenheit auf meiner Seite zurück. Warum?

Es sind vor allem zwei Kritikpunkte, die mich daran hindern, die Stadt-Monographie als überzeugenden Ansatz stadtgeographische Forschung zu betrachten. Erstens handelt es sich um eine Stadtbiographie, die geschrieben ist, ohne einer Fragestellung zu folgen. Wer keine Fragen stellt, tut sich schwer, Antworten zu geben. Die chronologische Ausbreitung der Entwicklungsgeschichte Anaheims vermag weder als Gliederungskonzept für ein Buch noch als Haupt-Erzählstrang und roter Faden der Argumentation zu überzeugen. Zwar werden Kenner der nord-amerikanischen Situation am Beispiel Anaheim viele strukturelle Grundzüge US-amerikanischer Stadtentwicklung wiedererkennen und selbständig einzuordnen und zu systematisieren wissen. Leider gelingt es dem Autor jedoch nicht, diese so wichtige Kontextualisierung des lokalen Fallbeispiels zu leisten. Leser, die vielleicht am Beispiel von Anaheim etwas über den regionalen und nationalen Kontext der Stadtentwicklung in den USA lernen möchten, werden

dieses Buch deshalb nicht immer mit Gewinn lesen. Vielmehr besteht die große Gefahr, im Dschungel der vielzähligen Fakten, Daten und Ereignisse den Überblick zu verlieren. Die mangelnde Einordnung der Entwicklungsgeschichte von Anaheim in einen übergeordneten Kontext verschließt dem Leser die Möglichkeit, etwas zu lernen und zu erfahren, das über das Einzelfallschicksal von Anaheim hinausreicht. Diese Einengung und Verkürzung ist besonders schade, weil der Autor sicherlich genügend Amerika-Kenntnisse hat, um eine tiefergehende Kontextualisierung zu leisten. Nur setzt er sein Wissen leider nicht ein, um seine lokale Fallstudie von jenseits des Atlantik dem hiesigen, deutschsprachigen Publikum besser verständlich zu machen. Rainer Vollmar beraubt sich eines gewichtigen Teils seiner eigenen Wirkung, indem er seine lokale Fallstudie tatsächlich auf Lokales beschränkt.

Zweitens ist nicht nur die Perspektive der Stadtvita von Anaheim räumlich zu sehr auf das Gemeindegebiet beschränkt. Auch der analytisch-theoretische Blick des Autors könnte weiter sein. Die präsentierten lokalen Ereignisse und Wechselfälle der kommunalen Entwicklungsgeschichte werden nur unzureichend mit allgemeineren Diskussionen der Stadtforschung in Beziehung gesetzt. Die Einordnung der lokalen Fallstudie in einen größeren stadtgeographischen Diskurs ist unzureichend. Zwar widmet Rainer Vollmar dem Thema „Anaheim in der Postmoderne“ (Kap. 4.) ein eigenes Kapitel. Auf 21 Seiten versucht er, seine Überlegungen zu Anaheim in US-amerikanische stadtgeographische Diskurse einzuordnen. Dieses Kapitel erscheint je-

doch im Rahmen der gesamten Monographie wie ein etwas merkwürdiges Anhängsel, das unvermittelt zwischen zwei chronologische Entwicklungsetappen eingezwängt ist. Die theoretischen Diskurse stehen in keiner rechten Beziehung zu dem ansonsten deskriptiv-chronologischen Entwicklungsgang des Textes. Tatsächlich werden in diesem analytischen Exkurs zwar theoretische Positionen und Meinungen anderer Autoren zitiert. Jedoch wird nicht wirklich mit ihnen im Zuge der eigenen Argumentation gearbeitet. Vollmer referiert verschiedene Positionen aus der Literatur zu 'Edge City' (Garreau), 'Stadtland USA' (Holzner) oder 'City of Quartz' (Davis). Aber er stellt keinerlei Beziehung zu seiner lokalen Fallstudie her. Deshalb geht er auch nach diesem kurzen aber nicht zielführenden Spaziergang durch die Literatur vollkommen bruchlos im nächsten Kapitel (S. 207 ff.) zur weiteren Beschreibung der Entwicklungen in Anaheim über. Die Stadtmonographie zu Anaheim ist eine historisch-deskriptive Beschreibung, im Rahmen derer allgemeinere Ausführungen zur Stadtentwicklung keinen rechten Platz haben.

Was läßt sich insgesamt über diese Stadtvita sagen? Wie könnte ein zusammenfassendes Urteil aussehen? Die beiden genannten Kritikpunkte mögen harsch sein, denn sie weisen auf ein großes wissenschaftliches Defizit hin. Deshalb würde ich dieses Buch weder Studierenden als besonders gutes Beispiel einer modernen Stadtgeographie empfehlen, noch würde ich es im Diskurs von FachkollegInnen als gelungenes Beispiel der Stadtforschung zu Nordamerika zitieren. – Trotzdem hat es mir nicht nur Freude gemacht, dieses Buch zu

lesen, sondern halte ich es auch für wichtig, über dieses Buch zu reden. Dies wohl aus drei Gründen.

Erstens würde ich es jedem empfehlen, der eine leicht verdauliche erste Annäherung an Phänomene kalifornischer Stadtentwicklung sucht. Als Material zur Exkursionsvorbereitung oder genüßliche, weil gut geschriebene Lektüre über historische Wechselfälle der Stadtentwicklung in Nordamerika stellt es eine sanfte, gut erzählte bebilderte Faktensammlung dar.

Zweitens ist die Fallstudienstadt Anaheim an sich interessant genug, um ausgehend von den Darstellungen Vollmers weitergehend über die Rolle der Konsum- und Kulturindustrie in der Stadtentwicklung nachzudenken. Schließlich hat der Autor eine sehr spannendes Beispiel lokaler Entwicklung gewählt, das eine intensive Beschäftigung lohnend macht.

Und drittens hat es mich gefreut, dieses Buch zu lesen, weil es mich über die derzeitigen Wege der Stadtforschung in der deutschsprachigen Geographie nachdenklich macht. Rainer Vollmar ist ein lokal kompetenter Autor, der eine außergewöhnliche lokale Entwicklungsgeschichte beschreibt, die mich am Ende wissenschaftlich doch nicht befriedigt. Diese vermeintliche Widersprüchlichkeit läßt mich wundern und vielleicht auch ein bißchen rätseln. Kann es sein, daß die Schwächen nicht nur auf Seiten des Autors zu suchen sind sondern auch in der Scientific Community der deutschsprachigen Stadtgeographie liegen? Wie kommt es, daß in der Reihe „Erdkundliches Wissen“ im angesehenen Franz Steiner Verlag eine Stadt-Monographie publiziert wird, die

zwar auf merkwürdig diffuse Weise vielleicht spannend ist (bzw. sein könnte) aber letztlich wissenschaftlich doch nicht zu überzeugen vermag? Gibt es keine kritischen Diskussionen, Einwände und Feedbacks durch die Herausgeber der Reihe oder das Lektorat des Verlags? Und wie könnten oder müßten solche gemeinsamen und kritischen Diskussionen zu angemessenen Standards und Anforderungen in der deutschsprachigen Stadtgeographie gegenwärtig aussehen?

Ilse Helbrecht

Manfred Nutz: Stadtentwicklung in Umbruchsituationen. Wiederaufbau und Wiedervereinigung als Stressfaktoren der Entwicklung ostdeutscher Mittelstädte, ein Raum-Zeit-Vergleich mit Westdeutschland. Stuttgart 1998 (Erdkundliches Wissen, Bd. 124). 242 S.

Zwei Extremsituationen prägen die Stadtentwicklung in Deutschland bzw. Ostdeutschland in diesem Jahrhundert im besonderen Maße: Zerstörung und anschließender Wiederaufbau unter veränderten politischen Rahmenbedingungen im bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg zum einen sowie zum anderen der politische Systemwechsel, der mit dem Anschluss der DDR an die alte Bundesrepublik 1989/90 in Ostdeutschland vollzogen wird.

Auf diese konkreten (zeit)geschichtlichen Bezüge sind die sowohl zeitlich (1945/1989) als auch räumlich (Ost/West) vergleichenden Untersuchungen ausgerichtet, die Manfred Nutz in verschiedenen

Klein- und Mittelstädten durchgeführt hat und deren Ergebnisse er in seiner Habilitationsschrift vorstellt. Ziel dieser Analysen ist es, die Auswirkungen des jeweiligen Systemwechsels auf die Stadtentwicklung – insbesondere auf städtebauliche Leitbilder und deren Umsetzung – zu beurteilen. In übergeordneter Hinsicht wird dabei gefragt, welche konkrete Bedeutung die Übernahme des westlichen Systems für die Stadtentwicklung in Ostdeutschland hat: Können sich spezifische Potentiale der sozialistisch geprägten ostdeutschen Klein- und Mittelstädte im Rahmen eines eigenständigen Entwicklungsweges entfalten oder ist ein radikaler Bruch, eine „bedingungslose Umentwicklung“ (S. 22) unabwendbar?

Archivstudien und Sekundäranalysen, Expertengespräche, längsschnittartig angelegte Nutzungskartierungen sowie standardisierte Interviews sind die Elemente des vielfältigen methodischen Instrumentariums, das zur Bearbeitung dieser Fragestellung eingesetzt wird.

Die Untersuchungen und Ergebnisse konzentrieren sich auf drei Schwerpunkte: Erstens werden die spezifische stadtplanerische Ausgangssituation in der SBZ und die verschiedenen Stadtentwicklungsphasen der DDR dargestellt; zweitens werden rechtliche und politische Rahmenbedingungen sowie nutzungsstrukturelle Veränderungen in einigen Untersuchungsstädten nach 1945 dokumentiert; und drittens werden die Umbrüche des Systemwechsels von 1989 sowie damit verbundene Veränderungen der einzelhandelsbezogenen Nutzungsstrukturen in einigen Harzvorland-Städten analysiert. Ein vorgeschaltetes Kapitel zu theoretischen und

methodischen Überlegungen sowie ein nachgeschaltetes Kapitel, das Zusammenfassungen und einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten für die ostdeutsche Stadt enthält, runden den Aufbau der Arbeit ab.

Sehr ergiebig sind die Ausführungen zur Stadtentwicklung der ostdeutschen Städte bis zum Systemwechsel 1989/90 (erster Schwerpunkt). Thematisiert werden räumliche Schwerpunktmuster der Kriegsschäden, die Entwicklung von einer relativen Autonomie der Kommunen bis zur stärker erkennbaren Politisierung der Planungsprozesse in der unmittelbaren Nachkriegszeit und schließlich die Periodisierung städtebaulicher Trends in der DDR. Diese verläuft von einer nationalistisch-stalinistischen Frühphase (erste Hälfte der 50er Jahre) über eine „extensive“ Phase der Automatisierung und Industrialisierung des Bauens mit Neubauten außerhalb der Kernstädte (ab Mitte der 50er Jahre) bis hin zur „intensiven“ Phase einer stärkeren Ökonomisierung des Bauens mit schwerpunktmäßiger Bebauung in den Kernstädten (seit den 70er Jahren). In den beiden folgenden Abschnitten (zweiter Schwerpunkt) werden zunächst die Grundsätze des Städtebaus und deren baugesetzliche Umsetzung in der DDR bzw. die Charta von Athen und deren baugesetzliche Konsequenzen in der BRD erläutert. Besonders hervorzuheben sind die Ergebnisse des darauf folgenden Ost-West-Vergleichs in Bezug auf die städtisch-funktionalen Strukturwandlungen: Für die unmittelbare Nachkriegszeit zeigen sich deutliche Übereinstimmungen dieses Wandels, später dann, nach dem Wiederaufbau

sind Unterschiede bei der gewerblichen Nutzung der Innenstädte vor allem in quantitativer Hinsicht erkennbar, nicht so sehr aber in Bezug auf die jeweiligen innerstädtischen Nutzungsanteile von Handel, allgemeinen Dienstleistungen und Handwerk/Industrie.

Die erwähnenswerte Präzision bei der Ableitung allgemeiner Erkenntnisse aus verschiedenen Einzelbefunden und die dabei erzielte Anschaulichkeit, die im Rahmen dieser beiden ersten Schwerpunkte mit Hilfe einer großen und geschickt verknüpften Materialvielfalt erzielt werden, können beim dritten Schwerpunkt – vor allem im Bereich der einzelhandelsbezogenen Strukturwandlungen seit 1989 – nicht durchgehalten werden. Natürlich ist hier zu berücksichtigen, dass die noch junge Forschungslage häufig zum Verzicht auf vergleichbare Abstraktionen nötigt. Dennoch – und dies gilt auch für das letzte Kapitel, in dem die Zukunft ostdeutscher Städte diskutiert werden soll, in dem dann aber von der generellen Unvorhersagbarkeit dieser Zukunft die Rede ist: Hier vermisst der Leser den eindeutigen Rückbezug zur Fragestellung – trotz der vorhandenen vielfältigen Anregungen im Hinblick auf mögliche Entwicklungen, die zweifellos zu weiterführenden Forschungen Anlass geben werden.

So bleibt es das Verdienst der vorliegenden Arbeit, nicht nur die bisher spärlich vorhandenen Erkenntnisse über ostdeutsche Stadtentwicklung bis 1989 ganz erheblich erweitert, sondern auch für zukünftige Wege der vergleichenden Forschung in diesem Bereich einen gewichtigen Grundstein gelegt zu haben.

Hans-Jürgen Hofmann

Klaus Wolf u. Elke Tharun (Hg.): Auf dem Weg zu einer neuen regionalen Organisation? Vorträge eines Symposiums in Frankfurt am Main am 20.11.1998. Frankfurt/M. 1999 (Rhein-Mainische Forschungen, Heft 116). 117 S.

Regionale Kooperationen avancieren zu einem zentralen Thema der Raumentwicklung in Deutschland. Besonders in Metropolregionen und bei Stadt-Umland-Beziehungen in Großstadtregionen, zunehmend auch in ländlichen Regionen spielen gebietskörperschaftenübergreifende Formen der Zusammenarbeit eine wachsende Rolle, um von lokal nicht mehr lösbaren Problemen oder kirchturmspolitischen Insellösungen hin zu regional angemessenen Zukunftsformen zu gelangen. Die meisten dieser Ansätze streben nach übergemeindlicher Zusammenarbeit, um eine Regionalentwicklung zu ermöglichen, die den Ansprüchen europäischen und globalen Wettbewerbs und nachhaltiger Raumplanung gerechter wird. Dabei geht es von organisatorischen und planerischen Aspekten der künftigen Regionalentwicklung bis hin zu konkreten Handlungsfeldern und Projekten. Bei manchen neuen Kooperationen spielen aber auch modische Überlegungen und das Schielen nach Brüsseler oder Berliner Fördertöpfen eine wichtige Rolle.

Das hier anzuzeigende Heft greift die Probleme regionaler Kooperationen unter dem Stichwort „neue regionale Organisation“ auf und gibt die vier Vorträge des Frankfurter Herbstsymposiums 1998 wieder. Zwei Beiträge befassen sich mit den Problemen „harter“ institutioneller Lösun-

gen der Regionsbildung in Großstadtregionen, die anderen beiden Beiträge mit den „weichen“ Formen freiwilliger regionaler Zusammenarbeit.

Priebs berichtet über die derzeit stattfindende Bildung der Region Hannover, die sich als neue Gebietskörperschaft aus Stadt und Landkreis Hannover konstituieren wird. Hannover ist damit in der derzeitigen Diskussion um die Regionsbildung bzw. Auflösung von Planungsverbänden (z.B. Frankfurt/Main) ein wichtiges Beispiel für die Realisierung einer regionalen Lösung mit weitgehenden Änderungen der Trägerschaft kommunaler Aufgaben, ohne daß die Selbstverwaltung auf unterster gemeindlicher Ebene beschnitten wird. Priebs begründet die erfolgreiche Realisierung des Reformmodells Hannover vor dem Hintergrund der langjährigen positiven Kooperationserfahrungen zwischen Bezirksregierung, Landkreis, Stadt und Kommunalverband. Priebs legt überzeugend dar, wie notwendig die regionale Planungs- und Handlungsebene eingerichtet werden muß und wie wichtig es ist, die institutionelle Lösung den jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen anzupassen. Da jedoch die Bezirksregierung trotz Abgabe einiger Aufgaben im Raum Hannover bestehen bleibt, kann von einer echten Regionalkreis-Lösung nicht gesprochen werden.

Im Bereich der Region Stuttgart ist man einen anderen institutionellen Weg gegangen. Steinacher zeigt, wie der bereits seit einigen Jahren institutionalisierte Verband Region Stuttgart die aktuellen Herausforderungen in Verkehr und Wirtschaftsförderung im regionalen Management zu bewältigen versucht. Steinacher nennt we-

sentliche Aktivitätsfelder des Verbandes, vermeidet aber eine Beurteilung der problematischen Konfliktpunkte der Verbandslösung wie Bürgernähe, innerregionaler Ansiedlungswettbewerb oder kommunale Planungshoheit. Hier nur auf die Wettbewerbsfähigkeit nach außen und die Kooperation innerhalb der Region zu setzen, schimmert als Schwäche des Ansatzes deutlich hervor und blendet einen Teil der regionalplanerischen Notwendigkeiten aus. Erfolge hat die Verbandslösung insbesondere in der Freiraumplanung und Siedlungsentwicklung durch die Durchsetzung von Grünzügen und Grünzäsuren.

Während Hannover und Stuttgart somit konkrete Aufgaben mit „harten“ Formen der Zusammenarbeit angehen, befassen sich die beiden anderen Beiträge des Heftes mit eher „weichen“ Formen der Zusammenarbeit, zum einen mit den Erfahrungen aus dem Ex-WoSt-Forschungsfeld „Städtenetze“ (Melzer/Wittekind) und zum anderen mit Beispielen von Kooperationen und Städteverbänden im Südosten Deutschlands

(Jurczek). Beiden Berichten bleibt das Problem freiwilliger Zusammenschlüsse eigen: So interessant Projektkooperationen im Einzelfall sein können, so wenig taugen sie bei der Lösung von innerregionalen Konflikten und als gesamtregionaler Ansatz. Deshalb ist ihr Beitrag zu einer umfassend verstandenen regionalen Nachhaltigkeit als eher gering oder häufig nur partikular anzusehen.

Der Band zeigt mit seinen Beiträgen aus Praxis und Wissenschaft die derzeitigen Entwicklungslinien der Diskussion um neue regionale Organisationsformen auf und ist mit seinen ausgewählten Beispielen und konkreten Aussagen gut geeignet, den Stand der Diskussion zu dokumentieren und mit seinen Forderungen in die aktuelle politische Diskussion einzugreifen. Sehr hilfreich hierbei – und besonders hervorzuheben – ist das rasche Erscheinen des Heftes. Nur so kann der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu einem umsetzungsorientierten Dialog führen.

Ulf Hahne

Zeitschriftenrevue

Berichte zur deutschen Landeskunde ISSN 0005-9099

73. Band, Heft 1, 1999

Monika Micheel, Sabine Tzschaschel:
Räumliche Orientierungsmuster in der
Region Leipzig vor dem Hintergrund des
Sächsischen Kulturraumgesetzes

Enst Giese: Bedeutungsverlust innerstädti-
scher Geschäftszentren in Westdeutsch-
land

Ruth Bördlein: Finanzdienstleistungen in
Frankfurt am Main. Ein europäisches
Finanzzentrum zwischen Kontinuität und
Umbruch

Eugen Wirth: Bahrenberg und die Abschaf-
fung der Länderkunde. Zur Diskussion
um „Landeskunde“ und „Regionale Geo-
graphie“

Cartographica Helvetica ISSN 1015-8480

20, 1999

Karl Fischer: Augustin Hirschvogels Stadt-
plan von Wien, 1547/1549, und seine
„Quadranten“

W. Shirley Rodney: Karte der britischen In-
seln von 1513 – eine der ersten farbig ge-
druckten Karten

Urban Schertenleib: Karten für den
Schulgebrauch von Johann Sebastian Ger-
ster (1833-1918)

Samuel Wyder: Schweizer Schulatlanten ab
1843

Arthur Dürst: Manuskriptkarte von West-
Europa, um 1200

Cornelsen Aktuelle Landkarte

5/99

Peter Fischer, Tanja Schridde: Landwirt-
schaft in Deutschland – zwischen Markt
und Regulierung

6/99

Ulrich Theißen: Die Elbe

Geographica Helvetica

Heft 1, 1999

Andrea Kampschulte, Renato Strassmann:
Restrukturierungsprozesse einer Stadt-
Umland-Ökonomie: Veränderung der
Wirtschaftsstruktur im Agglomerations-
raum Basel

André Odermatt: Räumlich-soziale Ent-
mischung und die Finanzkrise der Kern-
städte – das Beispiel Zürich

Pierre Dessemontet: Des Edge-Cities en
Suisse? L'émergence de nouveaux pôles
d'activités métropolitaines sur le territoire
helvétique

Antonio de Cunha: Urban poverty in
Switzerland: exclusion processes and
public policy

Jean Ruegg: Les règles d'urbanisme
servent-elles le développement urbain?
Réflexions à partir d'un exemple canadien

Bernd Belina: „Kriminelle Räume“ – zur Produktion räumlicher Ideologien

geographie heute

ISSN 0721-8400

Heft 170, Mai 1999

Gertrude Rohwer: Berlin und Brandenburg auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Gero Körber: Und am Wochenende in den Spreewald. Ein Naherholungsgebiet vor den Toren Berlins

Uwe Marth: Berlin stammt aus Rüdersdorf. Eine Exkursion in den Museumspark „Baustoffindustrie Rüdersdorf“

Reinhard Hoffmann: Potsdam. Weltkulturerbe in Gefahr?

Petra Bauer: Ein neues Wohngebiet im Speckgürtel von Berlin? Ein Planspiel

Elke Strackenbrock: Hauptstadtausbau Berlin. Eine Stadt im Wandel

Gerd Kokes, Thomas Michael: Schlossplatz Berlin-Mitte. Vom Schandfleck zur „guten Stube“?

Joachim Scheiner: Gibt es die Mauer in den Köpfen? Räumliche Wahrnehmung in der deutschen Hauptstadt

Joachim Krüger: Brandenburg. Land der Platten, Endmoränen und Urstromtäler

Oliver Neuhoff. Die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA). Plan und Umsetzung in Bottrop

Christine Wenzel: Das IBA '99 Finale

Heft 171, Juni 1999

Wolfgang Fraedrich: Schüler forschen.

Christian Bartels: Kartierung des Dorfes Berlin-Rixdorf. Forschen im regulären Erdkundeunterricht

Christian Bartels: Lärmpegelmessungen im Straßenraum. Untersuchungen im Rahmen eines Wahlpflichtkurses Stadtgeographie

Matthias Pecht: Urlaubsgestaltung der Bürger von Langenzenn. Befragungen im Rahmen einer Facharbeit

René Schon: Beeinflusst der Mensch das Klima? Forschen im Rahmen eines Praktikums am GeoForschungsZentrum Potsdam

Anne-Kristin Kelch, Hanna Waesermann: Der Lebenslauf des „Elbtunnel-Findlings“. Eine Forschungsarbeit für den Wettbewerb „Schüler experimentieren“

Torben Schiffner: Der weite Weg der Steine am Ostseestrand. Eine Forschungsarbeit für den Wettbewerb „Schüler experimentieren“

May-Britt Förster, Julika Riegert: Analysen in den Katersanden Helgolands. Eine Forschungsarbeit für den Wettbewerb „Jugend forscht“

Anna Zaubitzer: Pollenanalyse im Braunkohlenflöz. Eine Forschungsarbeit für den Wettbewerb „Jugend forscht“

Hans-Peter Konopka: Die Sonnenfinsternis am 11. August 1999: Ein Schattenspiel der besonderen Art.

Heft 172, August 1999

Wolfgang Taubmann: Ökologische Stadtentwicklung

Susanne Halfen: Wohnen. Alltagshandeln im Spannungsfeld von ökologischen Anforderungen und individuellen Bedürfnissen.

Christine Held: Stadtgrün. Schüler experimentieren.

Simone Kimura-Glusing: Kostengünstig,

- ökologisch und sozial bauen. Die „Regen-
bogensiedlung“ in Hannover-Misburg
Stefan Harnissmacher, Meike Rahner:
Renaturierung eines Stadtbaches mit
Schülern. Das Beispiel des Bochumer
Lottenbaches
Petra Sauerborn, Gertrud Wolf: Wild-
pflanzen in der Stadt. Angepasst, aber
nicht gesellschaftsfähig
Henning Koch: Autolose Mobilität in der
Stadt. Alte und neue Alternativen zum
Auto
Armin Rempfler: Wasser- und Klima-
haushalt im städtischen Raum. Ein Ansatz
zur Vermittlung von Systemdenken
Winfried Sander: Schule und ökologische
Stadtentwicklung. Anstiftung zur Tat in
der lokalen Agenda 21
Friedhelm Frank: Bleibt Zypern geteilt?
Stichtag 20.07.1974: Türkische Invasion
auf Zypern

Europa Regional

ISSN 0943-7142

7. Jahrgang, 01/99
Peter Jordan: Die touristische Attraktivität
des östlichen Europa. Methodik und In-
halte einer Karte des Atlas Ost- und Süd-
osteuropa
Herbert Büschenfeld: Makedonien – Pro-
bleme eines neuen Staates
Ray Riley, Anna Malgorzata Niznik, Joa-
chim Burdack: Łódź: Transformation ei-
ner altindustriellen Stadt in der post-
sozialistischen Periode
Teresa Czyż: Die neue territoriale Verwal-
tungsreform und die räumliche Struktur
in Polen

7. Jahrgang, 02/99
Arnim Kuhn, Peter Wehrheim: Klassifizie-
rung russischer Regionen unter besonde-
rer Berücksichtigung der Agrar- und Er-
nährungswirtschaft
Heiko Faust: Das Ruhrgebiet – Erneuerung
einer europäischen Industrieregion. Im-
pulse für den Strukturwandel durch die
Internationale Bauausstellung Emscher
Park
Matti Häkkinen: Zu den Veränderungen land-
wirtschaftlicher Nutzflächen in Finnland
und deren Zukunftsperspektiven
Robert Rudolph, Sebastian Lentz: Segre-
gationstendenzen in russischen Großstäd-
ten: Die Entwicklung elitärer Wohnfor-
men in St. Petersburg und Moskau

Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie

ISSN 0044-3751

43. Jahrgang, 1999, Heft 1
János Ladányi, Iván Szelényi: Sozial-
räumliche Polarisierung und Suburbani-
sierung in Ungarn
Ekkehard Buchhofer, Bronislaw Kortus:
Zur Geographie der Transformation polni-
scher Industriefirmen
Waltraud Bruch-Krumbein, Elke Hoch-
muth, Astrid Ziegler: Konsolidierung und
Sanierung bedrohter Betriebe in Ost-
deutschland
Ulf Hahne: Regionale Effekte der Abschaf-
fung von Duty-Free-Verkäufen in der EU